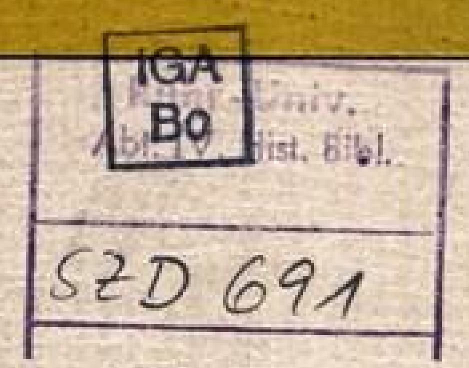
Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Jahrgang 3
14. Februar 1978

Nr. 2/78



Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse müssen beseitigt werden, um die Naturkräfte Kernenergie und Sonnenenergie zum Nutzen der Menschen zu verwenden

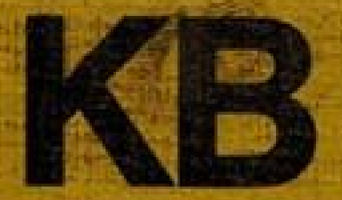
Regierungsbericht Kernenergie: Kreiskys zweiter Anlauf

Das russische AKW-Bauprogramm und der RGW-Stromverbund – Mittel des russischen Hegemonismus und der Kriegsvorbereitung

Französische Gewerkschafter fordern: Stop für die Wiederaufbereitungsanlage in La Hague

Der Kampf zweier Linien im Kommunistischen Bund Österreichs und seinen Vorgängerorganisationen über die Strategie und Taktik im internationalen Klassenkampf während des Jahres 1976

Die Stahlkrise des US-Imperialismus
Korrespondentenbericht aus den USA



Kommunistischer
Bund
Österreichs

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Inhalt:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs, für den Inhalt verantwortlich Wolfgang Stagel, alle 1020 Wien, Krummbaumgasse 1. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1040 Wien, Rienößlgasse 12.

Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse müssen beseitigt werden, um die Naturkräfte Kernenergie und Sonnenenergie zum Nutzen der Menschen zu verwenden

Die Arbeiterklasse vom Kampf gegen die Energiepolitik der Regierung, insbesondere vom Kampf gegen die Inbetriebnahme von Zwentendorf abzuhalten, das ist jetzt, wie schon in den vergangenen Monaten, eine der zentralen Bemühungen von SP-Regierung und SP-Gewerkschaftsspitze. Hier soll die entscheidende Schlacht geschlagen werden, um doch noch rechtzeitig in diesem Jahr mit Zwentendorf in Betrieb gehen zu können, und um den Bau weiterer Atomkraftwerke in St. Pantaleon und anderswo beschleunigt vorantreiben zu können.

Das Hauptargument, das die Sozialdemokratie dabei unter den Arbeitern einsetzt, ist, daß Atomkraftwerke den Fortschritt, eine neue Technik repräsentieren, und daß die Arbeiterklasse immer nach vorne geschaut hat, sich auch nicht vor der Einführung der Eisenbahn oder anderer Errungenschaften gefürchtet hat. Daß es ohne diesen Fortschritt keine Hebung des Wohlstands, keine Sicherheit der Arbeitsplätze, keine Entwicklung der Wirtschaft geben würde.

Die Sozialdemokratie spielt sich also vor der Arbeiterklasse als die Verteidigerin der modernen Produktivkräfte auf, die den Ansturm reaktionärer rückwärts gewandter Reaktionäre aufhalten will. Tatsächlich *hat* die Arbeiterklasse auch keinerlei Interesse, die Entwicklung der Produktivkräfte aufzuhalten.

Der historische Fortschritt des Kapitalismus bestand in einer vorher ungeahnten Entwicklung der Produktivkräfte auf der ökonomischen Basis des Privateigentums und der freien Konkurrenz. Die vorher zersplitterten, engen Produktionsmittel wurden konzentriert, ausgeweitet, in mächtige Hebel der Produktion verwandelt. Diese neuen Produktionsmittel waren aber nicht mehr die kleinen, von einzelnen angewandten, sondern große, nur mehr gesellschaftlich von einer Gesamtheit von Menschen anwendbare, Produktionsmittel. Die kapitalistische Produktionsweise entwickelte und vermehrte aber nicht nur die Produktionsmittel, sondern schuf und vermehrte durch den Zwang der ökonomischen Verhältnisse (durch den Ruin der Bauern, der kleineren Handwerker und später der kleineren Kapitalisten) auch die Klasse, die diese neuen gesellschaftlichen Produktionsmittel verwendet: die Arbeiterklasse.

Sie ist mit der kapitalistischen Entwicklung der Produktivkräfte groß geworden und selber die größte Produktivkraft. Sie ist Repräsentantin der neuen, unmittelbar gesellschaftlichen Produktion, wie sie in der Fabrik stattfindet, während die Kapitalistenklasse schon seit langem zu einem Hindernis für die allseitige und harmonische Entwicklung der Produktivkräfte geworden ist, schon längst keinerlei Aufgabe mehr in der Produktion hat und in den Palästen und Villen, wie vormals die Feudalklasse, nur mehr den der ausgebeuteten Klasse abgepreßten Reichtum verzehrt. Die Arbeiterklasse hat die historische Aufgabe, Produktionsverhältnisse zu schaffen, die den neuen Produktivkräften entsprechen. Diese Produktivkräfte erfordern im Gegensatz zu allen früheren Produktionsweisen – die Sammler und Jäger der Urgesellschaft ausgenommen – nicht eine Gesellschaft, in der eine Klasse über die andere herrscht, sondern sie erfordern Produktionsverhältnisse, in der die assoziierten Produzenten gemeinsam und frei die Produktionsmittel verwalten und entwickeln: die klassenlose, kommunistische Gesellschaft. Diese neue kommunistische Epoche in der Geschichte der Menschheit setzt hoch entwickelte Produktivkräfte voraus und wird ihrerseits neue ungeahnte Entwicklungen ermöglichen.

In dem Maße, in dem daher die Arbeiter ihr Klasseninteresse erkannten und die Maschinerie von ihrer kapitalistischen Anwendung zu unterscheiden lernten, änderte sich ihre zu Beginn des Kapitalismus vorhandene Haltung: Nicht mehr Sturm der Maschinen, sondern revolutionärer Klassenkampf war die Parole.

Die Sozialdemokratie appelliert also an das Interesse der Arbeiterklasse nach Fortschritt der Produktivkräfte. Der Zweck dieser Worte, wie aller ihrer Handlungen, geht aber genau in die entgegengesetzte Richtung. Er ist reaktionär, gegen den historischen Fortschritt gerichtet, und volksfeindlich:

* Einmal wird verschwiegen, welche Wirkung *jeder* Fortschritt der Produktionsmittel im Kapitalismus auf die Arbeiterklasse hat, um damit jeden Gegner der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie als Gegner der Maschinerie überhaupt hinzustellen. Karl Marx schreibt über die Maschinerie, daß sie *„an sich betrachtet, die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert, an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert, an sich ein Sieg des Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht, an sich den Reichtum des Produzenten vermehrt, kapitalistisch angewandt, ihn verpaupert."* (Karl Marx, Das Kapital, aus Marx, Engels-Werke, Band 23, Seite 465). Die Sozialdemokratie aber setzt die „Maschinerie an sich" einfach mit der kapitalistischen Anwendung gleich und erklärt, jeden, der gegen letzteres ist, als Feind des sozialen Fortschritts.

* Weiters dient ihre ganze Politik ausschließlich der Aufrechterhaltung der Ausbeuterordnung. Seit Jahren führt sie die Geschäfte des Monopolkapitals in der Regierung. Ihre ganze Tätigkeit ist der letzten Endes fruchtlose Versuch, die historische Entwicklung aufzuhalten: Verhindern will sie, daß die Arbeiterklasse die politische Macht übernimmt, die eigene Diktatur errichtet und so die Gesellschaft schließlich ohne Umwege von den Produktivkräften Besitz ergreift, die jeder anderen Leitung außer der ihrigen entwachsen sind. Sie will ein Gesellschaftssystem aufrechterhalten, das seit Beginn des 20. Jahrhunderts mit Eintritt in die Ära des Imperialismus bei lebendigem Leib verfaulen beginnt. Eines der Kennzeichen des Verfaulens und Verfalls im Imperialismus ist die Tendenz, neue technische Entwicklungen in den Schubladen der Monopole zurückzuhalten, die Entwicklung der Produktivkräfte bewußt aufzuhalten. Ein anderes Kennzeichnen dieser Verfaulungstendenz ist, daß eine Erscheinung des Kapitalismus immer kraßere Formen annimmt, die Karl Marx an Hand der kapitalistischen Landwirtschaft aufgezeigt hat: *„Jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeit ist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quelle dieser Fruchtbarkeit .... Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter."* (Karl Marx, Das Kapital, Band 1, Seite 529/530).

Die Arbeiterklasse hat, weil sie ein Interesse an der Entwicklung der Produktivkräfte hat, alles Interesse, den Kampf gegen das AKW-Programm der Regierung aufzunehmen. Der Kampf des Volkes gegen die Inbetriebnahme von Zwentendorf ist gerecht, und die politischen Absichten, die von der Bourgeoisie mit dem AKW-Programm verfolgt werden, müssen bekämpft werden. Gerade an der Atomenergie und überhaupt der Energieforschung, läßt sich die Verfaultheit des Imperialismus und die Hemnisse, die er jeder Weiterentwicklung der Produktivkräfte entgegenstellt, darlegen; gerade in einem Bereich, den die sozialdemokratischen Demagogen benutzen wollen, um sich als fortschrittlich hinzustellen, läßt sich zeigen, wie der Kapitalismus einer tatsächlichen Beherrschung der Naturkräfte im Weg steht.

Die Atomenergie ist eine neue Produktivkraft

Will man die Entwicklung der kapitalistischen Nutzung der Atomenergie studieren, so stellt sich sofort die Frage: Ist die Atomenergie überhaupt eine Produktivkraft? Welche Bedeutung wird diese neue Energieform für die menschliche Produktion haben?

Die Produktivkräfte sind diejenigen Kräfte, die beim Prozeß der Herstellung eines Produkts

– bei der Arbeit – zusammenwirken. Das sind: Erstens der Mensch – der Produzent, der in der Arbeit in den Stoffwechsel mit der Natur tritt. Er ist selber Natur und in der Wechselwirkung seiner Leiblichkeit mit den Naturstoffen formt er diese Stoffe in für ihn geeignete Formen um, und ändert dabei zugleich sich selbst, seine eigene Natur. Zweitens der Gegenstand, auf den beim Produktionsprozeß die Arbeit einwirkt. Drittens schiebt der Mensch – in der Regel – außer er ißt Heidelbeeren im Wald – *„Dinge oder Komplexe von Dingen zwischen sich und den Arbeitsgegenstand ....“* (4). Um diese Dinge, die Arbeitsmittel überhaupt auf die Arbeitsgegenstände einwirken lassen zu können, braucht der Produzent allgemeine Bedingungen – ebenfalls Arbeitsmittel –, um den Produktionsprozeß überhaupt vonstatten gehen lassen zu können: Gebäude, Straßen und überhaupt den festen Boden unter den Füßen.

Eine der Eigenschaften der Dinge ist, Energie-„Arbeitsvermögen“ zu besitzen. „Arbeitsvermögen“ ist es natürlich nur, wenn der Mensch das Ding, indem er seine Gesetzmäßigkeit erkennt, planmäßig zu bestimmten Zwekken wirken läßt. So benutzt er die mechanische Energie des fließenden Wassers, um seine Mühle in Bewegung zu setzen, oder die chemische Energie, die beim Verbrennen von Benzin frei wird, um einen Automotor „arbeiten“ zu lassen. Mit einem Wort: *„Der Mensch benutzt die mechanischen, physikalischen und chemischen Eigenschaften der Dinge, um sie als Machtmittel auf andere Dinge, seinem Zwecke gemäß, wirken zu lassen.“* (5)

Durch die Produktion und die wissenschaftliche Forschung dringt der Mensch immer weiter in der Erkenntnis der Gesetzmäßigkeiten der Natur: Heute kennt man vier grundlegende Kräfte – in der Physik wird jetzt viel richtiger der Begriff 'Wechselwirkung' verwendet – die nach jetziger Kenntnis die Grundlage für alle chemischen, physikalischen und mechanischen Eigenschaften der Dinge sind:

* Die Gravitationswechselwirkung zwischen Massen (z.B. Sonne, Erde)
* Die elektromagnetischen Wechselwirkungen zwischen geladenen Teilchen (z.B. Proton, Elektron)
* Die schwachen Wechselwirkungen zwischen den Leptonen (z.B. Elektron, Neutrino)
* Die starken Wechselwirkungen zwischen den Teilchen des Atomkerns (z.b. Neutron, Proton)

Durch diese Wechselwirkungen wird Energie von einer Form auf die andere übertragen oder auch in einer bestimmten Form gebunden: Bewegungsenergie verwandelt sich in gebundene Energie, wenn z.B. ein Neutron auf einen Atomkern geschossen wird, diesen zu einem energiereicheren Zustand anregt und daher selbst mit geringerer Geschwindigkeit weiterfliegt; gebundene Energie verwandelt sich in Bewegungsenergie, wenn z.B. ein Stoff verbrennt und er dabei Atome und Strahlung wegschleudert.

In der bisherigen Geschichte verwendete der Mensch ausschließlich die Gravitationswechselwirkung und die elektromagnetische Wechselwirkung, um Produktionsmittel, die der mechanischen Arbeit, der Wärmearbeit usw. dienen, zu bauen: Gravitationskräfte, wenn er z.B. das Fließen des Wassers für Maschinen ausnützte, elektromagnetische Kräfte bei der Verbrennung, aber natürlich auch beim Elektromotor usw.

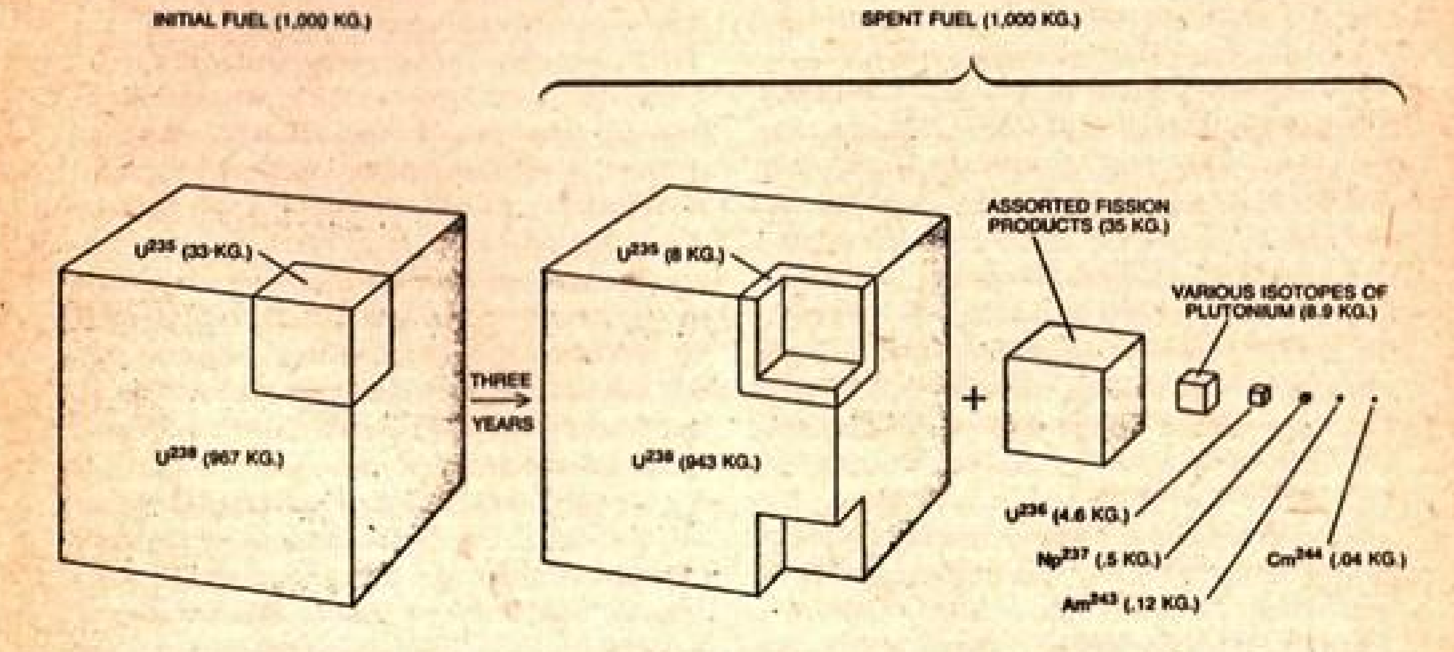
Mit dem Bau von Atomkraftwerken setzte der Mensch zum ersten Mal die Wechselwirkungen zwischen den Kernteilchen des Atoms zum Zwecke der Produktion ein. Die starken Wechselwirkungen sind ca. 20.000mal stärker als die elektromagnetischen Wechselwirkungen. Ihre Reichweite ist aber sehr gering. Bei den Kernteilchen ca. 10^{-13} cm (1 Billionstel Millimeter). Im Kosmos haben diese Kräfte überragende Bedeutung bei Prozessen, bei denen große Energiemengen freiwerden. So entsteht die Sonnenstrahlung z.B. durch mehrere Kernfusionsprozesse (Fusion = Verschmelzung). (6) Die Kernenergie wird ganz sicher in der einen oder anderen Form für die Energiegewinnung der Menschheit in Zukunft eine ganz hervorragende Bedeutung haben. Bedingt durch die Stärke der Kernkraft ist sehr viel Energie in wenig Masse enthalten.

Insbesondere für die Kernfusion von Deuterium (= schweres Wasser) in Helium gibt es auf der Erde praktisch unbegrenzte Quellen. Im Wasser ist 0,16% schweres Wasser, das relativ leicht zu gewinnen ist. Aus einem Gramm Deuterium würde aber bei der Fusion zu Helium so viel Energie entstehen, wie beim Verbrennen von 10 Tonnen Steinkohle. Gelingt es daher, die Energiegewinnung aus der Kernfusion zu beherrschen, indem die Gesetzmäßigkeit dieser Naturkraft und die Technologie entsprechend studiert werden, haben die Menschen für Jahrmillionen eine Energiequelle von äußerster Intensität. (7)

(4) Karl Marx, Das Kapital, Band 1, enthalten in: Marx-Engels-Werke, Band 23, Seite 194, Dietz Verlag, Berlin 1962

(5) Ebenda

(6) Einer der wichtigsten Kernfusionsprozesse auf der Sonne ist der Kohlenstoff-Stickstoffzyklus. Dabei entsteht unter Mithilfe von Kohlenstoff aus 4 Protonen d.h. 4 Wasserstoffkernen) ein Heliumkern, und Energie wird frei. In den vier Milliarden Jahren seit Entstehen der Sonne sind dabei ca. 4% der Sonnenmasse in Helium umgewandelt worden.



Initial fuel: Kernbrennstoff; *spent fuel:* verbrauchter Kernbrennstoff,
Assorted Fission Products: Spaltprodukte verschiedenster Art
Various Isotopes of Plutonium: Verschiedene Plutoniumisotope

Die Zeichnung stellt die Veränderung der Zusammensetzung des Kernbrennstoffes in einem Leichtwasserreaktor während einer 3-Jahresperiode dar. Von 1.000 Kilogramm der Uranbrennstoffladung werden 24 Kilogramm an Uran 238 und 25 Kilogramm an Uran 235 verbraucht. Dabei sinkt die „Anreicherung“ an Uran 235 von 3,9% auf 0,8%. Das verbrauchte Uran verwandelt sich in 35 Kilogramm Spaltprodukte verschiedenster Art: in 8,9 Kilogramm Plutonium, 4,6 Kilogramm Uran 236, 0,5 Kilogramm Neptunium 237, 0,12 kg Americum und in 0,04 Kilogramm Curium 244.

Die Bedeutung der Kernspaltungsreaktoren (8) liegt darin, daß bei ihnen zum ersten Mal so starke und schwer zu beherrschende Kräfte wie die starken Wechselwirkungen zur Energiegewinnung verwendet werden. Aber diese Spaltreaktoren sind ein Produkt der Entwicklung der Produktivkräfte im Imperialismus und Kapitalismus und jede solche Entwicklung, die einen Fortschritt in der Erkenntnis der Natur anzeigt, geht unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen einher mit der wüstesten Verschwendung und Gefährdung von Natur und Mensch.

Die Geschichte der Menschen ist, seit der Urkommunismus der Urgesellschaft überwunden wurde, die Geschichte von Klassenherrschaft und Klassenkampf. Diese gesellschaftlichen Verhältnisse und der rohe, unwissende Zustand der Menschheit prägen das Verhältnis der Menschen untereinander, aber auch das Verhältnis der Menschen zur Natur. Friedrich

(7) Gegenüber der Kernenergiegewinnung durch Kernspaltung von schweren Kernen wie Uran oder Plutonium, hat die Kernfusion den Vorteil, daß dabei keine Kettenreaktion stattfindet und keine strahlenden Spaltkerne entstehen; allerdings muß das Deuterium auf ca. 100 Millionen Grad erhitzt werden, damit durch die aktuelle Wärmebewegung die Abstoßung der positiv geladenen Kerne überwunden wird, sie ganz nahe aneinanderkommen und verschmelzen können. Auch die starke Neutronenstrahlung, die bei der Fusion entsteht, ist ein großes Problem. Trotz dieser Schwierigkeiten scheinen die Supermächte USA und UdSSR heute so weit zu sein, daß durch Erhitzen mittels Laser (stark gebündeltes Licht) oder Elektronenstrahlen, aus Deuterium mehr Energie gewonnen werden kann als an Aufheizenergie hineingesteckt wird.

(8) Fast alle Kernspaltungsreaktoren verwenden momentan als Kernbrennstoff mit Uran 235 (235 = Atomgewicht) angereichertes Uran 238. Unser Bild zeigt, was aus 1.000 kg dieses Brennstoffes in 3 Jahren entsteht. Bis jetzt wurde alles, bis auf die 8,9 kg Plutonium, die z.B. von den Supermächten für Atombombenproduktion aus dem verbrauchten Brennstoff chemisch herausdestilliert wurden, als Müll weggeworfen!

Engels schreibt: „*... das Tier benutzt die äußere Natur bloß und bringt Änderungen in ihr einfach durch seine Anwesenheit zustande; der Mensch macht sie durch seine Änderungen seinen Zwecken dienstbar,* beherrscht *sie. Und das ist der letzte, wesentliche Unterschied des Menschen von den übrigen Tieren, und es ist wieder die Arbeit, die diesen Unterschied bewirkt.*

Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andre, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben. die Leute, die in Mesopotamien, Griechenland, Kleinasien und anderswo die Wälder ausrotteten, um urbares Land zu gewinnen, träumten nicht, daß sie damit den Grund zur jetzigen Verödung jener Länder legten, indem sie ihnen mit den Wäldern die Ansammlungszentren und Behälter der Feuchtigkeit entzogen. Die Italiener der Alpen, als sie die am Nordabhang des Gebirgs so sorgsam gehegten Tannenwälder am Südabhang vernutzten, ahnten nicht, daß sie damit der Sennwirtschaft auf ihrem Gebiet die Wurzel abgruben; sie ahnten noch weniger, daß sie dadurch ihren Bergquellen für den größten Teil des Jahrs das Wasser entzogen, damit diese zur Regenzeit um so wütendere Flutströme über die Ebene ergießen konnten. Die Verbreiter der Kartoffel in Europa wußten nicht, daß sie mit den mehligen Knollen zugleich die Skrofelkrankheit verbreiteten. Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht – sondern daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehn, und daß unsre ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen andern Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können."

„*Hat es aber schon die Arbeit von Jahrtausenden erfordert, bis wir einigermaßen lernten, die entferntern* natürlichen *Wirkungen unsrer auf die Produktion gerichteten Handlungen zu berechnen, so war dies noch weit schwieriger in bezug auf die entfernteren* gesellschaftlichen *Wirkungen dieser Handlungen.*" (. . . .)

„*Aber auch auf diesem Gebiet lernen wir allmählich, durch lange, oft harte Erfahrung und durch Zusammenstellung und Untersuchung des geschichtlichen Stoffs, uns über die mittelbaren, entfernteren gesellschaftlichen Wirkungen unsrer produktiven Tätigkeit Klarheit zu verschaffen, und damit wird uns die Möglichkeit gegeben, auch diese Wirkungen zu beherrschen und zu regeln.*

Um diese Regelung aber durchzuführen, dazu gehört mehr als die bloße Erkenntnis, Dazu gehört eine vollständige Umwälzung unsrer bisherigen Produktionsweise und mit ihr unsrer jetzigen gesamten gesellschaftlichen Ordnung.

Alle bisherigen Produktionsweisen sind nur auf Erzielung des nächsten, unmittelbarsten Nutzeffekts der Arbeit ausgegangen. Die weiteren erst in späterer Zeit eintretenden, durch allmähliche Wiederholung und Anhäufung wirksam werdenden Folgen blieben gänzlich vernachlässigt. Das urspüngliche gemeinsame Eigentum am Boden entsprach einerseits einem Entwicklungszustand der Menschen, der ihren Gesichtskreis überhaupt auf das Allernächste beschränkte, und setzte andrerseits einen gewissen Überfluß an verfügbarem Boden voraus." (. . . .)

„*Alle höheren Formen der Produktion aber sind zur Trennung der Bevölkerung in verschiedne Klassen und damit zum Gegensatz von herrschenden und unterdrückten Klassen vorangegangen; damit aber wurde das Interesse der herrschenden Klasse das treibende Element der Produktion, soweit diese sich nicht auf den notdürftigsten Lebensunterhalt der Unterdrückten beschränkte. Am vollständigsten ist dies in der jetzt in Westeuropa herrschenden kapitalistischen Produktionsweise durchgeführt. Die einzelnen, Produktion und Austausch beherrschenden Kapitalisten können sich nur um den unmittelbarsten Nutzeffekt ihrer Handlungen kümmern. Ja selbst dieser Nutzeffekt – soweit es sich um den Nutzen des erzeugten oder ausgetauschten Artikels handelt – tritt vollständig in den Hintergrund; der beim Verkauf zu erzielende Profit wird die einzige Triebfeder.*" (. . . .)

„*Wo einzelne Kapitalisten um des unmittelbaren Profits willen produzieren und austauschen, können in erster Linie nur die nächsten, unmittelbarsten Resultate in Betracht kommen. Wenn der einzelne Fabrikant oder Kaufmann die fabrizierte oder eingekaufte Ware nur mit dem üblichen Profitchen verkauft, so ist er zufrieden, und es kümmert ihn nicht, was nachher aus der Ware und deren Käufer wird. Ebenso mit den natürlichen Wirkungen derselben Handlungen. Die spanischen Pflanzer in Kuba, die die Wälder an den Abhängen niederbrannten und in der Asche Dünger genug für* eine *Generation höchst rentabler Kaffebäume vorfanden – was lag ihnen daran, daß nachher die tropischen Regengüsse die nun schutzlose Dammerde herabschwemmten und nur nackten Fels hinterließen? Gegenüber der Natur wie der Gesellschaft kommt bei der heutigen Produktionsweise vorwiegend nur der erste, handgreiflichste Erfolg in Betracht; und dann wundert man sich noch, daß die entfernteren Nachwirkungen der hierauf gerichteten Handlungen ganz andre, meist entgegengesetzte sind, daß die Harmonie von Nachfrage und Angebot in deren polaren Gegensatz umschlägt.*" (9)

Die immer tiefere Erkenntnis der Naturgesetze hat die Menschheit in den Stand versetzt, Kräfte für ihre Zwecke zu nützen, die stärker, schwieriger zu handhaben sind, als alles bisher Bekannte. Die zweiten, dritten Auswirkungen dieser Kräfte können verheerender sein als alles, was den Menschen bisher als Spätfolgen seiner Handlungen traf. Die Zeit ist überreif, um solchen gesellschaftlichen Verhältnissen Platz zu machen, in denen nicht die Verhältnisse einem genauen Studium der Gesetzmäßigkeiten der Natur und Gesellschaft und der Anwendung dieser Gesetze im Wege stehen, sondern sie fördern.

Das Studium und die Anwendung der Wechselwirkungen, die wir jetzt schon kennen, wird ein Teil dieser lichten Zukunft der Menschheit sein.

Die Produktivkräfte drängen nach Vergesellschaftung

Der immer kolossalere Charakter der Produktivkräfte im Kapitalismus, die Größe der Produktionsmittel, die nur mehr von einer Vielzahl von Menschen in Bewegung gesetzt werden können, drängen nach Vergesellschaftung. Trotz des Privateigentums, das im Kapitalismus an Produktionsmitteln besteht, ist die Kapitalistenklasse gezwungen, diese Produktivkräfte mehr und mehr – soweit das innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise möglich ist – als gesellschaftliche Produktivkräfte zu behandeln. „*Manche dieser Produktions- und Verkehrsmittel sind von vorneherein so kolossal, daß sie, wie die Eisenbahnen, jede andere Form* (als die der Aktiengesellschaften, der Verf.) *kapitalistischer Ausbeutung ausschließen. Auf einer gewissen Entwicklungsstufe genügt auch diese Form nicht mehr; (die inländischen Großproduzenten eines und desselben Industriezweigs vereinigen sich zu einem 'Trust', einer Vereinigung zum Zweck der Regulierung der Produktion.*" (10), schreibt Engels am Ende des 19. Jahrhunderts.

„*So oder so, mit oder ohne Trusts, muß schließlich der offizielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat ihre* die der Trust, der Verf.) *Leitung übernehmen. Diese Notwendigkeit der Verwandlung in Staatseigentum tritt zuerst hervor bei den großen Verkehrsanstalten: Post, Telegraphen, Eisenbahnen.*" (11)

Die Kernenergieproduktion, und vor allem die Forschung und Entwicklung dieser Produktion erfordert einen derartigen Aufwand und zieht beim Brennstoffkreislauf z.B. derartig viele Bereiche der Gesellschaft in den Produktionprozeß hinein, daß überhaupt nur der Staat von allem Anbeginn an hier die Produktion, Forschung und Entwicklung organisieren konnte.

So war es auch in den USA, dem weitaus kapitalstärksten Land nach dem 2. Weltkrieg, ausschließlich die AEC (Atomic Energy Commission), eine Behörde, die sowohl die Kernwaffen, als auch die Reaktornutzung zur Stromerzeugung erforschen sollte, und waren es praktisch ausschließlich staatliche Gelder, mit denen die Reaktorentwicklungsprogramme der AEC finanziert wurden. Nicht anders in England, Frankreich und Kanada, soweit hier überhaupt eigene Forschungen angestellt wurden.

Diese Entwicklungen hatten also schon ein Umschlagen der freien Konkurrenz ins Monopol, die Verwandlung der Produktivkräfte in Aktienkapital und Staatseigentum vorausgesetzt. Aber weder das kapitalistische Monopol, noch das Staatseigentum hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf. Weiterhin ist es nicht die Gesellschaft, die über die Produktionsmittel verfügt, sondern sind es das Monopol und der Staat – der geschäftsführende Ausschuß der Kapitalistenklasse – die zum Nutzen und Frommen dieser Klasse und ihrer Profitinteressen über die Produktionsmittel und Produzenten verfügen.

Aber nicht nur das – ist das Monopol und das Staatseigentum zwar einerseits Ausdruck der erzwungenen Anerkennung des gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte innerhalb

(9) Friedrich Engels, Dialektik der Natur, Dietz Verlag, Berlin 1971, Seite 173 – 176.

(10) Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1946, Seite 343.

(11) Ebenda

des Kapitalismus – so bringt es andererseits aber alle Verfallserscheinungen des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium hervor.

Kann auch das Monopol und Staatsmonopol im Kapitalismus die Konkurrenz auf dem Weltmarkt niemals restlos und für lange Zeit ausschalten, so erzeugt es dennoch, *„wie jedes andere Monopol, unvermeidlich die Tendenz zur Stagnation und Fäulnis. In dem Maße, wie Monopolpreise, sei es auch nur vorübergehend, eingeführt werden, verschwindet bis zu einem gewissen Grad der Antrieb zum technischen und folglich auch zu jedem anderen Fortschritt, zur Vorwärtsbewegung; und insofern entsteht die ökonomische Möglichkeit, den technischen Fortschritt künstlich aufrechtzuerhalten. Ein Beispiel: In Amerika hat ein gewisser Owens eine Flaschenmaschine erfunden, die eine Revolution in der Flaschenherstellung herbeiführt. Das deutsche Kartell der Flaschenfabrikanten kauft Owen's Patente auf und legt sie in das unterste Schubfach, um ihre Auswertung zu verhindern." „Die Möglichkeit, durch technische Verbesserungen die Produktionskosten herabzumindern und die Profite zu erhöhen, begünstigt natürlich Neuerungen. Aber die* Tendenz *zur Stagnation und Fäulnis, die dem Monopol eigen ist, wirkt nach wie vor und gewinnt in einzelnen Industriezweigen in einzelnen Ländern für gewisse Zeitspannen die Oberhand."* (12)

Wir werden am Beispiel des US-Imperialismus sehen, welche Bedeutung diese Tendenz bei der Entwicklung der Energiereserven gewonnen hat. Gleichzeitig können wir dort eine andere Verfaulungserscheinung beobachten: wie fast die gesamte Entwicklung und Forschung der Kriegstechnologie dient, wie der Militarismus die USA beherrscht und verschlingt, wie jedes Jahr mehr Geld für Armee, Flotte, Atomwaffen, Raketen usw. aufgewandt wird, und so der finanzielle Zusammenbruch beschleunigt wird. Die kapitalistische und imperialistische Konkurrenz bringt diese Erscheinung notwendig hervor, wie schon Engels im Jahre 1878 an Hand des Rüstungswettlaufes bei den Schlachtschiffen festgestellt hat: *„... so wenig ist der Wettkampf zwischen Panzerung und Geschützwirkung zum Abschluß gekommen, daß ein Schiff heutzutage fast regelmäßig schon nicht mehr den Ansprüchen genügt, schon veraltet ist, ehe es vom Stapel gelassen wird. Das moderne Schlachtschiff ist nicht nur ein Produkt, sondern zugleich ein Probestück der modernen großen Industrie, eine schwimmende Fabrik – vornehmlich allerdings zur Erzeugung von Geldverschwendung."* (13)

Der Imperialismus hält die Entwicklung neuer Energieressourcen künstlich auf

Die Entwicklung des Spaltreaktors in den USA ....

Für ihr Bemühen, die imperialistische Konkurrenz (den faschistischen Block Deutschland, Japan) niederzuschlagen, hatten die USA in den Jahren bis 1945 Atomwaffen entwickelt, 1945, in einer sich ändernden Situation, wurden diese Waffen an den Japanern „ausprobiert", um die Völker der Welt und den ersten proletarischen Staat, die Sowjetunion, einzuschüchtern und die Weltherrschaftsbestrebungen der USA anzumelden. In das Manhattan District Project, die Entwicklung der Atombombe, hatte der US-Staatsapparat Milliarden hineingesteckt.

Nach dem Krieg, 1946, wurde die AEC gegründet, eine Behörde, die den Auftrag hatte, sowohl neue Kernwaffen zu entwickeln, als auch weitere Anwendungsmöglichkeiten der Kernenergie zu erforschen. Tatsächlich verwendete die AEC bis 1958 80–90% ihres Etats für militärische Programme. Wie überhaupt die Staatsausgaben für Forschung und Entwicklung in den USA fast ausschließlich der militärischen Forschung dient:

Jahre	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Gesamtausgaben in Milliarden $	8,0	9,8	10,5	13,6	16,2	16,1	16,1	17,1	16,5	16,6	17,1
davon „Militär" (AEC, NASA und Pentagon) in %	90	90	89	89	89	88	85	85	83	83	82

Quelle: Ulrich Rödel, Forschungsprioritäten und technologische Entwicklung, Edition Suhrkampf 523

(12) Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus," Werke Band 22, Seite 281.

(13) Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung.... Seite 211)

Obwohl die AEC offiziell die Aufgabe hatte, andere Anwendungsmöglichkeiten der Kernenergie zu studieren, geschah bis in die späten 50er-Jahre in bezug auf den Bau von Atomkraftwerken wenig oder nichts, während die damals sozialistische Sowjetunion, die 1949 eine Atombombe zur Explosion gebracht hatte, bereits 1954 das erste Versuchsatomkraftwerk errichtete.

Der Grund dieser Entwicklung war:

1.) Die zur Gewinnung von Plutonium eingesetzten militärischen Reaktoren waren nicht unmittelbar zur kommerziellen Verwendung geeignet, und es war auch nicht zu erwarten, daß relativ einfach und schnell die Schwierigkeiten überwunden werden könnten: *„Die Enttäuschung trat jedoch sehr schnell ein, als klar wurde, (. . . .) daß die unmittelbar identifizierbaren kommerziellen Verwendungsmöglichkeiten der Atomenergie . . . .) noch beträchtliche Erfahrungen erforderten und weder schnelle noch hohe Gewinne versprachen (. . . .)."* (14).

In bezug auf die Weiterentwicklung war herrschte geringes Interesse. Vor ging die militärische Entwicklung: Die Kernwaffenentwicklung (A- und H-Bomben) und ab 1948 die Entwicklung von Antriebsaggregaten für Unterseeboote. Die beiden Elektrokonzerne Westinghouse und General Electric erhielten den Auftrag, vorrangig diese Reaktoren für U-Boote zu entwickeln. (Aus ihnen ging später der Druckwasser- und Siedewasserreaktor hervor.)

2.) Die USA hatten nach dem 2. Weltkrieg einen großen technologischen Vorsprung vor den anderen imperialistischen Staaten. Die Elektrizitätsgesellschaften hatten keinerlei Interesse an neuen Kraftwerken. Hatten sie doch gerade die Umstellung von Kohle auf Öl hinter sich oder gerade vor, und fürchteten die Entwertung ihrer Anlagen.

Zu einem Umschwung kam es in den 50er-Jahren, als sich herausstellte, daß der imperialistische Konkurrent England einen Vorsprung beim Bau atomarer Kraftwerke besaß.

Aber wie sah dieser Umschwung aus? Hatten die Reaktorhersteller vorerst auf eine Entwicklung verzichtet, mußte es jetzt schnell gehen, drohte doch ein internationaler Markt verlorenzugehen: In vielen Ländern lagen die Kosten konventioneller Energieerzeugung höher als in den USA, und dorthin konnte man hoffen, auch AKWs verkaufen zu können, die noch nicht völlig ausgereift mit hoher Effizienz arbeiteten. *„Es mußte also möglichst schnell ein Reaktortyp bis zur Produktionsreife entwickelt werden, mit dem sich elektrische Energie zu einem Preis erzeugen ließ, der wenigstens im Ausland attraktiv war."* (15)

Ein Vertreter der Industrie kritisierte deshalb die von der AEC betriebenen zivilen Reaktorforschungen, die 10–15% des Budgets verwendet wurden, da sie zu breit gestreut seien, alle möglichen Varianten ausprobierten und daher einerseits dem Interesse der Reaktorindustrie nach einer möglichst schnellen Entwicklung – egal welchen Typs – egal wie ausgereift und überlegt – widersprachen, andererseits die Gefahr in sich bargen, die bestehende Reaktorentwicklung in der Industrie zu entwerten: *„Das Schlimmste, was die AEC vom Standpunkt eines Privatunternehmers in der Reaktorindustrie aus tun kann, sind zu schnelle und erfolgreiche technische Entwicklungen, die die bestehenden Anlageinvestitionen obsolet werden lassen."* (16)

Was geschah daher? Die AEC stellte ihre eigenen, relativ zu den militärischen Projekten gering finanzierten Reaktorprojekte ein, und unterstützte fernhin nur mehr die „bewährten" Typen der Industrie. Den Druckwasserreaktor von Westinghouse und den Siedewasserreaktor von General Electric (ein solcher Typ steht in Zwentendorf), die ihrerseits nur Abfallprodukte der militärischen Forschung für U-Boot-Antriebsaggregate waren und überhaupt nicht zum Zweck von Hochleistungs-E-Werken entwikkelt worden waren.

Damit diese beiden Typen überhaupt verkauft werden konnten, – bei ihnen wird ein sehr geringer Teil des Urans ausgenützt (Siehe Fußnote Seite) – verpflichtete sich die AEC für das angereicherte Uran – den Brennstoff – einen Preis zu verlangen, der nicht einmal die Produktionskosten abdeckte, und die mit Plutonium angereicherten abgebrannten Brennstäbe zu Höchstpreisen zurückzukaufen. (Aus dem Plutonium wurden dann von der AEC und dem Pentagon A-Bomben gebaut.) Damit wurde das strategische Interesse des US-Imperialismus an großen Plutonium-Lagern und gleichzeitig das Monopol der US-Reaktorindustrie gesichert.

Mit diesem Vorgehen gelang es den USA, das Monopol am Weltmarkt bis in die späten 70er-Jahre hinein zu halten.

(14) Zitiert nach Ulrich Rödel, Forschungsprioritäten und technologische Entwicklung, Edition Suhrkamp, 523

(15) Ebenda, Seite 163/164

(16) Ebenda, Seite 168

Daß bei dieser Methode weder die Frage der Sicherheit des jeweiligen Reaktortyps, noch die Frage der Wiederaufbereitung und sonstige Verwertung der Brennelemente irgendeine Rolle spielte, daß hierbei auch keinerlei Forschung in die Frage der Müllagerung gesteckt wurde, kann nicht weiter verwundern.

Tatsächlich wurde die erste große, von der APS (American Physical Society) durchgeführte Reaktorsicherheitsstudie erst im Jahr 1974/75 auf Grund der breiten Massenbewegung in den USA gegen das AKW-Programm durchgeführt. (Review of Modern Physics, Volume 46) und eine Studie über Wiederaufbereitung und Endlagerung erst im April 1977 (Review of Modern Physics, Volume 49)

... und die anderen Möglichkeiten

Und wie sah es mit anderen Möglichkeiten der Energiegewinnung aus? Daß andere Spaltreaktorentwicklungen vorerst in den Laden der AEC schlummerten bzw. fast keine Anstrengungen gemacht wurden, hier Forschungen zu betreiben, ergibt sich schon aus dem oben Gesagten. Wir werden sehen, daß bei völlig anderen Technologien, wie der Fusionstechnologie und anderen Energieformen, wie der Sonnenenergie, die Sache nicht anders ausschaut:

a) Der Spaltreaktor „Schneller Brüter" (17).

Vorerst – als der technologische Vorsprung groß war – wurde praktisch überhaupt keine Forschung durchgeführt. Die westeuropäischen Imperialisten hatten aber großes Interesse an dieser Entwicklung, da sie keine oder nur geringe Uranvorkommen hatten und nicht im „Vollen prassen" konnten. Trotz des sich bald abzeichnenden Entwicklungsvorsprunges in der Sowjetunion und Europa taten die US-Imperialisten auch in den 60er-Jahren weiterhin wenig, wollten sie doch vor allem ihre Leichtwasserreaktoren anbringen und war die Uranpreispolitik (siehe oben) so gestaltet, daß sie ein baldiges Wechseln auf „Schnelle Brüter" nicht fürchten mußten. Beim einzigen Probereaktor (zu 40% privat finanziert – eine völlig ungewöhnliche Zahl) Fermi I schmolz 1966 nach einem Versagen des Kühlsystems der Reaktorkern teilweise ab (nach „die rote linie", herausgegeben von der Institutsgruppe Naturwissenschaften. Dez. 73, Nr. 8).

In den 70er-Jahren, als die Konkurrenz von Sowjetunion und Westeuropa bedrohlich wird, spielt sich Ähnliches wie bei den Leichtwasserreaktoren ab, um das Monopol nicht zu verlieren. *„Endlich sollten wir aggressiv die Entwicklung von Brutreaktoren vorantreiben .... Wir können es uns nicht leisten, daß andere Nationen den USA die Führung in dieser lebenswichtigen Entwicklung streitig machen."* (18)

Westinghouse übernimmt die Konstruktion – der Staat 96% der Kosten. Nach dem Ölboykott der Arabischen Staaten 1973 kommt Bewegung in die Monopole und den Staatsapparat. Ein Ende der Herrschaft des US-Imperialismus über den Großteil der Ölfelder der Welt zeichnet sich ab. Als Gegenmaßnahme, und um die eigenen Öllager, die große strategische Bedeutung im Kampf gegen die neue Supermacht Sowjetunion haben, zu schonen, werden alle Energieforschungsprojekte verstärkt finanziert.

Die Entwicklung der „Schnellen Brüter" wird allerdings von Carter wieder gedrosselt, da einerseits der Widerstand in den westeuropäischen Ländern, den breite Teile der Bevölkerung gegen diese nur teilweise beherrschte Technologie leisten, ein schnelles Umsteigen auf den neuen Reaktor unwahrscheinlich macht, und sich andererseits beim konventionellen Reaktor, der völlig von der ausreichenden Uranlieferung der USA oder der Sowjetunion abhängt, eine wesentlich bessere Kontrolle der kleineren imperialistischen Länder durchführen läßt.

(17) Beim „Schnellen Brüter" wird ein Gemisch von Uran 238 und Plutonium 239 als Kernbrennstoff verwendet und die Spaltkettenreaktion (ein Neutron bewirkt eine Spaltung des Plutoniumkerns und weitere Neutronen und Energie werden frei) wird mit „schnellen" Neutronen durchgeführt. Diese schnellen Neutronen werden vom Uran 238 zu einem Teil eingefangen und dabei neuerlich Plutonium 239 „erbrütet". Der große Vorteil ist hier, daß Uran 238, das in der Natur relativ häufig vorkommt, verwendet werden kann (400mal häufigeres Vorkommen als Uran 235). Diese Technologie ist aber noch viel schwerer zu beherrschen, da flüssiges Natrium von ca. 500 Grad Celsius als Kühlmittel verwendet werden muß, um die Neutronen nicht zu bremsen und eine gute Wärmeleitfähigkeit zu erhalten, und Natrium ein äußerst aggressives Metall ist. Weiters kann ein „Schneller Brüter" von der Physik her hochgehen, da ein Verdampfen der Kühlmittel oder ein Überhitzen zu einer noch beschleunigten Kettenreaktion führt, während bei konventionellen Atomkraftwerken ein Verdampfen des Kühlmittels Wasser die Kettenreaktion stoppt.

Beim „Schnellen Brüter" stoppt „von selbst" erst ein Verdampfen des Plutoniumkerns die Kettenreaktion. (Siehe Richard Wilson, Physics of liqhid metal fast breeder reactor safety; Review of modern physics, Volume 49(4); 1977).

(18) Manson Benedict: Bulletin of the Atomic Scientists 27(7), 16(1971), zit. nach „die rote linie", herausgegeben von der Institutsgruppe Naturwissenschaften, Dezember 1973, Nr. 8)

b) Kernfusion

Jahrzehntelang wurde die Erforschung der kontrollierten Kernfusion nicht oder nur wenig vorangetrieben. An der Kernfusion als Energiequelle bestand noch weniger Interesse als an Spaltreaktoren, war doch klar, daß hier noch viel größere Hindernisse überwunden werden müßten. Die Forschung wurde später in einem gewissen Umfang aufgenommen, vor allem, weil die Sowjetunion, aber auch Westeuropa, ihrerseits Fusionstechnologien zu entwickeln begannen. Eine „zu frühe" Fertigstellung von Fusionsreaktoren hätte nur den Plänen mit den Spaltreaktoren der 60er-Jahre Schwierigkeiten machen können. Erst als die Möglichkeit, die Fusion mit Laser (d.h. stark konzentriertem Licht) zustandezubringen, ins Blickfeld rückte, und als für den US-Imperialismus die Frage von Alternativenergien zum Öl wichtiger wurde, änderte sich die Situation etwas. (19)

Die Zahlen von Tabelle 2 zeigen, daß auch 1978 die Forschungsprioritäten nur wenig von denen der 60er-Jahre differieren. Hauptsächlich wird militärische Forschung und Entwicklung betrieben. Der Aufwand für solche äußerst bedeutsame Energieforschungen wie die Kernfusion ist vergleichsweise gering.

c) Sonnenenergie

Die Entwicklung und Forschung von alternativen Energieformen wurde in den USA praktisch überhaupt erst nach 1973 begonnen. Aber auch jetzt ist in erster Linie einmal interessant, was man hier und mit der bestehenden Technik bei steigenden Ölpreisen zu einem Geschäft machen kann, während es gleichzeitig die bestehenden Geschäfte nicht gefährdet.

Das Geld, das in Tabelle 2 unter Sonnenenergieforschung steht, betrifft vor allem den staatlich finanzierten Werbefeldzug für die Beheizung und Kühlung von Häusern mit Sonnenenergie und die entsprechenden Untersuchungen, die ihm zugrundeliegen. Wenn es bei der Sonnenenergienutzung Neuentwicklungen gibt, dann sind sie erst recht wieder ein Produkt der militärischen Forschung, nämlich der Solarzellen, die für die Satelliten der NASA entwickelt wurden.

Finanzierung verschiedener Forschungs-Entwicklungsrichtungen durch den US-Staat

	Millionen $ im Jahr 1978
Schnelle Brüter	656
Fusion	282
Sonnenenergie	305
NASA	4.035
Physikforschung	389
Militär. u. Nichtphysikforschung	22.949
Insgesamt	27.960

Quelle: Physic today 77

Ein anderes Sonnenenergieprojekt, das ebenfalls ab 1973 vom Staat an die Lockheed-Werke zur Projektierung gegeben wurde, zeigt ebenso wie die anderen Energieforschungen, wie im Kapitalismus die Produktivkraftentwicklung vor sich geht:

Mit einem hohen Unterwasserzylinder soll die Temperaturdifferenz zwischen den von der Sonne erwärmten (tropischen) Meerwasser an der Oberfläche und dem kalten Wasser in der Tiefe ausgenützt werden. Als Wärmeaustauscher wird Ammoniak verwendet. 1881 schon hatte ein französischer Ingenieur die Idee, ein Kraftwerk dieser Art zu bauen. 1920 gab es das erste Modell. Lockheed berechnete den Preis einer Kilowattstunde mit ca. 50g, wenn man die bestehende Technologie verwendet (20) und nimmt als Lebensdauer 100 Jahre an.

Obwohl also eine seit Jahrzehnten bekannte Möglichkeit, hatte weder einer der beiden Reaktor-Elektrogiganten wie General Electric oder Westinghouse, noch die E-Werke, irgendein Interesse an solchen Entwicklungen, solange das Öl billig, bzw. der Absatz von Atomkraftwerken gut ist. Lockheed, eine Firma, die Raketentechnologie und Flugzeuge produziert, schreibt daher in ihrer Studie, daß *„mit den steigenden Ölkosten und Schwierigkeiten bei Atomkraftwerken dieser neue Kraftwerkstyp mit 160 MW interessant wird."* (Lockheed-National Science Foundation-Research applied to national needs-Studies, 1975).

(19) Es versteht sich fast von selbst, daß auch die Entwicklung der ultrastarken Laser, wie sie für die Kernfusion benötigt wurden, nur deshalb zustandekam, weil die militärische Forschung starke Laser als Waffe für brauchbar hielt.

(20) Die 50g berücksichtigen die Zusatzkosten (!!!!) des Kapitals in den 100 Jahren. Die Betriebskosten für 1 KW kommen auf 2g.

In Österreich dasselbe auf kleiner Stufenleiter

Die Entwicklung verschiedener Energiequellen, vor allem der Kernenergie in der imperialistischen Supermacht USA (21), zeigt, wie das kapitalistische Monopol sowohl die Tendenz hat, jede Weiterentwicklung anzuhalten, als auch wenig später in einem abenteuerlichen und gefährlichen Feldzug um Marktanteile und Extraprofit schwindsüchtige Entwicklungen zu forcieren.

Stützt sich der Imperial ismus aber auf neue Rohstoff- und Energiequellen, weil sie höhere Profite versprechen, so läßt er die alten verrotten, Ressourcen brachliegen, Bergwerke schließen und Gebäude verfallen. Das ist beim österreichischen Imperialismus auf kleinerer Stufenleiter auch nicht anders: Die Kohlegruben werden geschlossen, und man läßt sie verfallen, auch wenn noch Millionen Tonnen Kohle vorhanden sind, weil sich aus Öl momentan ein höherer Profit schlagen läßt und die internationale imperialistische Konkurrenz die Verbilligung der Energiekosten erzwingt.

In einer Gesellschaft, die bewußt alle Produktionsmittel für die Bedürfnisse des Volkes einsetzt, wäre es doch völlig undenkbar, daß neben einer möglichst umfassenden Weiterentwicklung der neuen Techniken und Produktivkräfte nicht auch die alten weiterentwickelt würden, man „auf zwei Beinen" gehen würde. Meist scheiden die alten, kleineren Produktionsanlagen den großen Monopolen nicht schnell genug aus der Welt. Die Monopole beschleunigen aus ihrer Marktherrschaft heraus den Ruin.

Ein Beispiel aus dem Gebiet der Energieproduktion sind dabei in Österreich die erzwungenen Schließungen der kleinen ländlichen Kraftwerke. (Im *Anhang* zeigen wir, welche Gründe zur Schließung dieser E-Werke führen.)

Man wird, wenn die Bedingungen vorhanden sind, auch im Sozialismus lieber mit relativ weniger Arbeitsaufwand große Kraftwerke bauen, wobei natürlich Fragen der Umweltzerstörung, Vorbereitung auf den Kriegsfall usw. ebenfalls berücksichtigt werden müssen.

Im Imperialismus sieht es aber so aus: Da sich die E-Werke das gute Geschäft mit den ländlichen Kleinabnehmern nicht entgehen lassen wollen, werden die Kleinkraftwerke durch die Preispolitik ruiniert, wobei die E-Werke die technische Tatsache ausnützen können, daß auch Kleinkraftwerke in das Gesamtnetz eingebettet sein müssen, wollen sie Strom mit stabiler Spannung und Frequenz liefern.

Ansonsten läßt man die Kleinkraftwerke verfallen, wartet nichts, pflegt weder Maschinen noch Gelände, um den Tod dieser Anlagen zu beschleunigen, obwohl, wie die Tatsachen zeigen, eine Pflege ohne großen Aufwand möglich ist, wenn das Kraftwerk innerhalb eines Produktionsbetriebes von den Arbeitern gewartet wird. (22)

Auf diese Art und Weise wurden Kraftwerke stillgelegt, deren Gesamtleistung ⅓ bis ⅔ der Leistung des AKW Zwentendorf ausmachen würde.

Die Produktionsverhältnisse sind es, die die Beherrschung der neuen Naturkräfte erschweren bzw. unmöglich machen

Wir haben also gesehen, wie der Kapitalismus notwendig räuberisch und unüberlegt mit der Natur umgeht – nicht anders als er es mit den Menschen macht. Der Erkenntnis der Naturgesetze ebenso wie der Umsetzung in praktische Ergebnisse setzt diese Produktionsweise Hin-

(21) Dieselben Tendenzen ließen sich auch bei der anderen Supermacht aufzeigen, nur ist das zugängliche Material dort wesentlich spärlicher.

(22) Vergleiche damit die Agenturmeldung vom 23. 11. 77

„China will den Bau von kleinen Kraftwerken vorantreiben und damit dem Elektrizitätsmangel abhelfen, der seit mehreren Wochen Alarmrufe in Peking veranlaßt. In einem Leitartikel ruft das KP-Organ 'Volkszeitung' am Mittwoch zur Errichtung von Minikraftwerken auf, die die örtlichen Ressourcen, wie Wasserläufe oder kleine Kohlenlager, benutzen sollen.

Unter Hinweis auf die Provinz Kwangtung, die zu 40% durch Minikraftwerke mit Elektrizität versorgt wird, verurteilt der Leitartikel diejenigen, die immer nach Elektrizität schreien und auf die Hilfe des Staates warten, statt sich selbst an den Bau kleiner örtlicher Kraftwerke zu begeben. Der Staat habe zwar seinerseits große Projekte in diesem Sektor, 'der Vorrang vor jedem anderen Sektor' habe, seine Anstrengung dürfe aber nicht einseitig bleiben, mahnt die 'Volkszeitung'."

dernis um Hindernis in den Weg. Engels zeigt auf, wie in einer Klassengesellschaft das Interesse der herrschenden Klasse das treibende Moment der Produktion ist und der letzte Abschnitt bestätigte das an Hand der Entwicklung der Energieproduktion in den USA und zeigte die Ergebnisse.

Neben diesen ganz unmittelbaren Ursachen für die abenteuerliche Entwicklung, die der Kapitalismus hervorbringt, stehen aber auch noch andere, nicht weniger wichtige:

* Die Produktivkräfte werden als Produktivkräfte des Kapitals hervorgebracht, das ist nicht nur bei den Produktionsmitteln so, das trifft auch auf die hauptsächliche Produktivkraft zu, den Produzenten. die Fähigkeiten der Arbeiter, die Produktion zu beherrschen, werden ausschließlich als Fähigkeiten, Profit zu produzieren, entwickelt.

„Aller kapitalistischen Produktion, soweit sie nicht nur Arbeitsprozeß, sondern zugleich Verwertungsprozeß des Kapitals ist, ist es gemeinsam, daß nicht der Arbeiter die Arbeitsbedingung, sondern umgekehrt die Arbeitsbedingung den Arbeiter anwendet, aber erst mit der Maschinerie erhält diese Verkehrung technisch handgreifliche Wirklichkeit. Durch seine Verwandlung in einen Automaten tritt das Arbeitsmittel während des Arbeitsprozesses selbst dem Arbeiter als Kapital gegenüber, als tote Arbeit, welche die lebendige Arbeitskraft beherrscht und aussaugt. Die Scheidung der geistigen Potenzen des Produktionsprozesses von der Handarbeit und die Verwandlung derselben in Mächte des Kapitals über die Arbeit vollendet sich, wie bereits früher angedeutet, in der auf Grundlage der Maschinerie aufgebauten, großen Industrie. Das Detailgeschick des individuellen, entleerten Maschinenarbeiters verschwindet als ein winzig Nebending vor der Wissenschaft, den ungeheuren Naturkräften und der gesellschaftlichen Massenarbeit, die im Maschinensystem verkörpert sind und mit ihm die Macht des „Meisters" (masters) bilden." (23)

An Stelle der bewußten Planung des Produktionsprozesses durch die Produzenten mit Hilfe von Wissenschaft und Forschung, tritt Despotie und Herrschaft des Kapitals und der produktiven und wissenschaftlichen Fähigkeiten, die sich das Kapital einverleibt hat. An Stelle der bewußten Disziplin der Produzenten, die durch die Größe und den gesellschaftlichen Charakter der Produktionsmittel notwendig ist, tritt die mit Lohnabzügen, Disziplinarstrafen usw. erzwungene Disziplin im Interesse des Kapitals, von Direktoren, Abteilungsleitern, Aufsehern überwacht und erzwungen.

Der einzelne Arbeiter *soll* möglichst nur einen kleinen Teil des Gesamtapparats verstehen, denn jede Ausbildung darüber hinaus verursacht „unproduktive Kosten" und zerschlägt den Schein, daß es das Kapital bzw, der Kapitalist und seine Aufseher sind, die die Produktion erst möglich machen.

Unter den gesellschaftlichen Verhältnissen ist es tatsächlich äußerst schwierig, so schwer zu kontrollierende Kräfte, wie es die Kernkräfte, die starken Wechselwirkungen, sind, zu beherrschen, nämlich auch nur die ganz unmittelbaren Gefahren in der Hand zu behalten. Die Lohnarbeiter, die bei der Produktion und dem Betrieb von Kernkraftwerken beschäftigt sind, haben gelernt, mit den neuen Maschinen, mit den neuen Problemen fertigzuwerden, wie die Improvisationskunst und Schnelligkeit der Arbeiter bei bisher aufgetretenen Unfällen bei Atomkraftwerken beweist. Aber die Gesetzmäßigkeiten des Systems stehen dazu in Widerspruch. sie machen es schwer, den Gesamtzusammenhang verschiedener Gefahrenherde kennenzulernen, sie bringen Pfusch, Schlamperei, Unvorsichtigkeit naturnotwendig immer wieder hervor. Sie durchkreuzen das verantwortungsbewußte Handeln des einzelnen Produzenten, das die objektive Eigenschaft der Produktivkräfte ihnen aufdrängt. Die Ideologie der Bourgeoisie: Jeder für sich, das Wertgesetz – also die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten – für uns alle, hat natürlich auch auf das Denken der Arbeiter Einfluß, auch wenn der Klassenkampf und Produktionskampf sie täglich das Gegenteil lehrt.

In pervertierter Weise erkennen auch die Imperialisten die Notwendigkeit an, bei diesen neuen Produktivkräften anders zu verfahren als bisher. Alvin Weinberg, der Direktor der staatlichen Kernforschungsstelle Oak Ridge in den USA, schreibt, nachdem er für den Einsatz von AKW zur Energiegewinnung geworben hat: *„A- Aber der Preis, den wir für diese magische Energiequelle von der Gesellschaft fordern müssen, sind sorgsame Wachsamkeit und eine Dauerhaftigkeit unserer gesellschaftlichen Einrichtungen, an die wir gar nicht gewöhnt sind." „Wir erheben zwei Forderungen. Die erste halte ich für leichter zu erfüllen: Wir müssen in der Atomtechnologie die allerbesten technischen Verfahren einsetzen, und*

(23) Karl Marx. Das Kapital,..... Seite 446

wir müssen Personen mit großer Sachkenntnis und Gewissenhaftigkeit beschäftigen, 'Unbedingte Qualität' ist die Losung, die nun in weitere Bereiche dieser atomaren Gemeinschaft Eingang findet. Das bedeutet, daß man die strengsten Maßstäbe beim technischen Entwurf und seiner Ausführung einsetzt. Daß man sich bei den Atomanlagen strikt an die erforderlichen Betriebszustände hält – und dies trotz der angeborenen Neigung, in der Sorgfalt nachzulassen, wenn eine solche Anlage älter wird und mehr vertraut. Und daß man bei Leitung und Bedienung unserer Atomenergieanlagen Personen mit möglich noch höherer fachlicher Qualifikation beschäftigt, als dies für Leitung und Bedienung der konventionellen Kraftwerke erforderlich war. Mit einem Wort also: Wir müssen eine ununterbrochene Tradition schaffen für peinlichste Sorgfalt in allen Einzelheiten."

„Die zweite Forderung ist weniger augenscheinlich, und ich hoffe, sie wird sich als unnötig erweisen. Das ist die Forderung nach dauerhaften Strukturen in der menschlichen Gesellschaft. Wir hätten relativ wenig Sorge mit den radioaktiven Abfällen, wenn wir immer davon ausgehen können, daß es intelligente Leute gibt, welche mit unvorhergesehenen Umständen fertig werden können, an die wir nicht gedacht hatten. Wenn die atomaren Zonen, die ich erwähnte, einmal fester Bestandteil unserer Zivilisation sind, dann haben wir wohl auch den sozialen Apparat und vermutlich die Plätze, um mit dem Atommüll dauernd fertig werden zu können. Aber selbst ein Salzbergwerk kann von uns noch eine gewisse Überwachung erfordern, und sei es auch nur, um in Zukunft Leute davon abzuhalten, in die Ablagerungsstätten so ein paar Löcher zu bohren." (24) Und ein wenig weiter, nachdem er von der „militärischen Priesterschaft" gesprochen hat, die notwendig ist, die Atomwaffen zu überwachen, schreibt er: *„Es will mir scheinen, daß die friedliche Nutzung der Atomenergie Anforderungen gleicher Art an unsere Gesellschaft stellen wird – vermutlich nur von längerer Dauer."* (25)

Natürlich sind diese Forderungen im Imperialismus illusionär und dementsprechend benötigt Weinberg auch eine „Priesterschaft", die es nirgendwo gibt. Aber indirekt spricht er damit aus, was für Verhältnisse wir brauchen, um diese neuen Kräfte beherrschen zu können: Nicht Lohnsklaven, sondern hochgebildete, verantwortungsbewußte Produzenten, nicht gesellschaftliche Anarchie, sondern bewußte, gesellschaftliche Planung, nicht Beherrschung der Menschen durch Gesetzmäßigkeiten der Natur und Gesellschaft, sondern bewußte Anwendung dieser Gesetze im Interesse der Menschheit. Nicht Kapitalismus sondern Kommunismus.

Anhang: Kleine Wasserkraftwerke

Entstehung – Entwicklung

Entstanden hauptsächlich aus Mühlen, Wasserradenergie in Fabriken. Mit der Entwicklung von Generatoren und Motoren verdrängten um die Jahrhundertwende die elektrische Energieübertragung die mechanische (=Transmissionswellen). Viele kleine Wasserkraftanlagen sind im wesentlichen nichts anderes als ursprünglich mechanische Anlagen, die im Zuge der Entwicklung mit Generatoren ausgerüstet wurden.

Wirtschaftlichkeit

Von den Produktionskosten her gesehen, wäre die Errichtung dieser Anlagen in Österreich, im Gegensatz zu früher, undenkbar. Die Errichtung von aufwendigen Bauten (z.B. Mühlbäche an der

(24) *Das Risiko Kernenergie, Verlag Association GmbH, Reihe politische Ökologie, Materialien zu Umwelt und Gesellschaft 3, Seite 65/66*

(25) *Ebenda.*

Traun, an der Mur, am Inn) war bis zum 2. Weltkrieg profitabel, da der Preis der gewonnenen Energie wesentlich niedriger war als der für Energie aus Kohle oder Holz. Erst das billige Erdöl und der hochmechanisierte Kohlebergbau nach dem 2. Weltkrieg bewirkte ein wesentliches Sinken der Energiepreise, dadurch wurde die Errichtung und Instandhaltung von verhältnismäßig großen baulichen Anlagen (Mühlbäche, Krafthäuser) bei kleiner erzielter Leistung bis zum einem MW = 1.000KW = 10.000 100-Watt-Glühbirnen pro Stunde) unwirtschaftlich.

Die Kosten für die Arbeitskraft des Wartungspersonals hängen davon ab, ob das Werk bei einem Industriebetrieb steht oder irgendwo alleine.

Die Anlagen bei einem Industriebetrieb liegen von den Bedienungskosten her günstiger, da der Betriebsschlosser nur ab und zu nachsehen gehen muß.

Beispiel:

Zwischen dem 1. und 2. Weltkrieg wurden Anlagen errichtet, die heute 50 Millionen kosten würden und die 0,5 MW erzeugen. Das ergibt spezifische Anlagekosten von

$$\frac{50{,}000.000}{500} = 100.000 \text{ öS/KW}$$

Heute liegen die wirtschaftlichen spezifischen Anlagekosten bei S 25.000/kW

Gründe für Stillegungen

1.) Rentabilität

a) Die Anlagen bringen nicht genügend Profit, damit ein kaputtgehender Generator ersetzt werden könnte, geschweige denn kaputte Wasserführungen.

b) Die Elektrizitätsgesellschaften bringen durch Preispolitik die Werke um.

c) Anlagen werden totgefahren, d.h. keine Instandhaltungsarbeiten werden vorgenommen, obwohl sie wirtschaftlich möglich wären.

d) Alleinstehende Anlagen unter 100 kW sind unwirtschaftlich, da die Lohnkosten für einen Bedienungsmann schon höher liegen als die Einnahmen aus dem Strom.

2.) Technische Aspekte

a) Zu Flüssen parallel laufende Mühlbäche werden aufgelassen, da die Abarbeitung des Wassers in den ohnhin zu bauenden Flußstufen wesentlich effektvoller ist.

b) Zusammenfassung mehrerer Stufen zu einer.

c) Kleine, weit abgelegene Anlagen (Gebirge) ermöglichen auf Grund der im Verhältnis zur erzeugten Leistung sehr langen Leitungen keine brauchbare stabile Stromfrequenz (50mal pro Sekunde wechselt die Stromrichtung bei Wechselstrom) und Spannung.

3.) Die Gründe 1a, 1b und 1c dominieren. Öfters kommt auch berechtigt 2a vor. Die übrigen Gründe sind selten.

Politik der E-Gesellschaften

Gebiete mit einem hohen Anteil von Kleinabnehmern sind am profitabelsten.
Strompreisverhältnis in Oberösterreich:

Haushalte, Kleingewerbetreibende, Landwirtschaft	140 g	
setzt sich zusammen aus:		
Arbeitspreis	98 g	
Grundgebühr je kWh im Schnitt	30 g	
8% Mehrwertsteuer	10 g	
Zusammen	138 g	Industrie 40 g

Die ländlichen Gebiete haben einen hohen Anteil von Kleinabnehmern und wurden von Kleinproduzenten versorgt, dadurch entgeht den großen E-Gesellschaften ein gutes Geschäft.

Die E-Gesellschaften schlugen folgenden Kurs ein. Sie zahlen den Kleinproduzenten 3 – 10 g für den Überschußstrom und verlangen für gelieferten Strom bis z S 1,20. Der Verbundpreis liegt bei 40g.

(Der Preis von S 1,20 ist durch Teilung in Arbeits- und Grundpreis oft verschleiert).

Technisch sieht es aber so aus, daß der Verbrauch in einem Versorgungsgebiet nie mit der vom Kraftwerk erzeugbaren Energie zusammenpaßt. Außerdem ist zur Frequenzhaltung (zur Aufrechterhaltung der Spannung) ein Anschluß an die übergeordneten Stromnetze nötig.

Daraus ergibt sich, daß mit obigen Preisen Strom zugekauft oder verkauft werden muß. Die Anlagen sind dadurch oft verlustbringend, also bringen das Geld für Instandhaltungsarbeiten nicht mehr ein.

Eines Tages brechen die Anlagen technisch zusammen, oder die Besitzer geben sie auf, die E-Gesellschaften können zuschlagen.

Die E-Gesellschaften betreiben diese Anlagen in der Regel nicht mehr weiter, oft sind diese durch langjährige Erpressungspolitik so verlottert, daß eine Wiederherstellung nicht mehr möglich ist.

Weitere Stillegungen

Ergeben sich dadurch, daß ganze Industriebetriebe im Zuge von Rationalisierungen stillgelegt werden und damit die angeschlossenen Wasserkraftwerke ebenfalls.

Größenordnung der stilliegenden Anlagen in Österreich

Es gibt schätzungsweise zwischen 200 und 500 MW betreibbare Anlagen (Zwentendorf hat 700MW).

Regierungsbericht Kernenergie: Kreiskys zweiter Anlauf

Im Dezember 1977 erschien die zweite und vorläufig endgültige Ausgabe des „Berichts der Bundesregierung an den Nationalrat, betreffend die Nutzung der Kernenergie für die Elektrizitätserzeugung." Die erste Ausgabe war bereits Mitte 1977 erschienen und es war damals sogar die Rede davon, daß die SPÖ womöglich noch vor den Sommerferien 1977 mit dem Bericht ins Plenum des Parlaments geht, um den mit Regierungsantritt 1975 entworfenen Plan zu verwirklichen: Das Parlament soll dem österreichischen Atomkraftwerksprogramm „im Namen des Volkes" den Segen erteilen und die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf einläuten. Nicht weil dies gesetzlich notwendig wäre, sondern einzig und allein um den Widerstand des Volkes – der schon 1975 und früher aufflakkerte und sich seither zu einer unübersehbaren Massenbewegung entwickelt hat – die Spitze zu brechen und die anderen beiden Parlamentsparteien, insbesondere die ÖVP auch öffentlich auf den seit jeher gemeinsam beschrittenen Weg festzunageln. Aber da kamen zwei Dinge dazwischen: Erstens eine Demonstration am 12.Juni 1977 in Zwentendorf mit gut 6000 Teilnehmern aus ganz Österreich und zweitens eine Demonstration am 25.Juni 1977 in Allentsteig mit hauptsächlich Waldviertler Bevölkerung und über 3000 Teilnehmern.

Nun war von Herbst, schließlich Spätherbst 1977 die Rede, doch da kam die große Demonstration in Wien zum Bundeskanzleramt mit über 6000 Menschen am Nationalfeiertag dazwischen. Verbunden mit massiver Hetze gegen die Bewegung glaubte die Regierung Mitte Dezember die Wogen soweit geglättet, daß sie eine zweite, von Kreisky persönlich redigierte Ausgabe des Regierungsberichts vorlegte und gleichzeitig Gespräche mit ÖVP und FPÖ im Hinblick auf die Parlamentsdebatte fixierte.

Doch im Jänner heurigen Jahres mußte die Regierung erkennen, daß die Bewegung gegen Atomkraftwerke lebenskräftiger und entwicklungsfähiger ist denn je: Die Anlieferung der Brennelemente wurde enthüllt und bekämpft und die Widersprüche zwischen den bürgerlichen Parteien traten stärker als irgendwann früher zutage. Nach neuestem Stand der Dinge soll die Parlamentsdebatte kurz vor Mitte April stattfinden, aber ungewiß ist, wieweit Kreiskys zweiter Anlauf, die zweite Ausgabe des Regierungsberichts, bei dieser Gelegenheit überhaupt noch die Grundlage bildet, oder ob die SP-Regierung die ÖVP- und FPÖ-Riege im Parlament überhaupt nur für die grundsätzliche Zustimmung zur Kernenergie vergattern kann. So oder so, für das Volk wird der Affentanz der Politiker und der ganze Betrug mit der Parlamententscheidung immer durchsichtiger und die Vorbereitungen für den nächsten Großaktionstag der Bewegung am 9.April in Wien laufen schon. Für den fortgesetzten Kampf gegen das AKW-Programm ist es gleichzeitig sehr nützlich, sich mit dem Regierungsbericht Kernenergie, zweite Ausgabe, genauer zu beschäftigen, ist er doch weit stärker als die erste Ausgabe eine Argumentationshilfe der SPÖ, mit der sie ihren Marschplan in der Endphase vor der Inbetriebnahme absichert und rechtfertigt. Nicht von ungefähr konnte man in der letzten Zeit in „AZ", in der „Solidarität" und neuerdings auch in einer Sondernummer der „Welt der Arbeit" gleich passagen- und absatzweise den Regierungsbericht wiederfinden.

Während die erste Ausgabe des Regierungsberichtes eher trocken dokumentarische Züge trägt – wir haben unter dem Titel „AKW-Bau auch gegen den Willen des Volkes, um die Kapitalisten für die Konkurrenz zu rüsten" im „Klassenkampf" Nr.15 vom 21.7.1977 darüber geschrieben –, so findet sich der größte Teil der ersten Ausgabe bei der zweiten Ausgabe nur mehr als Anhang wieder, während der Haupttext in populärwissenschaftlicher Umkleidung

die durchwegs reaktionären Hauptargumentationslinien zur Rechtfertigung des AKW-Programms präsentiert. Auf einige wichtige Fragen daraus soll im folgenden eingegangen werden.

Die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf hängt eng mit der Durchsetzung des gesamten AKW- Programms der Regierung zusammen

Die erste Ausgabe des Regierungsberichts sagt dies noch relativ offen, wenn es heißt, die Bundesregierung sei der „Ansicht, daß
– die Sicherheit eines Kernkraftwerkes durch Erfüllung und Einhaltung der entsprechenden Bescheide der Behörden gewährleistet werden kann und ferner unter der Voraussetzung, daß auch für die Sicherheit eines Zwischen- und Dauerlagers für abgebrannte Brennelemente und für das Endlager für hochaktive Abfälle aus Wiederaufbereitungsanlagen im selben Maße Vorsorge getroffen werden kann,
– unter diesen Vorbedingungen auf die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Tullnerfeld dann nicht verzichtet werden kann, wenn alle hiefür erforderlichen Bewilligungsverfahren vollständig abgeschlossen sind und auch ein Verzicht auf die Errichtung weiterer Kernkraftwerke in Österreich nicht grundsätzlich auszusprechen ist, soferne bei diesen Kernkraftwerken diese Vorbedingungen ebenfalls erfüllt sind."

Die „Schlußfolgerungen" der zweiten Ausgabe sind wesentlich vorsichtiger formuliert:

„Aus allen diesen Gründen beabsichtigt die Bundesregierung, nach Abschluß der umfassenden Prüfungs- und Bewilligungsverfahren unter der Voraussetzung der Erfüllung aller Auflagen keine Einwände gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf durch die Gemeinschaftskernkraftwerk-Tullnerfeld Ges.m.b.H., die sich im Eigentum der staatlichen Verbundgesellschaft sowie von sieben landeseigenen Elektrizitäts-Versorgungsunternehmungen befindet, zu erheben.

Zu dieser Voraussetzung gehört selbstverständlich auch die Lösung der Entsorgungsfrage. Anträge auf Genehmigungen solcher Lösungen sind vom Bauträger zu stellen. Bisher wurde lediglich die Errichtung eines „Kompaktlagers" als Zwischenlager beantragt.

So notwendig vom energiewirtschaftlichen Standpunkt die Nutzung der Kernenergie ist und so undenkbar es angesichts der europäischen Entwicklung – es gibt bereits 82 in Betrieb befindliche und 137 in Bau stehende bzw. bestellte Kernkraftwerke (Europa ohne Sowjetunion) – erscheint, die bereits getätigten hohen Investitionen in Zwentendorf ungenützt zu lassen, so wird die Bundesregierung aus ihrer Verantwortung für die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung nur solchen Lösungen zustimmen, die in Abwägung von energiewirtschaftlichen Standpunkten sowie solchen des Umwelt- und Landschaftsschutzes, insbesondere aber der Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung, in umfassender Weise Rechnung tragen." (Regierungsbericht Kernenergie, Seite 100; alle folgenden Zitate aus dem Regierungsbericht nur mit Seitenangaben).

Von weiteren Atomkraftwerken ist also nicht mehr die Rede, obwohl drei Seiten davor derselbe Bericht den Energieplan der Regierung bestätigt, der bekanntlich 3 Atomkraftwerke in Österreich bis 1985 vorsieht. Tatsächlich häufen sich in jüngster Zeit auch die Meldungen über Vorbereitungsarbeiten, Vertragsabschlüsse, Urankauf und ähnliches für das zweite AKW durch die 1974 gegründete GKS (Gemeinschaftskernkraftwerk Stein/St.Pantaleon Ges.m.b.H.).

Welche Gründe hat die Regierung, dies plötzlich in ihrem Bericht zu vertuschen?

Informationskampagne Kernenergie: „. . . eher organisierte Gruppen als informationssuchende Bürger"

Die Regierungskampagne bestand aus zehn öffentlichen Veranstaltungen (besser gesagt neun, denn die letzte am 24. März 1977 in Wien wurde von der Regierung unter dem Eindruck von Demonstrationen in ganz Österreich einfach abgesagt), für die zehn Expertengruppen gebildet wurden, sowie anschließend vier Symposien unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

„Die 'Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner' hatte es bedauerlicherweise für sich und für alle ihr angehör enden Gruppierungen abgelehnt, an diesen Symposien teilzunehmen." (Seite 9).

Die Arbeiten der Expertengruppen, Fragen aus der Bevölkerung und die Ergebnisse der Symposien sind nun in Ergänzung zum Regierungsbericht vom Bundespressedienst veröffentlicht worden. Die ganze Regierungskampagne – wiewohl sich in den jetzt dokumentierten Veranstaltungen auch einzelne interessante, alles andere als das AKW-Programm rechtfertigende Tatsachen, Details und Beträge finden – hatte offensichtlich den Zweck, die Bewegung gegen Atomkraftwerke von der Straße fernzuhalten und einen in dieser Breite sonst kaum erreichbaren und einsetzbaren Stab von Experten, teilweise zusammen mit Vertretern der E-Wirtschaft und der „Sozialpartner", über das AKW-Programm und seine Vor- und Nachteile für den österreichischen Imperialismus brüten zu lassen.

Die ebenfalls dokumentierten Anfragen aus der Bevölkerung bei den neun öffentlichen Veranstaltungen spiegeln eindeutig den starken Widerstand im Volk wider. Daß bei allen öffentlichen Regierungsveranstaltungen jeweils die große Mehrheit der Teilnehmer Resolutionen beschlossen, die sich gegen die Inbetriebnahme des AKW-Zwentendorf, gegen weitere AKW's in Österreich usw. richten, ist dem Regierungsbericht nicht erwähnenswert.

„Die Ergebnisse der Gespräche der Expertengruppen bildeten die Grundlage für öffentliche Podiumsdiskussionen der Experten, die in einem ständig steigenden Ausmaß auch die Bevölkerung in den Diskussionsprozeß einbezogen. Die Tatsache, daß dabei eher organisierte Gruppen als informationssuchende Bürger an den Diskussionen teilnahmen und daß es in einzelnen Fällen zu heftigen Aktionen dieser Gruppen kam, bewirkte eine wesentliche Beeinträchtigung des Informationsprozesses."

Freilich, aus der Sicht der Regierung beeinträchtigt der Widerstand des Volkes die Durchsetzung ihres AKW-Programms offenbar so sehr, daß selbst die Wahrheit über die Regierungsveranstaltungen oder die Gründe der Nichtteilnahme der IÖAG an den Symposien im Regierungsbericht auf der Strecke bleiben.

Regierungsbericht auf der Linie der reaktionären Theorie von den begrenzten Energiequellen

Im Kapitel „Der Energiebedarf und seine Deckung" erwähnt der Regierungsbericht nicht zufällig gleich eingangs die „spürbaren Folgen des arabischen Erdölembargos nach dem Jom-Kippur-Krieg vom Oktober 1973", wo mit dem Einsatz des Erdöls als politische Waffe durch die Dritte Welt den Imperialisten ein deutliches Warnzeichen gesetzt wurde. Offensichtlich eine Entwicklung, die mit der konkreten politischen Lage auf der Welt, mit der Existenz unterdrückter und unterdrückender Nationen sowie mit der Herausbildung zweier imperialistischer Supermächte und dem Kampf gegen sie untrennbar verbunden ist. Auch ein Beispiel über die Zeit des Zweiten Weltkrieges verdeutlicht den Zusammenhang zwischen den bestehenden so-

zialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen und der Nutzung und Verfügbarkeit der Energiequellen.

„Wohl hatte es in den Jahren von 1939 bis 1945 und einige Zeit danach Bezinrationierung, Gassperrzeiten, Stromausfälle und nicht genügend Brennmaterial gegeben, aber damals hatte man sich keine tieferen Gedanken darüber gemacht und es als kriegsbedingt und nicht als naturgegeben angesehen, weil ja auch viele andere Waren des täglichen Bedarfes knapp waren." (Regierungsbericht, S. 10)

Die erwähnten Einschränkungen, die auch das österreichische Volk unter dem Nazi-Regime ertragen mußte, können schwer als „naturgegeben" bezeichnet werden. Nichtsdestoweniger wird so eine Theorie für die heutige Situation konstruiert. Der Zusammenhang mit den herrschenden Verhältnissen schimmert nur mehr blaß hinter dem metaphysischen und reaktionären Schleier der begrenzten und sich erschöpfenden Energiequellen hindurch, wenn die Rede davon ist, daß „die Menschheit" eine „bedenkenlose Verschwendungswirtschaft betreibe" (S.10)

Es ist aber die Herrschaft des Imperialismus, die die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte tendenziell hemmt, die Erschließung und Nutzbarmachung herkömmlicher und neuer Energiequellen behindert und höchst verschwenderisch – mit der menschlichen Arbeitskraft wie mit den Rohstoffen der Natur – zugunsten des Profits einiger weniger und zugunsten des Griffs nach der Weltherrschaft umgeht.

In diesem Licht erscheint auch die Darstellung des Regierungsberichts, die Atomkraftwerke dienten nur der Überbrückung für die nächsten Jahre und dann kämen sowieso vielleicht Sonnenkraftwerke oder ein „Nullwachstum", irreführend, falsch und betrügerisch.

Im Rahmen der Internationalen Energieagentur IEA auf Kurs gegen die Dritte Welt

Österreichs Mitgliedschaft in der IEA seit 1974 sichert den Kurs zur Durchsetzung des AKW Programms, und gegen die gerechten Forderungen der erdölproduzierenden Staaten der Dritten Welt eine gemeinsame imperialistische Front zu machen. Die Errichtung von Erdöllagern, für deren zu langsamen Bau Österreich gerade eine offizielle Rüge von der IEA erteilt bekam, dient außerdem der NATO und den USA für den Fall eines Krieges als Vorrats- und Nachschublager.

Der Regierungsbericht selbst benützt die Richtlinien der IEA folgerichtig als weiteren Grund, warum an eine Nichtinbetriebnahme des AKW-Zwentendorf gar nicht zu denken sei.

„Die Möglichkeit zusätzlicher Stromimporte ist grundsätzlich gegeben, bedarf zu ihrer Konkretisierung jedoch mehrjähriger Vorbereitungen. Um den vorausgesagten Strombedarf zu decken, müßten aber auf jeden Fall auch zusätzliche konventionelle Wärmekraftwerke errichtet werden.

Ihr Betrieb mit importiertem Erdöl und Erdölprodukten würde jedoch gegen die Zielsetzungen verstoßen, die Österreich durch die Unterzeichnung des 'Übereinkommens über ein internationales Energieprogramm' (BGBl.317/1976) übernommen hat, in welchem im Kapitel VII, Artikel 41, Absatz 1 ausdrücklich erklärt wird, daß die Mitgliedstaaten ‚entschlossen sind, bei der Deckung ihres gesamten Energiebedarfs ihre Abhängigkeit von Ölimporten langfristig zu verringern'. Darüber hinaus ist die früher geschilderte Knappheit in der Erdölversorgung zu erwarten." (S.20)

Demgegenüber muß von der Regierung der Austritt Österreichs aus der IEA gefordert werden.

Die Geschichte der Erkenntnis und Nutzung der Energiequellen durch den Menschen

erschienen in „Kommunist" Nr. 4/77

Dieser Artikel ist der chinesischen wissenschaftlichen Zeitschrift „Scientia Sinica" Nr. 5/1975 entnommen. der Artikel ist eine historisch-materialistische Untersuchung der Entwicklung bestimmter Energieformen und ihrer Nutzbarmachung unter verschiedenen Gesellschafts- und Produktionsverhältnissen in der Geschichte der Menschheit und des Klassenkampfs.

Ist es die Technik, die Leben und Umwelt bedroht?

Während sich die SPÖ über die falschen Ansichten zahlreicher Atomkraftwerksgegner lustig macht, welche die Wurzel des Übels in der Technik an sich sehen, verzapft die Regierung selbst den größten reaktionären Unsinn. „Die Risken im Alltag sind Legion. Ein Null-Risiko ist nicht realisierbar; Naturgewalten, Krankheiten und nicht zuletzt die technische Entwicklung haben das Leben lebensgefährlich gemacht." (S.55)

Es folgt eine gewaltige Liste von anderen Quellen der Umweltverschmutzung, von Unfällen, Katastrophen usw. Alles nach dem Motto: So ist die Welt, wir können es nicht ändern. Und vor allem: Im Vergleich zu alledem sind Atomkraftwerke doch geradezu harmlos.

Ist es die Technik selbst oder ist es ihre Anwendung im Imperialismus, die für die Menschheit lebensbedrohend ist? Ein Vergleich drängt sich auf: Wenn in der urkommunistischen Gesellschaft eines ihrer Mitglieder sich beim Behauen von Stein die Hand zerschlägt, so war das vielleicht unvermeidlich auf dem Weg des Stoffwechsels dieser Gesellschaft mit der Natur. Aber: Wenn sich ein Sklave unter den Peitschenhieben des Antreibers und durch Überarbeit ermüdet im Steinbruch einen Fuß zerschlägt – beide Male hat der Steinhammer die Schuld, oder? Jedenfalls will die Regierung den Lesern des Regierungsberichts so einen Blödsinn aufschwätzen.

Naturgewalten und Krankheiten hat es immer schon gegeben. Die entscheidende Frage ist: Wie wird der Mensch damit fertig, kann der Mensch sich zum Herrn der Natur machen oder ist er auf Gedeih und Verderb einigen Parasiten ausgeliefert, die die Produktionsmittel in ihrer Hand haben und nur dazu benützen, um von der Arbeit Fremder zu leben und ihren Reichtum zu vergrößern, ohne Rücksicht auf das Wohl der Massen. Der Imperialismus, die höchste und letzte Stufe des Kapitalismus vor seinem Sturz und Untergang, ist ein solches System.

Um das AKW-Programm auch in Österreich in Gang zu setzen, wurden offensichtlich Gutachten über die Erdbebengefährdung Zwentendorfs und ähnliches geringgeschätzt oder solche Kritiker kaltgestellt. Um das AKW-Programm endlich in Gang zu setzen und die erhofften Gewinne aus dem AKW einzustreichen, wurde die Frage der Atommüllagerung erst massiv aufgeworfen, als die Fabrik bereits stand – anfangs wurde nicht einmal ein Schilling an Kosten dafür veranschlagt. Um durch Übertragungsverluste hin zu den Industriegebieten und Ballungszentren möglichst wenig zu verlieren, wurde das AKW Zwentendorf kaum 30 km von der Millionenstadt Wien entfernt gebaut.

Man sieht Tag für Tag: Nicht die Technik ist es, die den Menschen bedroht, sondern ihre kapitalistische Anwendung.

Um die Ungefährlichkeit oder relative Harmlosigkeit von Atomkraftwerken zu unterstreichen, stützt sich der Regierungsbericht voll und ganz auf die Berechnungen eines gewissen Rasmussen. Darüber berichtete bereits im Vorjahr die Kronen-Zeitung:

„Rasmussen hat die Ergebnisse mehrfach geändert, um zu einem für seine Auftraggeber günstigen Ergebnis zu kommen. Außerdem kritisiert der 'Ausschuß für Energie und Umwelt' in Washington, daß die Sicherheitsstudie unter Zeitdruck fertiggestellt worden sei, weil sie zur Debatte über eine Gesetzesnovelle zur 'Haftung bei kerntechnischen Anlagen' vorliegen mußte.

'Unter solchem Zeitdruck ist eine gründliche Prüfung gar nicht möglich gewesen', heißt es in der jüngst veröffentlichten Kritik des Energieausschusses. Und weiter: Seit dem Erscheinen der Rasmussen-Studie werden andere Untersuchungen über die Sicherheit atomarer Anlagen vernachlässigt. Überdies wird auf folgende Mängel hingewiesen: Die Kurzfassung des Rasmussen-Berichtes ruft den Eindruck hervor, das Risiko der Kernenergie sei 'vertretbar', obwohl dies aus den ausführlichen Unterlagen gar nicht hervorgeht. Der Gutachter vernachlässigte die langfristigen Folgen einer möglichen radioaktiven Verseuchung, und er erwähnte nicht im geringsten das besondere Risiko von Atomkraftwerken in der Nähe von Ballungsgebieten."

Der Profit – treibendes Motiv für das AKW- Programm

„Ziel der österreichischen Bundesregierung ist es, den Energiebedarf in einem solchen Ausmaß zu decken, wie er der jeweiligen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung entspricht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Energie zu einem Preis bereitgestellt wird, der nicht über dem internationalen Durchschnitt liegt. Dies ist unter anderem auch deshalb notwendig, damit es der österreichischen Wirtschaft ermöglicht wird, ihre Positionen auf dem Weltmarkt nicht nur zu halten, sondern sie im Interesse der Sicherheit der Arbeitsplätze auch weiter zu verbessern." (S.97)

Dieser Absatz steht nicht zufällig am Beginn des Kapitels „Schlußfolgerungen" im Regierungsbericht. Hierin kommt das Bestreben der Kapitalistenklasse, vor allem des österreichischen Monopol- und Finanzkapitals zum Ausdruck, durch möglichst niedrige Strompreise in der internationalen Konkurrenzschlacht besser abzuschneiden. Inwieweit dies durch Atomkraftwerke und den Preis des in ihnen produzierten Stroms heute überhaupt noch realistisch ist, wird später behandelt. Wesentlich garantiert jedenfalls das gespaltene Stromtarifsystem die Versorgung der Großkapitalisten mit billigem Strom. Aber auch die staatlichen Elektrizitätsgesellschaften, welche die Gemeinschaftskernkraftwerk Tullnerfeld Ges.m.b.H. ebenso wie die Gemeinschaftskernkraftwerk Stein/St.Pantaleon Ges.m.b.H. voll in der Hand haben, erwarten sich, daß Atomkraftwerke gegenwärtig profitabler als alles andere sind.

„Rund zwei Drittel der Energie der industrialisierten Welt kommen derzeit von Erdöl und Erdgas... Das Sekretariat der Internationalen Energieagentur (IEA) sagt...ernste Schwierigkeiten in der Ölversorgung sogar schon für die Mitte der achtziger Jahre voraus..... Dies weist auf die extreme Unsicherheit hin, ob die IEA-Länder als Gruppe im Jahr 1985 entsprechend versorgt werden. In jedem Fall wird der Ölmarkt aber sicherlich hart sein, was unvermeidliche Auswirkungen in der Richtung auf höhere Ölpreise haben wird" (S.16/17).

„Einer wesentlich vermehrten Verwendung von Kohle sind...besonders durch die Kosten der Förderung und des Transports sowie vor allem durch die hohen, derzeit nicht konkurrenzfähigen Kosten einer Umwandlung von Kohle in flüssige Treib- und Brennstoffe oder in gasförmigen Brennstoff Grenzen gesetzt." (S.17)

„*Österreich ist verhältnismäßig reich an sich stets erneuernder Wasserkraft. (Im Jahr 1975 wurden in Österreich rund 72 Prozent des elektrischen Stroms aus Wasserkraft und 28 Prozent aus Wärmekraft erzeugt.) Vom gesamten wirtschaftlich ausbaufähigen Wasserkraftpotential Österreichs von 44.100 Gigawattstunden pro Jahr sind derzeit rund 26.500 GWh/Jahr ausgebaut oder im Bau, das sind rund 60 Prozent.*" (Seite 19).

Unter das „wirtschaftlich ausbaufähige Wasserkraftpotential Österreichs" fallen im wesentlichen nur größere Kraftwerke bzw. Projekte.

Nicht in die Kategorie „wirtschaftlich ausbau-

Entwicklung und Struktur des Brutto-Inlandsverbrauches
(in Mengeneinheiten)

		1973	1974	1980	1985	1990
		Ergebnisse		Prognose		
Steinkohle	(Mio t)	3,877	4,075	3,962	4,189	4,318
Braunkohle	(Mio t)	3,958	4,198	3,826	3,268	2,986
Erdöl	(Mio t)	11,453	10,171	13,224	14,657	17,800
Naturgas	(Mrd m^3_n)	3,828	4,168	4,771	7,048	8,255
Wasserkraft	(GWh)	17.928	20.306	25.569	30.534	34.397
Kernenergie	(GWh)	0	0	4.199	12.199	20.300
Andere Brennstoffe	(10^9kcal)	483	560	770	1.120	1.505

(aus dem Energieplan 1976 des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie, Seite 84)

fähig" fallen offenbar von vornherein unzählige, durchaus noch funktionstüchtige, Laufkraftwerke, deren Besitzer in den letzten Jahren von der staatlichen E-Wirtschaft in die Knie oder überhaupt gleich zur Aufgabe gezwungen wurden. Das relativiert jedenfalls die angegebene Zahl von 44.100 Gigawattstunden. Die Erklärung, warum selbst dieses Potential bis 1990 erst zu etwa drei Viertel genutzt werden soll, liefert der Energieplan 1976 der Bundesregierung:

„– Um die Durchführung der Investitionspläne der Elektrizitätswirtschaft finanziell zu erleichtern, wird empfohlen, über den innerbetrieblichen Bereich hinaus die Kapitalströme innerhalb der Elektrizitätswirtschaft jeweils auf die günstigsten Projekte zu konzentrieren und nach den Grundsätzen einer gesamtwirtschaftlichen Kostenoptimierung – nicht zuletzt im Hinblick auf optimale Einheitsgrößen – beim weiteren Ausbau vorzugehen." (Energieplan 1976, S.252)

Offensichtlich sind in nächster Zeit die „günstigeren Projekte" mit den „optimalen Einheitsgrößen" die Atomkraftwerke und ziehen sie das Kapital in diesem Bereich am stärksten an, gerade auch gegenüber herkömmlichen Energieträgern und Stromproduktionsmethoden.

Gerade noch eine Fußnote im Regierungsbericht wert sind etwa die „Möglichkeiten der Verwertung des Getreidestrohs in Österreich". „*Die hohen Kosten des Einsammelns zur Energieverwertung in größeren Anlagen schließen jedoch die Verwirklichung aus.*" (Seite 15)

Nachdem der Regierungsbericht also den Bau von Atomkraftwerken schon einmal im Verhältnis zu den bisherigen Energiequellen als einzigen Ausweg dargestellt hat, weist er die Untauglichkeit und mangelnde Einsatzfähigkeit anderer neuartiger Energiequellen nach: Es „sind die Preise pro Energieeinheit – zumindest derzeit und in naher Zukunft – höher als das, was man derzeit dafür ausgibt, so daß nur ein geringer ökonomischer Anreiz für ein Umsteigen besteht"(...) (S.18)

Dies bezieht sich vor allem auf Windenergie, Erdwärme und Sonnenenergie. Tatsächlich sind diese Energiequellen teilweise noch sehr wenig entwickelt, vor allem aber sind diese Energiequellen im kleineren Versorgungsbereich anwendbar und alles andere als die „optimalen Einheitsgrößen", aus denen die monopolkapitalistischen staatlichen E-Gesellschaften den erhofften Profit ziehen können. Dementsprechend hört man auf diesen Gebieten mehr von privaten Forschern und Bastlern als von sonstwelchen Initiativen.

Die paar Millionen Schilling, die der Staat bisher in die Erforschung und Nutzbarmachung der Wind-, geothermischen und Sonnenenergie gesteckt hat, reichen nicht einmal, um sich im Regierungsbericht damit zu brüsten, wenn man weiß, daß die angegebenen Forschungssummen gerade soviel ausmachen, wie die Schmiergelder der Atomindustrie an die Parteien (welche trotz Aufforderung nie eidesstattlich geleugnet wurden!) und die Kosten für die „Aufklärungskampagne Kernenergie" der Regierung zusammengenommen.

Die Schlußfolgerung, die der Regierungsbericht zusammenfassend zu diesem Kapitel zieht, kann man schon erahnen:

„Keine der drei nichtkonventionellen Energiequellen Windkraft, Erdwärme und Sonnenenergie ist, wie gezeigt wurde, in den nächsten eineinhalb Jahrzehnten zur Erzeugung von Elektrizität im Bereich von mehreren hundert oder gar tausend Megawatt geeignet, wobei noch bedacht werden muß, daß wir als kleines Land erstens nicht Pionier von Großanlagen spielen können und zweitens die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft gegenüber dem Ausland geschwächt werden würde, falls man inländische Energien heranzieht, die wesentlich teurer als ausländische Importenergie sind." (S.25)

Es bleibt „die einzige technisch-wirtschaftlich bereits reife neue Energiequelle...: die Kernenergie" (S.26). Ihren Vorteil erblickt der Regierungsbericht vor allem auch darin, „daß Strom aus einem Kernkraftwerk billiger ist als aus Kohle oder Öl" (S.26)

Bevor wir uns damit auseinandersetzen, soll noch die dritte Sorte von Kapitalisten Erwähnung finden, die lebhaftes Interesse an Atomkraftwerken entwickeln: nämlich jene Firmen und Konzerne, welche am Bau von AKW's beteiligt sind. Das ist im Falle des AKW Zwentendorf die westdeutsche „Kraftwerks-Union" (KWU), hinter der sich Konzerne wie Siemens, AEG usw. verbergen.

Der Regierungsbericht gibt den österreichischen Lieferanteil am AKW Zwentendorf mit rund 70% der Gesamtanlagekosten von 6,7 Milliarden Schilling an (S.95). Der Löwenanteil davon entfällt auf Konzerne wie die VÖEST-Alpine, für die das AKW auf österreichischem Boden nur der Steigbügel für den massiven Einstieg in den Weltmarkt ist.

„Im Rahmen der Durchführung der Bauprüfung des Sicherheitsbehälters wurde vom Technischen Überwachungs-Verein Wien (TÜV) festgestellt, daß die im Sicherheitsbehälter vorgesehene Kondensationskammer nicht hinreichend dimensioniert war. In Zusammenarbeit mit der VÖEST Linz wurde eine neue konstruktive Lösung gefunden, die als mustergültig angesehen werden darf und nunmehr auch in der Bundesrepublik Deutschland angewendet wird." (S.133)

Erst kürzlich wurde bekannt, daß österreichische Firmen und Konzerne in den letzten Jahren im Wert von 5 Milliarden Schilling Bestandteile für AKW's exportiert haben. Auch beim jüngsten Kreisky-Besuch in Moskau war die Frage der Zusammenarbeit und verstärkter Lieferungen auf diesem Gebiet eine der bedeutendsten.

Das österreichische Monopolkapital und einer seiner führenden Exponenten, der staatliche VÖEST-Alpine-Konzern, steht zweifellos schlechter da, wenn das AKW Zwentendorf nicht in Betrieb geht. Dies ist ein weiterer Grund, warum gerade die SPÖ-Propaganda mit derartiger Impertinenz auf die rasche Inbetriebnahme hinarbeitet.

Die Berechnung des kWh- Preises für das AKW Zwentendorf im Regierungsbericht ist längst überholt

Damit ergeben sich die Stromgestehungskosten wie folgt:

	1971 g/kWh	1971 %	1977 g/kWh	1977 %
Fixkosten	13,9	(68,6)	20,0	(68,3)
Brennstoffkosten	6,3	(31,2)	9,3	(31,7)
	20,2	(=100)	29,3	(=100)
Entsorgung	0		1,2 — 5,9	
Vorsorge f. Stillegung des Kernkraftwerkes .	0		1,0 — 2,0	
	20,2		31,5 — 37,2	

Erläuterungen:

Fixkosten: Abschreibung inklusive Kapitaldienst, Betriebskosten (Versicherung, Steuer, Personal) Instandhaltung und Sachaufwand.

Entsorgung: Kosten für Zwischen- und Endlagerung der schwach-, mittel- und hochaktiven Abfälle, Kosten für Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente bis zum Abtransport zur Wiederaufarbeitung.

Vorsorge für Stillegung: Annahme: Stillegungskosten etwa 15% bis 20% der Anlagekosten.

Demgegenüber betragen die kalkulierten Gestehungskosten der elektrischen Energie für das projektierte Braunkohlendampfkraftwerk Voitsberg III nach dem vom Projektsprüfungsausschuß der Verbundgesellschaft bereits überprüften Projekt der Österreichischen Draukraftwerke AG. (Preisbasis Ende 1976) zwischen 55,37 und 58,68 g/kWh.

(aus dem Regierungsbericht Kernenergie, erste und zweite Ausgabe, Seite 148)

In seltener Offenheit legt die Regierung mit dieser Berechnung – die sie im Unterschied zum Atommüll-Kapitel in der zweiten Ausgabe des Regierungsberichts gar nicht retuschierte – die Abenteuerlichkeit des AKW-Programms dar: Im Jahre 1971, dem Jahr des endültigen Beschlusses des Baubeginns in Zwentendorf, wurden für die Berechnung des Kilowattstundenpreises aus dem AKW einfach die Entsorgungs- und Stillegungskosten mit Null angenommen, sodaß der Kilowattstundenpreis verlockend niedrig ausfiel. Natürlich wußten die Verantwortlichen in der GKT und im Staat bereits damals, daß man das AKW nach 20 Jahren Betriebszeit nicht einfach wie einen überalterten Heustadl stehen- und verfallen lassen kann, natürlich wußten die Verantwortlichen damals bereits, daß man den in verschiedenem Grad radioaktiven Müll aus dem AKW nicht einfach der Zwentendorfer Müllabfuhr mit auf den Weg geben kann.

Dieselben Verantwortlichen spielen heute und unter dem Druck der Bevölkerung die Rolle der besorgten Sicherheitsapostel. Nimmt man aber ihre revidierten Berechnungen aus dem Jahr 1977, so erkennt man schon daran, wie sehr das AKW inklusive künftiger Urankosten, inklusive nötiger Müllverwertungs- und Lagerungskosten auf Spekulation, Abenteuerlichkeit und allseitiger Absicherung durch den Staat beruht.

Der Bericht der Expertengruppe 3, „Wirtschaftlichkeit von Kernkraftwerken", kommt zu wesentlich anderen Ergebnissen.

Die Energieerzeugungskosten für Kernenergie und konventionelle Dampfkraftwerke

ENERGIEERZEUGUNGSKOSTEN IN ÖS/KWH	KERNKRAFTWERK	KONVENTIONELLES DAMPFKRAFTWERK
4. FIXKOSTEN	o.41	o.22
5. BRENNSTOFFKOSTEN	o.o9	o.4o
6. WIEDERAUFBEREITUNGS- UND ENDLAGERUNGSKOSTEN	o.o9	--
ENERGIEERZEUGUNGSKOSTEN: (4)+(5)+(6)	o.59	o.62

(aus: Österreich Dokumentationen, Kernenergie Nr. 2, herausgegeben vom Bundespressedienst, Seite 48)

Die „Fixkosten" in dieser Tabelle wurden berechnet unter der Annahme, daß ein AKW mit 1000 Megawatt 75% des Jahres in Betrieb ist (also etwa 6.600 Stunden), wobei der Regierungsbericht selbst nur 6000 Stunden für wahrscheinlich hält), und daß ein Dampfkraftwerk derselben Leistungsstärke 7400 Stunden, also etwa 85% des Jahres läuft.

Die folgende Tabelle zeigt, daß in einem Jahr, in dem das AKW aufgrund von Ausfällen nicht mehr als 5000 Betriebsstunden erzielt, ein herkömmliches und ölbetriebenes Dampfkraftwerk, wenn es nur mehr als 5000 Betriebsstunden erzielt, einen billigeren Kilowattstundenpreis als das AKW ermöglicht.

Energieerzeugungskosten in öS/kWh: Kostenvergleich Kernkraftwerke/konventionelle Dampfkraftwerke

VERFÜGBARKEIT - BETRIEBSSTUNDEN/JAHR (1)	KERNKRAFTWERKE (2)	KONVENTIONELLE DAMPFKRAFTWERKE (3)	KOSTEN-DIFFERENZ (2) - (3)
3.000	1.o8	o.94	+ o.14
5.000	o.72	o.72	± o
7.000	o.6o	o.63	- o.o3

(aus: Österreich Dokumentationen Nr. 2, Seite 49)

Der Generaldirektorstellvertreter der Verbundgesellschaft kam Ende letzten Jahres zu ähnlichen Ergebnissen, allerdings indem er den Kostenanstieg von der verzögerten Inbetriebnahme her begründete: „Durch das Hinauszögern der Inbetriebnahme von Zwentendorf ist laut Bandhauer damit auch sicher, daß die ursprünglich günstigen Stromproduktionskosten aus dem Kernkraftwerk infolge der schon jetzt anfallenden Zins- und Verwaltungskosten weitgehend ausgeglichen werden. Atomstrom wird also kaum billiger sein als Strom aus herkömmlichen Kraftwerken." (Die Presse, 9.12.1977)

Und zu einem ab 1995 nötigen Endlager für hochaktiven Müll, für den die Republik Österreich laut Vertrag mit der französischen Wiederaufbereitungsfirma die Rücknahme garantieren muß, andernfalls bereits Millionen Schilling für nichts gezahlt werden müßten, meinte kürzlich der Generaldirektor der Verbundgesellschaft, Erbacher: „Das ist doch eine Anlage wie ein Bergwerk und kann 4 oder 5 Milliarden Schilling kosten. Das verdoppelt ja fast die Investitionen für Zwentendorf. Diese Kosten hält der Preis für die Kilowattstunde nicht aus". (Profil, 7.2.1978).

Die Zeitschrift kommentiert: „Wird das geologische Tiefenlager für radioaktive Abfälle aus der Kostenrechnung gestrichen, könnte das Zwentendorfer Werk die Kilowattstunde um 60 Groschen produzieren. Das ist nach Rechnung der E-Wirtschaft um 10 Groschen weniger als für Strom aus einem Ölkraftwerk." Der Regierungsbericht und die Vertreter der E-Wirtschaft drohen mit einem Strompreiserhöhungsantrag, falls sie das AKW Zwentendorf nicht bzw. nicht bald in Betrieb setzen können. Diese Drohung richtet sich gegen das Volk: Schon heute zahlen die Haushalte der Millionen Werktätigen in Stadt und Land weit über einen Schilling für die Kilowattstunde Strom. Über mittlerweile schon jährliche Strompreiserhöhungen – der neueste Antrag auf Anhebung um 6,45% wird zur Zeit noch behandelt, tritt möglicherweise ab März aber schon in Kraft – wird das Volk seit Beginn der siebziger Jahre immer stärker zur Finanzierung des ehrgeizigen Investitionsprogramms der E-Wirtschaft herangezogen und ausgeplündert. Demgegenüber beziehen die Großkapitalisten in Österreich sowie ausländische Abnehmer den Strom um 20 bis 50 Groschen je Kilowattstunde, und die Regierung gedenkt an diesem gespaltenen Stromtarif weder mit noch ohne Inbetriebnahme zu rütteln.

Die abenteuerliche und nur auf Kosten des Volkes schon in den letzten Jahren laufend durchgeführte Finanzierung des AKW-Programms wird also im Regierungsbericht offen gerechtfertigt – für das Volk ist es ein gewichtiger weiterer Grund, um gegen das AKW-Programm zu kämpfen und die Front dagegen noch mehr zu verbreitern.

Die Atommüllagerung ist technisch nicht gelöst – und schon gar nicht politisch

„In der konkreten österreichischen Situation, in der für die weitere Behandlung abgebrannter Brennstäbe noch keine endgültige Lösung gefunden werden konnte, und daher sowohl die Möglichkeit, daß die Brennelemente längere Zeit bis zur Wiederaufarbeitung lagern müssen (für die spätere Wiederaufarbeitung aber zugänglich bleiben) als auch die Möglichkeit, daß nichtwiederaufgearbeitete Brennelemente endgelagert werden müssen, einzukalkulieren ist, muß das Lagerproblem besonders differenziert betrachtet werden." (Regierungsbericht Kernenergie, Seite 6/7).

Die „besondere Differenziertheit" des Lagerproblems besteht einmal darin, daß es heute auf der ganzen Welt noch keine funktionierende Wiederaufbereitungsanlage gibt, die aus den abgebrannten Brennelementen Plutonium und Uran aussondert und den hochaktiven Müll z.B. in Glas einschmilzt, um ihn dann vergraben zu können.

Lassen wir dazu noch einmal die Expertengruppe 3 zu Wort kommen:

„Ein als endgültig anerkanntes Verfahren zur Endlagerung des Abfalls aus dem Brennstoffkreislauf von Kernkraftwerken steht gegenwärtig in der westlichen Welt in keinem Staat in Anwendung. Alle bisher verwendeten Verfahren gelten als Übergangslösung bzw. als vorläufig. Auch über das in Zukunft zweckmäßigerweise einzuschlagende Vorgehen bestehen noch vielfache Unklarheiten und jedenfalls kein internationales Einverständnis. Zu den Ursachen hiefür zählt, daß es sich bei der Endlagerung um ein äußerst komplexes interdisziplinäres Problem handelt." (Österreich Dokumentation Kernenergie, Nr. 2, Seite 32)

Am 25. 4. 1977 stellte die Studiengruppe für

Kernbrennstoffkreislauf der Amerikanischen Physiker-Vereinigung (American Physical Society) fest: *„Die Technik, den Müll in Borosilicat-Glasguß in rostfreien Stahlkanistern aufzubewahren, ist gut entwickelt. Das gegenwärtige Verständnis reicht jedoch nicht aus, um sich auf diese Technologie zu verlassen, die selbst eine der hauptsächlichen zukünftigen Schranken ist, die überwunden werden müssen."* (Physic Today, October 1977).

Diese Aussagen belegen, wie sehr der Regierungsbericht mit seinen Fanfaren auf das sicherste AKW der Welt und auf die langerprobte Kerntechnologie – zu der die Müllbeseitigung dazugehört – in der Luft hängt.

Auch die französische Wiederaufbereitungsfabrik, mit der die Republik Österreich (als Garant für die Rücknahme des Mülls) und die GKT einen Vertrag bis 1990 eingehen werden, wird erst gebaut. (Siehe den Artikel in dieser Nummer)

Die „besondere Differenziertheit" des Lagerproblems ergibt sich aber nicht nur aus technischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen: *„Da 'man das endgültige geologische Tiefenlager für ein Kernkraftwerk nicht wirtschaftlich machen kann' (Erbacher), wollen sich die Stromer mit dem Bau eines Zwischen- oder Dauerlagers begnügen"* (Profil, 7.2.1978).

So ein Schuppen würde „nur" eine Milliarde Schilling kosten, womit die Wirtschaftlichkeit, sprich: Profitträchtigkeit des AKW gewahrt bliebe.

Einziges Problem, und zugleich politischer Grund für die „besondere Differenziertheit" des Lagerproblems: *„Uns fehlt nur der verdammte Standort für so ein Dauerlager"* (Erbacher, im selben Profil.)

Der massive Widerstand gegen die Atommüllagerung, wo auch immer in Österreich, ist der beste Ausdruck des Widerstandes gegen das AKW-Programm durch das österreichische Volk. Der Regierungsbericht erwähnt die vorläufige politische Unlösbarkeit der Müllagerung in Österreich nur indirekt und so, daß er sich über die Menschen lustig macht: *„Dabei ist neben den technischen Gesichtspunkten auch zu berücksichtigen, daß in einem demokratischen Staat eine solche Lösung nicht gegen die – theoretisch – betroffene Bevölkerung gefunden werden kann."* (Seite 100). Die Menschen, die sich gegen ein Atommüllager wehren, bilden sich ihre Angst also nur ein, sie sind ja nur theoretisch, aber nicht praktisch betroffen. Der Weinbauer neben dem geplanten Atommüllager bildet sich ja nur ein, daß dies seinen Absatz gefährden und seinen Ruin beschleunigen könnte. Die Arbeiter bilden sich ja nur ein, daß mit dem Atommüll lager wichtiger Erholungsraum verloren gehen könnte. Die Bewohner eines Atommülldorfes bilden sich ja nur ein, daß sie etwa im Falle eines Krieges und einer Beschädigung des Übertaglagers diejenigen sind, die aus einer bestimmten Sperrzone nicht mehr hinausdürfen, um nicht noch mehr Menschen radioaktiv zu verseuchen. Tatsächlich handeln die Massen vollkommen gerecht, wenn sie sich gegen den Atommüll zur Wehr setzen. Tatsächlich bildet sich nämlich die Regierung etwas ein: Daß sie in Österreich in nächster Zeit doch noch einen Ort für den Atommüll findet. Erbacher kennt aus der Praxis der jüngsten Zeit die Lage besser: *„Wir haben einige Angebote von Gemeinden da. Aber wenn wir wo zu bohren beginnen, und schauen, ob wir ein Häusl hinstellen können, dann jagen uns ja heute die Leut' mit den Hunden weg"* (Profil, 7.2.78).

Ausverkauf der Unabhängigkeit unter dem Deckmantel der „Sicherung der Unabhängigkeit"

Die Regierung bezeichnet die Errichtung von Atomkraftwerken in einer Linie etwa mit Wasserkraftwerken als „Sicherung eines Höchstmaßes an Unabhängigkeit" (Seite 98) darstellt. Da die beiden Supermächte die Hand auf sämtlichen Uranlieferungen haben, meint die österreichische Regierung, *„ist die Möglichkeit, Uran aus Staaten beider politischen Systeme zu beziehen, von Bedeutung"* (Seite 99). Während Kreisky im Rahmen der IEA mit wehenden Fahnen größere „Unabhängigkeit" von den ölliefernden Ländern der Dritten Welt postuliert, führt er das Land mit dem AKW-Programm in die tatsächliche und vollständige Abhängigkeit von den beiden Supermächten auf diesem Gebiet. Auch die Uranvorkommen in Österreich sind nutzlos ohne aufwendige Aufbereitungsanlagen, über die Österreich nicht verfügen wird und weshalb es nichtsdestoweniger auf diesem Gebiet von den Supermächten und größeren

imperialistischen Staaten abhängig ist. Auch das muß gegenüber den Verdrehungen und Beschönigungen im Regierungsbericht öffentlich bekanntgemacht werden.

Auch dieser offene Ausverkauf der Unabhängigkeit unter dem Deckmantel „Sicherung der Unabhängigkeit" muß angeprangert und zur Verstärkung und Verbreiterung des Kampfs gegen das AKW-Programm genutzt werden.

Das russische AKW- Programm und der RGW- Stromverbund – Mittel des russischen Hegemonismus und der Kriegsvorbereitung

Die Sowjetunion setzt in den letzten zwei Jahren gewaltige Anstrengungen, um ihren Rückstand auf dem Gebiet der Kernenergie aufzuholen. Das russische Kernkraftwerksprogramm ist in der Art seiner Durchführung das abenteuerlichste, das es auf der Welt gibt. Es ist durch ganz besondere Rücksichtslosigkeit gegen Mensch und Natur gekennzeichnet.

Kohle (Mill. Tonnen)

	Förderung 1972	Förderung 1975	Export minus Import 1974
Welt	2.440	2.630	–
USA	540	590	50
UdSSR	480	496	20
Osteuropa	360	380	20
Westeuropa	340	333	–53
Ferner Osten	560	640	–61

Erdgas (10^9 m^3 Normaldruck)

	Förderung 1972	Förderung 1975	Export minus Import 1974
Welt	1.170	1.280	–
Kanada	70	86	+ 27
USA	610	550	– 25
UdSSR	220	285	3
Osteuropa	44	50	– 8
Westeuropa	128	170	– 10
Ferner Osten	2	3	–

Quelle: Taschenbuch für Energiestatistik 1976, Wien 1977

Erdölförderung (Millionen Tonnen)

	1972	1975	1976	1977	In % der Weltförderung 1977	Export minus Import 1974
Naher Osten	403	980	1111	1106	36,5	+960
Afrika	276	232	268	278	9,2	+218
USA	467	466	455	463	15,3	−172
Kanada	75	77	71	73		
Nordamerika	542	543	526	536	17,7	–
Mittel- und Südamerika	–	227	227	233	7,7	?
Westeuropa	19	24	39	67	2,2	−679
UdSSR	400	490	520	551	18,2	+ 76
Osteuropa o. UdSSR	19	23	24	24		− 63
Osteuropa	419	513	544	575	19,0	
Ferner Osten	106	186	211	230	7.6	−257
Welt	*2531*	*2706*	*2926*	*3026*	*100%*	

Wir sehen, daß die russischen Energiemonopole auf dem Gebiet der Kohle- und Erdölproduktion die amerikanischen Produktionsziffern erreichen oder gar schon überholen, daß selbst auf dem Gebiet der Erdgasproduktion, wo die US-Imperialisten 1972 noch die Hälfte der Weltproduktion in den USA produzierten, die russischen Produktionsziffern steigen, während die amerikanischen sinken. Wir sehen weiters, daß die russische und osteuropäische Energieproduktion zusammen auch bei Kohle die amerikanische überflügelt.

Zugleich sehen wir aber auch, daß beim heutigen Stand der ökonomischen Aufteilung der Erde, bei der immer noch weitgehenden Vorherrschaft des US-Imperialismus über die lateinund mittelamerikanischen Ölvorkommen, die US-Imperialisten über beträchtlich mehr Erdöl verfügen als der russische Sozialimperialismus, was den Kampf um die Kontrolle der größten Ölvorkommen und der Ölproduktion im Nahen Osten umso schärfer werden läßt.

Zuletzt sehen wir aber auch, daß es der Sowjetunion gelungen ist, sowohl bei Erdöl als auch bei Erdgas wie auch bei Kohle zum Nettoexporteur zu werden, während die USA dies weder bei Erdöl noch bei Erdgas sind. Westeuropa hingegen ist in jeder Hinsicht Importeur – sowohl bei Kohle, als auch bei Erdöl und Erdgas – und zwar in gigantischem Ausmaß.

Die Tatsache, daß die Sowjetunion zugleich Brennstoffe exportiert – und dies ist seit 1975 noch stark angestiegen – selbst über Energiemangel klagt und trotzdem einen steigenden Export aufbaut, erklärt sich aus ihrem imperialistischen Charakter. Erdöl und Erdgas sind heute wichtige Exportprodukte der Sozialimperialisten nicht nur in die RGW-Länder, die auf diese Weise völlig unter ihrer Knute gehalten werden, sondern auch in die westeuropäischen Länder. Es ist sogar so, daß die Exporte in die RGW-Länder reduziert werden und diese für teure Devisen Erdöl und Erdgas aus dem Westen kaufen müssen, damit die russischen Erdölmonopole ihre Position am Westeuropamarkt ausbauen können.

Ist es den Sozialimperialisten also gelungen, bei der Kohle-, Erdöl- und Erdgasproduktion mit den USA gleichzuziehen, oder wenigstens Steigerungen zu verbuchen in einer Zeit sinkender Produktionsziffern in den USA, so gibt es doch einen starken Engpaß in der Sowjetunion auf dem Gebiet der Produktion elektrischer Energie. Dieser Mangel an Strom zieht neben technologischen Lücken der raschen Expansion des staatsmonopolistischen Kapitalismus beträchtliche Schranken:

Elektrische Energie (Mrd. Kilowattstunden)

	1972	1974	Export-Import (1974)
Welt	5.638,7	6.245,4	-
Europa	1.301,4	1.436,0	− 2,0
USA	1.853,4	1.967,0	−12,7
Kanada	240,0	279,0	+12,7
UdSSR	857,0	975,7	+10,0
Osteuropa	284,0	320,0	−10,0
Ferner Osten	684,5	772,5	-

Engpaßleistung der Kraftwerke in 1.000 Mega Watt, Stand am 31. 12. 1974

Welt	1.482,0
USA	495,4
Kanada	57,0
UdSSR	205,5
Osteuropa	68,2
Westeuropa	377,9
Ferner Osten	151,2

Quelle: Taschenbuch für Energiestatistik, Wien 1977

Die russischen Sozialimperialisten befinden sich daher in einer Lage, wo sie rasch beträchtliche Mengen an elektrischer Energie produzieren müssen. Diesem Ziel dient das gegenwärtige Kernkraftwerksausbauprogramm sowohl in der UdSSR als auch im übrigen Osteuropa. Auf die Kernkraftwerke sind sie nicht nur wegen der vorübergehenden Höchstprofite verfallen, die aus ihrer Stromerzeugung herausgeholt werden kann, sondern deshalb, weil sie hier eine Möglichkeit, rascher an die nötige Energie heranzukommen, sehen.

Erzeugung elektrischer Energie nach Kraftwerksarten (1974 in Mrd. kWh)

	Gesamt	thermisch	hydraulisch	Kernenergie
Welt	6.245,0	4.578,7	1.433,0	233,6
USA	1.967,3	1.548,0	306,4	112,7
Kanada	279,0	55,0	210,2	13,9
UdSSR	975,7	835,7	132,0	8,0
Osteuropa	320,5	297,2	19,7	3,6
BRD	311,0	281,0	17,9	12,1
Frankreich	188,2	155,8	57,7	14,7
Großbritannien	273,3	235,0	4,8	33,6

Quelle: Taschenbuch für energiestatistik, Wien 1977

Bis ins Jahr 1975 also war die thermonukleare Energiegewinnung in der Sowjetunion unbedeutend. Vor allem mußten sie technologische Rückstände aufholen und bedienten sich zu diesem Zweck der verschiedensten Kooperationsabkommen mit westlichen Staaten. Zugleich forcierten sie die eigene Grundlagenforschung, so daß die UdSSR jetzt in der Lage ist, mit dem Aufbau eines Kernkraftwerksnetzes zu beginnen. Die russischen Sozialimperialisten haben dementsprechend im COMECON die Ausrichtung der wichtigsten COMECON-Länder auf die Kernenergie durchgesetzt. Die Gesamtheit der COMECON-Länder wird bis 1980 fast 10% der Stromerzeugung thermonuklear decken – das entspricht dem Prozentsatz des Standes von 1977 in Westeuropa.

Während die russische Presse immer noch über Energiemangel klagt, planen die russischen Imperialisten schon gewaltige Exportschlachten auch auf dem Gebiet der Kernenergie. Heute steht für sie noch die Aneignung westlicher Technologie auf diesem Gebiet im Vordergrund – so die VÖEST-Lieferungen von Spezialelementen. Aber dahinter bereiten sie ihre Expansion zweifach vor:

1. Wird schon jetzt die Trommel für die Stromversorgung Westeuropas aus dem COMECON-Stromverbund gerührt und dazu dienen auch die an Österreichs Grenzen errichteten Kernkraftwerke zu einem guten Teil und

2. sollen einige westeuropäische Industrien durch russische Aufträge in ähnlicher Weise spezialisiert werden wie dies die RGW-Länder jetzt schon sind (siehe weiter unten), während die gesamten Kernkraftwerke, die heute hauptsächlich von US-, BRD-, französischen und britischen Monopolen geliefert werden, im Rahmen der Ost-West-Kooperationen von den russischen Betrieben geliefert werden.

Diese Pläne stehen im engsten Zusammenhang mit dem Plan des „gesamteuropäischen Energieverbundnetzes" Breschnews, zu dessen westlichen Hauptpropagandisten Bundeskanzler Kreisky zählt.

Das folgende Zitat aus einer russischen Veröffentlichung zeigt anschaulich, welche Bedeutung die Sozialimperialisten selbst der Kernenergie für ihre europäischen Expansionspläne geben:

„Westeuropa spürt bekanntlich einen beachtlichen Mangel an Elektroenergie. Nicht von ungefähr wurde doch auf der Konferenz in Helsinki das gegenseitige Interesse hervorgehoben, in Europa einen Austausch von Elektroenergie zu organisieren, um die Kapazitäten der Kraftwerke möglichst rationell zu nutzen sowie gemeinsam nach neuen Energiequellen zu forschen, unter anderem auf dem Gebiet der Kernenergie.

Eine der wirtschaftlich vorteilhaftesten Möglichkeiten zur Steigerung der Stromproduktion in den westeuropäischen Ländern ist der Bau von Kernkraftwerken. Die einzelnen, insbesondere die kleineren westeuropäischen Länder, sind jedoch nicht in der Lage, sämtliche Ausrüstungen für diese Kraftwerke herzustellen. Es lohnt sich für sie auch kaum. Die UdSSR und die anderen Mitgliedsländer des RGW verfügen indessen über große Forschungs- und Produktionskapazitäten auf diesem Gebiet, die im Rahmen der gesamteuropäischen Zusammenarbeit erfolgreich genutzt werden können. (....)

Die Vereinigung der europäischen Energiesysteme würde den europäischen Ländern unter anderem ermöglichen, freie Energiekapazitäten dank dem zeitlichen Unterschied in den Spitzenbelastungen gegenseitig zu nutzen und die Rolle von Energielieferungen im europäischen Handel zu vergrößern. Die Grenzen sowohl der einzelnen (darunter auch großer) Länder als auch ihrer Gruppen sind für die Energiewirtschaft von heute bereits zu eng. (....)

Die Energieströme zwischen den Verbundsystemen Europas könnten ihre Richtung innerhalb des Tages wechseln, d.h. die Elektroenergie könnte zuerst vom Westen nach dem Osten und dann in der entgegengesetzten Richtung strömen (Anmerkung: Auch wenn man nur den Stromaustausch zwischen den Systemen, der mit den zeitlichen Unterschieden in den Spitzenbelastungen zusammenhängt, sowie Havarielieferungen aus gemeinsamen Reserven in Betracht zieht, ließen sich 1980 Kapazitäten von rund 20 Millionen KW und 1990 von rd. 38 Millionen KW erübrigen. Das ist mehr als beispielsweise die gesamte installierte Leistung aller Kraftwerke Frankreichs ausmacht.)" (J. Schirjajew, A. Sokolow: RGW und gesamteuropäische Zusammenarbeit, APN Verlag, Moskau 1976, Seite 50f.)

Die Ziele des russischen Kernkraftwerksprogramms sind also ehrgeizig und abenteuerlich. Der imperialistischen Supermacht Sowjetunion in ihrer heutigen Lage bleibt kein anderer Weg: raschester Ausbau der eigenen Stromproduktion mittels Kernenergie als Voraussetzung für den weiteren Ausbau der Schwerindustrie und der Chemieindustrie, Indienststellung der Vasallenländer für dieses Ziel und auf dieser Basis fortgesetzte Versuche, einzelne westeuropäische Länder, vor allem kleinere, mittels dem Monopol auf dem Gebiet der Atomenergie in verstärkte Abhängigkeit zu bringen.

Das russische Kernkraftwerksbauprogramm

Um ihren Rückstand in der Energieproduktion schleunigst aufholen zu können, setzt die Sowjetunion auf einen raschen Ausbau der Atomenergie: Allein von 1976 bis 1980 sollen Atomkraftwerke mit einer Kapazität von 13.000 bis 15.000 MW errichtet werden (bei einer Steigerung aller Kraftwerkskapazitäten von 61.–70.000 MW). Der Anteil der Kernkraftwerke am Wachstum der gesamten Kapazität soll in dieser Zeit auf 20% gegenüber 7% im Zeitraum 1971 bis 1975 wachsen.

Gegenwärtig sind bereits 24 Kernkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 7.000 MW in Betrieb. 28 weitere sind in Bau bzw. Planung. Kürzlich nahmen die Sozialimperialisten die Fließbandproduktion von Kernkraftwerken auf. Im Atommasch-Werk in Wolgodonsk wurde die erste Ausbaustufe, die Vorfertigungshalle bereits in Betrieb genommen, die zweite Baustufe soll 1980 beendet sein – an der Realisierung des Projektes arbeiten 30.000 Menschen. In Serie wird bisher der wegen seiner starken Strahlungsdurchlässigkeit berüchtigte Typ Woronesch – VVER 1 mit einer Leistung von 440MW gefertigt, von dem bereits etliche Exemplare in die DDR, nach Bulgarien, Ungarn, in die CSSR und nach Finnland geliefert wurden. Mit welcher Rücksichtslosigkeit da produziert wird, zeigt die Tatsache, daß der Woronesch-Reaktor, der an Finnland geliefert wurde, nachträglich von der US-Firma Westinghouse mit einem Sekundär-Kühlkreislauf versehen werden mußte.

Um aber gleich noch größere Kapazitäten zu schaffen, haben die Sozialimperialisten die „höhere Entwicklungsstufe", den Typ VVER-2 in Neu-Woronesch errichtet (eben dieser Typ soll auch in Jaslovske Bohunice und in Dukovany in der CSSR gebaut werden). Andere Weiterentwicklungen sind die Uran-Graphit-Reaktoren vom Typ Kanal (1.000MW) in Kursk und vom Typ Kanal (1.500MW) in Ignalinsk, entwickelt wird bereits der Typ Kanal RBM-KP-2400 (2.400MW). Auch ein „Schneller Brüter" vom Typ BN350 ist bereits in Betrieb – im Schewtichenko-Kraftwerk in der Ukraine, ein ebensolcher Typ BN600 (600MW) wird im Kernkraftwerk Bjelojarsk gebaut und die Arbeiten an einem Typ BN1600 laufen unter höchstem Zeitdruck bereits. Alle diese Kernkraftwerke werden unter dem Motto „Hauptsache, das Werkel rennt und produziert Strom" gebaut.

Auch in der Wahl der Standorte drückt sich die Mißachtung der Sowjetrevisionisten gegenüber Leben und Gesundheit der Menschen aus: Ein Kernkraftwerk vom Typ Kanal (1.000MW) wird in Tschernobilsk, 10km nördlich von Kiew, einer Millionenstadt, errichtet!

„Internationale Arbeitsteilung" und „Spezialisierung" innerhalb des COMECON beim Ausbau der russischen Atomenergieproduktion

Die kleineren Mitgliedsländer des COMECON (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) vor allem Polen, die DDR, die CSSR, Ungarn Bulgarien und die Mongolei sind in ihrer Primärenergieversorgung bereits weitgehend von Importen aus der Sowjetunion abhängig (siehe Graphik). Das ist eine Grundlage für den scharfen Druck, den die sowjetischen Sozialimperialisten auf diese Länder auszuüben imstande sind. Immer weitergehende Zugeständnisse werden diesen Ländern gegen ihren Widerstand abgepreßt unter der ständigen Drohung mit „Energieverknappung" und „Rohstoffmangel".

Unter dem Kommando der Sozialimperialisten wurden auch die „Komplexprogramme des COMECON" ausgearbeitet. Das Ziel dieser Programme ist, die „ständige Vertiefung und schließlich die völlige ökonomische, politische und militärische Integration". Für die wesentlichen Produktionszweige wurden den Ländern „langfristige Richtungsprogramme des gemeinsamen Wirkens" diktiert. Das sind Pläne für 15–20 Jahre, die völlig auf die Bedürfnisse der Sowjetunion ausgerichtet sind. Diese COMECON-Programme nehmen immer deutlicher Abstand vom Aufbau selbständiger nationaler Volkswirtschaften in den kleineren osteuropäischen Ländern, sie verschlingen diese Länder in ein Netz von unmittelbarer ökonomischer Abhängigkeit vom russischen Sozialimperialismus. Der tschechische stellvertretende Minister für Außenhandel, F. Mareš, charakterisiert die sowjetisch-tschechischen Wirtschaftsbeziehungen unter dem Titel „Höchste Form der Zusammenarbeit": *„Die Wechselbeziehungen zwischen der Wirtschaft der CSSR mit ihren kleineren Ausmaßen und der Wirtschaft der UdSSR mit ihren einzigartigen Dimensionen sollen in der Perspektive so gestaltet werden, daß sich der Export der tschechoslowakischen Maschinenbauproduktion in Richtung einer ausgeprägten Spezialisierung entwickelt, und sich dabei auf die Spezialisierung der Forschungsbasis stützt, während der Import der Maschinen und Anlagen aus der UdSSR höchst vielfältig sein soll."* Die russischen kapitalistischen Monopole kontrollieren die Produktion der einzelnen COMECON-Staaten, da sie deren Hauptabnehmer sind, während diese Länder ohne die „vielfältigen russischen Lieferungen" die Produktion nicht mehr aufrechterhalten können.

Auf der 31. Ratstagung des COMECON mußten die Regierungschefs der Mitgliedsländer auf Vorschlag der russischen Delegation „einstimmig" einen Beschluß fassen, ihre aus dem Komplexprogramm erwachsenden Pflichten in den Produktionsbereichen Brennstoffenergetik, Rohstoffe und Maschinenbau umfassend zu erfüllen. Diese Vereinbarungen verpflichten nämlich diese Länder auf den Aufbau einer faktisch in der Hand der Sowjetunion befindlichen straff zentralisierten Infrastruktur vor allem in

den Bereichen Rohstoffe, Energie und Transport. Die zentralen Leitungen der dadurch entstehenden Rohstoff-, Energie-, Transport- und Maschinenbautrusts befinden sich, ebenso wie die zentralen COMECON-Banken, in Moskau und sind personell mit Russen besetzt.

Eines dieser Großprojekte ist die Errichtung und der Ausbau eines alle COMECON-Länder umfassenden Energieverbundsystems. Auf der 83. Sitzung des Exekutivkomitees des COMECON im November 1977 in Moskau unterzeichneten die Regierungsvertreter der Mitgliedsländer ein „Generalabkommen" über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung der Vereinigten Elektroenergiesysteme der COMECON-Länder", in dem „konkrete Wege zur effektiven Nutzung der Energieressourcen der Entwicklung der Kernenergetik, der Erhöhung der Zuverlässigkeit der Elektroenergieversorgung und zur Realisierung der technischen und ökonomischen Vorzüge des Verbundbetriebes der Elektroenergiesysteme" festgelegt wurden.

Der Beschluß der 31. Ratstagung umreißt auch die „Allgemeinen Grundsätze der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Herstellung von Einrichtungen für Atomenergie" und unterstreicht die „Notwendigkeit, die Spezialisierung der einzelnen Länder auf gewisse Arten von Ausrüstungen für Kernkraftwerke zu verstärken" (Bericht der „Tribuna Ludu" über die 31. Ratstagung). Vor allem wurde den Ländern „empfohlen", im Jahr 1978 für die Zeit von 1981 bis 1990 eine „multilaterale, internationale Spezialisierung und Kooperation bei der Produktion" zu vereinbaren und „gegenseitige Lieferungen von Einrichtungen für Kernkraftwerke" auszuhandeln. Um zu verhindern, daß die kleineren COMECON-Länder eine einheitliche Front gegen die immer frecher werdenden Raubzüge der russischen Sozialimperialisten aufbauen, werden diese Länder – je nach dem Grad ihrer schon bestehenden Abhängigkeit von der Sowjetunion – mittels Einzelverträgen zu unterschiedlichen Bedingungen auf ihre Verpflichtungen festgenagelt. Unter „multilateraler Spezialisierung" ist die Bildung eines sowjetischen Monopols auf die Herstellung von Kernkraftwerken mit einer Reihe von Zulieferländern zu verstehen. Wie diese „Kooperation" wirklich aussieht, zeigt das Beispiel des geplanten INTERATOMENERGO-Trusts deutlich: Als Generalunternehmer fungiert die Firma ATOMENERGOEXPORT, die mit den diversen Außenhandelsunternehmen der anderen Mitgliedsstaaten bilaterale

Abkommen über die Lieferungen von Kernkraftwerksteilen abschließt. Diese Vorgangsweise bedeutet für die Sowjetunion einen weiteren Ausbau ihrer Vorherrschaft. Sie zwingt die kleineren Lieferanten zur Spezialisierung der Produktion auf große Serien gewisser Einzelteile, sie bekommt so diese Teile billiger, als wenn sie sie selbst produzieren würde und zwingt gleichzeitig die spezialisierten Länder zum Kauf der Gesamtanlagen zu Monopolpreisen. Die einzelnen kleineren COMECON-Länder sind ja selbst gar nicht in der Lage, ein Kernkraftwerk herzustellen, da sie nur auf die Produktion von Einzelteilen eingerichtet sind. Haben sie die Kernkraftwerke über INTERATOMENERGO im Lande, sind sie in der Versorgung vollständig auf die russischen Uranlieferungen angewiesen, da die UdSSR auch das Monopol auf die Anreicherung des Urans innehat. Das notwendige Resultat dieser Energie-Zwangsjacke ist die steigende Abhängigkeit dieser Länder von den russischen Sozialimperialisten. Einige dieser Länder verfügen über keineswegs unbedeutende Brennstoffvorkommen, die entweder gar nicht mehr ausgebeutet werden sollen oder statt für den Aufbau unabhängiger Volkswirtschaften für den Export eingesetzt werden. Durch das COMECON-Stromverbundsystem „Vereinigtes Energiesystem Frieden“ haben die einzelnen COMECON-Staaten nicht einmal die volle Verfügung über den Strom, der in diesen Kraftwerken produziert wird.

Besonders deutlich wird die ökonomische und politische Unterwerfung der kleineren COMECON-Länder unter die Fuchtel der Sozialimperialisten am Beispiel der CSSR auf dem Gebiet der Atomenergiepolitik:

Die CSSR wurde durch die 1974 und 1976 unterzeichneten Abkommen über die „weitere Entwicklung der Zusammenarbeit in der Atomenergiewirtschaft“ von der Sowjetunion gezwungen, bestimmte Teilbereiche ihrer eigenen Produktion einzustellen und auf die Bedürfnisse des russischen Kernkraftwerkbauprogramms auszurichten. Die CSSR muß sowjetische Kernkraftwerke vom Typ Woronesch VVER1 und VVER2 unter direktem Kommando der Russen produzieren: Sämtliche Kernkraftwerksausrüstungen, die in der CSSR hergestellt werden, werden „nach sowjetischen“ technischen Dokumentationen und mit Hilfe sowjetischer Spezialisten hergestellt.“ (ADN, Dezember 1977). „In den nächsten Jahren wird die Herstellung von Energiemaschinen dominieren, wobei das Schwergewicht auf der Kernenergie liegen wird“, sagte der Pressechef der tschechischen Firma Skoda-Export V. Kafka (in „Außenhandel UdSSR“ 3/1977). Und: „Das Programm zur Entwicklung der Kernenergiewirtschaft war ein wichtiger Stimulus für die führenden tschechoslowakischen Betriebe. Die volkseigenen Skoda-Werke Plzeň begannen beispielsweise eine Veränderung ihrer Erzeugnisstruktur.“ (ebenda) Tragen muß die Lasten dieser Strukturbereinigung im Interesse der Sozialimperialisten natürlich die CSSR – also Kapitalvernichtung in Form stillgelegter Maschinen, Neuanschaffung von Werkzeugmaschinen, Neuerrichtung entsprechender Produktionsstätten, Aufnahme von Krediten, Umschulung von Arbeitern, Neuausbildung von Technikern etc.

Neben den Skoda-Werken Plzeň wurde eine Reihe anderer tschechoslowakischer Betriebe für Zulieferung an die russischen Sozialimperialisten spezialisiert. Derzeit muß die CSSR große Investitionen in die Produktion von Separatoren in die „slowakischen Energiemaschinenbauwerke M.S. Kirow“ Tlmace tätigen. Die „Ersten Maschinenwerke Brno“ sollen zu „Dampfgeneratorenspezialisten“ umstrukturiert werden; riesige Summen für das Kernkraftwerksbauprogramm der Sozialimperialisten müssen in die „Eisenwerke Klement Gottwald“ Vitkovice, in „Sigma“ Olomovc, ins Stahlrohrwalzwerk Chomutov und ins Modrany-Maschinenbauwerk Prag gesteckt werden.

Das gesamte metallurgische und Maschinenbaupotential der CSSR wird „zielstrebig auf die Produktion von Kernkraftwerksanlagen ausgerichtet“, meldete ADN im Juli 1977.

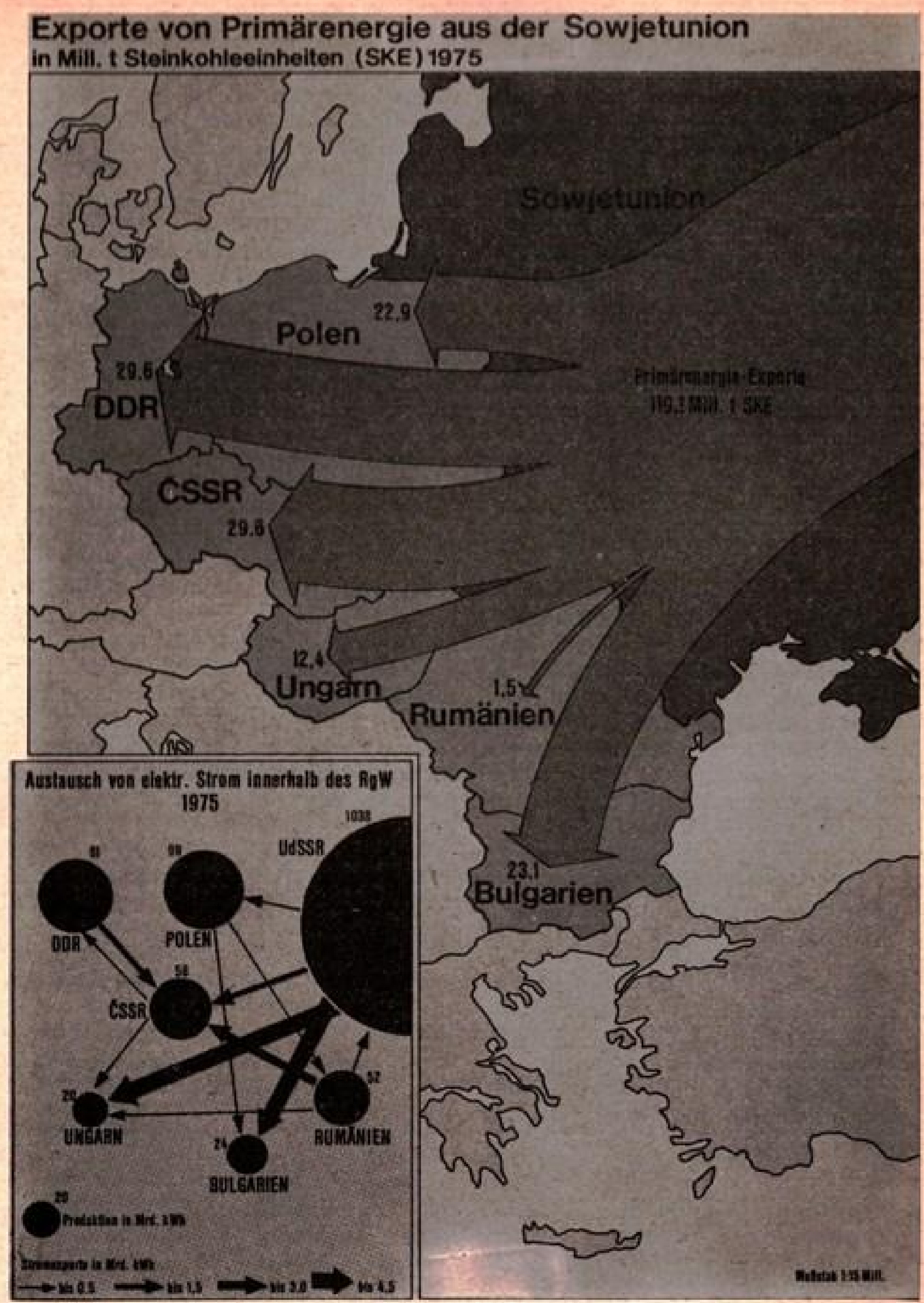
Die UdSSR ist auf die CSSR als Kernkraftwerkslieferant deshalb verfallen, weil die CSSR ein industriell hochentwickeltes Land in Mitteleuropa ist. Die Arbeiterklasse der CSSR verfügt über große Kenntnisse und ist seit Generationen gut ausgebildet; die Produktivkraft der Arbeit ist höher entwickelt als in den anderen COMECON-Staaten. Die Früchte der Arbeit der tschechoslowakischen Arbeiterklasse eignet sich seit nunmehr 20 Jahren zu einem großen Teil die sowjetische Bourgeoisie an. Mit der militärischen Besetzung 1968 ist die CSSR endgültig zu einer Kolonie der Sowjetunion geworden. Das Besatzungsregime gewährleistet der UdSSR die volle Ausnutzung der tschechischen Industrie gemäß den imperialistischen Interessen der Sozialimperialisten.

Mit „Hilfe der SU“ wurde auch das Institut für Kernforschung in Rez (20km nördlich von Prag) gegründet. Es soll im Rahmen der Atomintegration des COMECON zum „Koordinator für die Verarbeitung von verbranntem Brennstoff“ ausgebaut werden. Das steht im unmittelbaren Zusammenhang mit den Plänen der russischen Kernkraftwerksbauer, die kleineren COMECON-Länder – auf deren Kosten – zum Bau einer Wiederaufbereitungsanlage zu verpflichten: Die CSSR soll gemeinsam mit Polen und der DDR den Bau einer „gemeinsamen Einrichtung zur Verarbeitung von ausgebrannten Stäben in Erwägung ziehen“.

In der CSSR ist ein rapider Ausbau von Kernkraftwerken geplant. Vier davon sollen an der österreichischen Grenze errichtet werden. Bis 1980 sollen 10%, bis 1990 mehr als die Hälfte des Energiebedarfes durch Kernenergie gedeckt werden. Alle geplanten Kernkraftwerke werden in der oben beschriebenen Weise unter russischer Kontrolle stehen, abgesehen von deren unmittelbaren Abhängigkeit auf dem Gebiet der Anreicherung des Urans. Im Rahmen des Verbundsystems des COMECON kommt den tschechischen Kernkraftwerken für die Pläne einer „Gesamteuropäischen Integration der Energieversorgung und des gesamteuropäischen Systemes des Stromspitzenausgleiches“ eine besondere Bedeutung zu.

Aber nicht genug damit, daß die kleineren COMECON-Länder Quelle von Exraprofiten für die russischen Atomenergiemonopole werden sollen, und dann auch noch den Atommüll der russischen Kernkraftwerke verarbeiten sollen, sollen sie auch noch fertige Atomkraftwerke für die Sowjetunion auf russischem Boden errichten. Gebaut werden soll dieses „gemeinsame“ Kernkraftwerk in der Ukraine, bezahlt soll es von den kleineren RGW-Staaten werden. Der Strom soll über eine noch „gemeinsam“ zu bauende 150-Kilovolt-Leitung des Verbundsystems „Frieden“ exportiert werden, meldete MTI, die ungarische Nachrichtenagentur, im Jänner 1978. Im November 1978 soll dann das „Vereinigte Verbundsystem der COMECON-Staaten“ mit dem „Vereinigten Südlichen Verbundsystem der Sowjetunion“ zum größten Verbundsystem der Welt mit einer Gesamtleistung von 150.000 Megawatt zusammengeschlossen werden. Über die 750 Kilovolt-Leitung will die Sowjetunion ihren Stromexport in die osteuropäischen Länder um 1.200 MW erhöhen. Als Vorbild für diese gemeinsame Errungenschaft dient der Bau der Orenburger Gasleitung, für die die Sowjetunion, obwohl sie über weite Strecken über russisches Territorium verläuft, keinen Rubel zahlte.

Der imperialistische Charakter des russischen Kernkraftwerksprogramms kommt auch in der Einbeziehung Kubas, eines Landes der Dritten Welt, zum Ausdruck. Zwei Tatsachen sprechen dabei beinahe für sich. Die Produktion von Atomreaktordruckgefäßen erfordert große Mengen an Nickel. Während bisher die brüderliche Sowjetunion vor allem Interesse am traditionellen Produkt Kubas, Zucker, Interesse zeigte, „finanzierte der RGW nun die Erschließung von Nickelvorkommen in Kuba“, weil die Kernkraftwerksproduktion in der Sowjetunion dies erfodert. Die CSSR mußte sich an der Errichtung der Nickelgruben mit 15% beteiligen. Im Gegenzug liefert die Sowjetunion nach Kuba ein Kernkraftwerk, das eine Gesamtleistung von 1.700 Megawatt haben wird. Dies ist eineinhalb mal so viel, wie die derzeitige Gesamtkraftwerksleistung Kubas. Sowjetische Experten werden das Kraftwerk entwerfen, seine Montage überwachen und den Betrieb überprüfen. Wie immer kommt das angereicherte Uran aus der UdSSR. Das heißt, mit einem Schlag wird die UdSSR mehr als die Hälfte der kubanischen Energieproduktion kontrollieren und eignet sich dafür die kubanischen Nickelvorräte an.



Quelle: „Information zur politischen Bildung" 170/77

Diese Graphik zeigt die Übermacht, die die UdSSR gegenüber den anderen COMECON-Ländern auf dem Gebiet der Versorgung mit Primärenergie einnimmt. Sie zeigt auch den Kampf, den Rumänien gegen die Hegemonialpolitik der UdSSR führt; dieses Land versucht sich daher der Kontrolle durch ein russisches Energieversorgungsmonopol zu entziehen.

Französische Gewerkschafter fordern: Stop für die Wiederaufbereitungsanlage in La Hague

Im „Regierungsbericht" wird viel Aufhebens von der Sicherheit Zwentendorfs gemacht. Die Regierung selbst hat scheinheilig behauptet: *„Selbstverständlich darf Zwentendorf nicht in Betrieb gehen, bevor kein geschlossenes Konzept der Atommüllagerung vorliegt."*

Während in letzter Zeit sich aber die ganze Diskussion um Albemdorf und das Problem der Zwischenlagerung drehte, hat man ganz vergessen, sich um die Wiederaufbereitung selbst Gedanken zu machen. Bekanntlich ist vor kurzem der schon länger anstehende Vertrag mit der COMEGA geschlossen worden, der eine Wiederaufbereitung in La Hague (Frankreich) vorsieht.

Wie abenteuerlich aber gerade dieser Teil in der Kette der Atomverarbeitung ist, zeigt folgender Bericht. Er stammt vom CHS (dem erweiterten Komitee für Hygiene und Sicherheit, einer Institution, in der auch Vertreter der französischen Atomindustrie CEA sitzen sowie Vertreter des Industrieministeriums).

Kernsatz dieses alarmierenden Berichtes: *„Es wäre äußerst riskant, unter den gegenwärtigen Bedingungen mehr als 100 bis 150 t Leichtwasserbrennstoff pro Jahr zu verarbeiten, wenn man die Herrschaft über den Gesamtprozeß bewahren will."* Etwa gleichzeitig mit der Verabschiedung dieses Berichtes (Juni 1977) schloß die COMEGA Verträge mit Westdeutschland, Japan, Schweden usw. über 3.900 t. Während der Bericht geheimgehalten wurde, behauptete die COMEGA, die Fabrik könne 800 t pro Jahr schaffen!

Immerhin kam dieser Bericht überhaupt erst nach einem Streik des Personals von La Hague Ende 1976 zustande, der sich gegen die Privatisierung der Fabrik richtete und eine Neuinstandsetzung des Werkes forderte. Inzwischen hat die Sektion SNPEA der Gewerkschat CFDT einen Kommentar zu dem CHS-Bericht vorgelegt, der als Schlußfolgerung die dringende Forderung enthält: EINSTELLUNG DER ARBEIT FÜR 6 MONATE, UM ALLEIN DIE DRINGENDSTEN REPARATUREN VORZUNEHMEN, DIE EINE HALBWEGS SICHERE WIEDERAUFBEREITUNG ERMÖGLICHEN!

Obowhl die Autoren dieses Kommentars keineswegs gegen Atomkraftwerke eingestellt sind, eigentlich nur Verbesserungsvorschläge für die bestehenden Zustände fordern, ist doch dieses Dokument eine schreiende Anklage gegen das kapitalistische System, das eine planmäßige, sichere Verwendung der Kernenergie einfach unmöglich macht:

So heißt es zum Bericht: *„Die Arbeiten des Komitees sind so durchgeführt worden, daß beinahe systematisch alle Auswirkungen des Imperativs der Produktion auf Arbeitsbedingungen, Sicherheit und Zuverlässigkeit der Anlagen ausgeklammert wurden."* Als ob es nicht gerade dabei besonders große Probleme gäbe!

In der Sendung „Horizonte" vom 13.1.1978 war ein Film über La Hague zu sehen, in dem die Arbeiter berichten, daß es jedes Jahr ärger wird. Der Grund: Die Kosten für die Wiederaufbereitung steigen, und je teurer dieser Prozeß wird, desto schlechter werden die Arbeitsbedinungen, desto weniger können die Sicherheitsbestimmungen eingehalten werden. Dazu kommt noch, daß die Strahlenbelastung dadurch zunimmt, weil sich der Zustand der Fabrik immer mehr verschlechtert: Die Radioaktivität greift auch verschiedene Teile des Schutzmantels an und führt zu Korrosionserscheinungen. Außerdem: Die Fabrik war für andere Brennstoffe konzipiert. Die heute hauptsächlich verarbeiteten Brennstäbe aus Leichtwasserreaktoren haben die zehnfache Radioaktivität und sind ca. 5

m lang, im Gegensatz zu den ursprünglich 60 cm langen.

Sehr deutlich kam bei dieser Sendung zum Ausdruck, daß die Arbeiter *an sich* nichts gegen die neue Technologie haben, daß sie aber konkret die Erfahrungen machen mußten, daß das Profitsystem sich bei der Handhabung einer so heiklen Materie besonders verheerend auswirkt: Aus Profitgründen werden die notwendigsten Vorsichtsmaßnahmen nicht eingehalten, aus Profitgründen werden wahnsinnig große Mengen verarbeitet, aus Profitgründen werden unbedingt notwendige Instandsetzungsarbeiten jahrelang hinausgeschoben!

Dazu noch ein paar Beispiele:

Um die Ausfälle möglichst kurz zu halten, wird oft auf Tests und Probebetriebe im inaktiven (nicht radioaktiven) Zustand verzichtet. Das Ergebnis: Aus dem kleinsten Zwischenfall wird eine große Affäre, man muß alles von vorne anfangen (z.B. neuerliche „Entseuchung") und völlig unnötige radioative Verseuchungen treten auf. So ein Zwischenfall war auch das auslösende Moment für den Streik im Herbst 1976. Weil die Leitung unbedingt am 3. September starten wollte, hat man sich die Zeit für einen inaktiven Probebetrieb „gespart", bei einer Einrichtung, die entseucht und über den Sommer repariert wurde.... Ein offen gebliebenes Ventil hat radioaktive Flüssigkeit ausströmen lassen. 2 Monate Arbeit umsonst. Und vermeidbare radioaktive Gefährdung.

Ein anderes Beispiel: Einmal hat bei den Bassins die Radioaktivität einen beunruhigend hohen Grad erreicht, das fünfzehnfache der maximal zugelassenen Menge. Die Meßapparate lösten den Alarm aus. Das bedeutet an sich sofortige Evakuierung des Gebäudes. Aber der Verantwortliche der Abteilung hat einfach das Alarmgerät abgestellt und die Arbeiter aufgefordert, ihre Arbeit fortzusetzen.

Zu diesen „Sparmaßnahmen" gehört auch, die Ausbildung des Personals in Sicherheitsfragen zu vernachlässigen. So haben 223 der dort Beschäftigten noch nicht einmal den Grundkurs für Sicherheitsfragen absolviert!

Gleichzeitig werden dringende Arbeiten in bezug auf gefährliche Anlagen immer wieder auf später verschoben. Die wichtigste Anlage zur Unschädlichmachung gewisser radioaktiver Ausflüsse ist nach offiziellen Angaben „am Ende ihrer Möglichkeiten" und soll erst ab 1981 ersetzt werden!

Daher fordert die Gewerkschaft als Sofortmaßnahmen unter anderem:

* Sofortige Einstellung der Arbeit von La Hague für ungefähr 6 Monate, um die dringendsten Reparaturen durchzuführen;
* sofortige Einstellung der Vertragsabschlüsse über die Wiederaufbereitung für ausländische Reaktoren und Annullierung der bisherigen Verträge. (Inzwischen steht u.a. der Vertrag mit Österreich vor dem Abschluß!)
* Kein Bau einer neuen Anlage, bevor nicht die Überprüfung der bisherigen eine Auswertung der einzelnen Techniken auf industrieller Stufenleiter erlaubt.

Dieser Punkt ist übrigens für Österreich nicht unwichtig. Soll doch das ausgebrannte Uran von Zwentendorf in dieser noch nicht existierenden Anlage wiederaufbereitet werden. Was ein Fernsehreporter treffend so kommentierte: *„Das ist so, als stiege ich in ein Flugzeug und fliege los, ohne daß der Flugplatz, auf dem ich landen will, noch gebaut ist!"*

28.1.1978

(Quelle: Quotidien du peuple, Zentralorgan der PCR-ml vom 7.10.1977; Fernsehmagazin „Horizonte", 13.1.1978)

Der Kampf zweier Linien im Kommunistischen Bund Österreichs und seinen Vorläuferorganisationen über die Strategie und Taktik im internationalen Klassenkampf während des Jahres 1976

„Die Geschichte unserer Organisation ist eine Geschichte der schrittweisen Aneignung des Marxismus-Leninismus und seiner Verbindung mit der konkreten Praxis der Revolution in Österreich. Schritt für Schritt haben wir im letzten Jahr den Ökonomismus und Subjektivismus zurückgedrängt und eine revolutionäre Linie im Klassenkampf gegen den inneren Hauptfeind entwickelt und praktiziert. Gleichzeitig haben wir Schritt für Schritt unsere Aufgaben im internationalen Klassenkampf besser ins Auge gefaßt und erfüllt sowie den internationalen Klassenkampf mit dem Kampf gegen die österreichische Bourgeoisie verbunden. Im internationalen Klassenkampf ist heute die Schlüsselfrage bei der Aneignung und konkreten Anwendung des Marxismus-Leninismus die Aneignung und konkrete Anwendung der Konzeption der drei Welten." (Dokumente der 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz des KB Österreichs (im folgenden kurz: Dokumente) Seite 38).

Ein Blick auf die wichtigsten Dokumente unserer Organisation bzw. der Vorläuferorganisationen, besonders des KB Wien, bestätigt das vollkommen. Der „Bericht der Leitung an die 1. ordentliche Delegiertenkonferenz des KB Wien" (Februar 1975) geht formell, d.h. in seinem Aufbau und dem Wort nach, von der Konzeption der drei Welten aus. Und in der Tat sind darin viele richtige Aussagen enthalten, die wir dort zum ersten Mal getroffen haben. Insgesamt legt er aber die Konzeption der drei Welten nicht wirklich der Analyse der internationalen politischen Lage zugrunde. Vielmehr bleibt diese Konzeption der Analyse des „Berichts" rein äußerlich. Insbesondere folgt nichts daraus an Aufgaben. Kurzum: Für den „Bericht" hätte man die Konzeption der drei Welten nicht gebraucht und dementsprechend unzureichend ist der „Bericht" daher. Was die konkreten Aufgaben im internationalen Klassenkampf betrifft, findet sich im „Bericht" nichts außer dem Kapitel über „Internationalistische Unterstützungsarbeit". Es ist kein Wunder, daß ein Jahr später der „Rechenschaftsbericht der Leitung an die 2. ordentliche Delegiertenkonferenz des KB Wien" (April 1976) darauf hinweisen mußte: *„Der folgenschwerste Mangel in unserer bisherigen Politik ist, daß wir die Aufgaben, die sich aus der Entwicklung der internationalen Lage ergeben, nur sehr beschränkt und soweit sie sich auf die internationalen Beziehungen der Staaten untereinander beziehen, fast gar nicht wahrgenommen haben. Die Frage der Außenpolitik (einschließlich der internationalen Wirtschaftspolitik) Österreichs, der Militärpolitik und der gesamten Politik angesichts der Hegemoniebestrebungen und Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte, haben wir bisher praktisch vollständig der Bourgeoisie überlassen, statt ihr auch hier wie in allen politischen Angelegenheiten entgegenzutreten, zur Förderung des Klassenkampfes und zur Schaffung bester Bedingungen für seine Entfaltung.*

Auf der internationalen Ebene haben wir lediglich gegen den Beitritt Österreichs zur IEA in der Propaganda Stellung genommen, aber auch diese Frage hat verglichen mit ihrer objektiven Bedeu-

tung eine viel zu geringe Rolle in unserer Politik gespielt. Alles andere, von den Beziehungen zur EWG und NATO, über die Erdgasverträge mit der SU bis zum Auftreten Österreichs bei der KSZE oder bei verschiedenen UNO-Tagungen, war nicht Gegenstand unserer Politik, d.h. im allgemeinen von Forderungen, die wir an die österreichische Regierung richten." (Seite 61)

Der Kampf gegen den Hegemonismus der beiden Supermächte und gegen den Krieg wird 1975 nicht wirklich ins Auge gefaßt. Das wird auch durch die im Herbst erschienene Broschüre „Nur die Revolution kann den Krieg verhindern" bestätigt, die unter der Überschrift „Unsere Aufgaben im Kampf gegen die Kriegsgefahr" lediglich die Notwendigkeit festhält, die Kriegsgefahr aufzuzeigen und die Revolution vorzubereiten.

Demgegenüber brachte die 2. ordentliche Delegiertenkonferenz des KB Wien einen bedeutenden Fortschritt. Es wurde dort die Resolution „Zum Kampf gegen das Hegemoniestreben und die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und für die Unabhängigkeit Österreichs" beschlossen. Diese Resolution wurde wenige Monate später in leicht veränderter Fassung der Gründungskonferenz des KB Österreichs vorgelegt und von ihr beschlossen. Sie war das wichtigste diesbezügliche Dokument unserer Organisation bis Juli 1977, als das ZK die Resolution „Die grundlegenden Widersprüche in der Welt von heute, die Gruppierung der Länder in drei Welten und die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung" verabschiedete. Die Resolution der 2. ordentlichen DK des KB Wien war ein bedeutender Fortschritt. Erstmals wurden konkrete Aufgaben hinsichtlich des internationalen Klassenkampfes – abgesehen von der Unterstützung revolutionärer Befreiungsbewegungen – festgelegt. Man kann aber nicht sagen, daß diese Resolution bereits vollständig auf dem Boden der Konzeption der drei Welten stand.

Auf der 2. ordentlichen DK tauchten erstmals sozialchauvinistische Auffassungen auf. Damit begann ein schwerer Linienkampf im KB Wien, aber auch im KB Salzburg/Hallein und KB Linz sowie den anderen Zirkeln. Allerdings stimmten die Vertreter der sozialchauvinistischen Positionen auf der DK noch für die genannte Resolution. Die Auseinandersetzung, die zunächst nur als Kritik am angeblich „oberflächlichen", „schematischen", „subjektivistischen" Charakter des „Rechenschaftsberichtes" begonnen hatte, brach erst auf der DK offen aus, um sich in weiterer Folge in raschem Tempo zuzuspitzen. Meilensteine der Entwicklung waren die Plenarversammlung des KB Wien im Mai 1976, deren Hauptreferat von G.St. im „Kommunist" 2/76 des KB Wien abgedruckt ist, eine Stellungnahme von K.P.Sch. im Rundschreiben Nr. 68 des KB Wien, die namens der Leitung des KB Wien verfaßte Antwort darauf von W.L. im Rundschreiben Nr. 72, eine weitere sozialchauvinistische Stellungnahme von G.H. im Rundschreiben Nr. 27 des KB Salzburg/Hallein und ebendort ein Beschluß der Leitung des KB Salzburg/Hallein dazu sowie schließlich die a.o.DK des KB Wien im Sommer 1976 mit den Stellungnahmen und Anträgen der Delegierten der Elin-Zelle. Zu nennen sind noch Stellungnahmen der Leitungen des KB Linz und KB Graz sowie die Stellungnahme von G.H., „Zur Kritik an der politischen Linie zur Wehrgesetznovelle" im Rundschreiben Nr. 31 des KB Salzburg/Hallein.

Die 1. ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz (1.o.NDK) des KB Österreichs hat diese Auseinandersetzungen so charakterisiert: *„Hinsichtlich des internationalen Klassenkampfes vertraten sie (die Sozialchauvinisten) eine Position der Abschwächung oder Einstellung des Klassenkampfes des Proletariats der Länder der Zweiten Welt gegen die eigene Bourgeoisie und um die sozialistische Revolution sowie der Abschwächung oder Einstellung des Kampfes der unterdrückten Völker gegen kleinere und mittlere imperialistische Länder. Sie haben eine Politik der Unterordnung unter die Bourgeoisie propagiert. Ihre Politik wäre darauf hinausgelaufen, unsere Organisation – ähnlich wie die VRA – in ein Anhängsel der Bourgeoisie zu verwandeln. Sie wäre auf die Zerstörung unserer Organisation als einer revolutionären marxistisch-leninistischen Kampforganisation hinausgelaufen. Sie hätte zur vollständigen revisionistischen Entartung unserer Organisation geführt. Der Parteiaufbau wäre um Jahre zurückgeworfen worden. Praktisch ist diese Fraktion allerdings nicht zu einer Gefahr geworden, weil sie rechtzeitig entlarvt, bekämpft und vernichtet wurde. Unsere Organisation ist stets vom Hauptwiderspruch in Österreich zwischen Proletariat und Bourgeoisie und von der Notwendigkeit der Lösung dieses Widerspruchs durch die proletarische Revolutionn sowie vom revolutionären Kampf des Weltproletariats und der unterdrückten Völker ausgegangen."* (Dokumente, Seite 77).

Die Sozialchauvinisten erklärten damals

immer wieder lautstark, es gehe nicht um die – von beiden Seiten anerkannten – Prinzipien der Analyse der internationalen Lage und der marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik im internationalen Klassenkampf sondern um die Anwendung dieser Prinzipien, um die konkrete Taktik, es gehe darum, ob man Politik oder Prinzipienreiterei betreiben wolle. Tatsächlich ging es um die grundlegende revolutionäre Linie unserer Organisation. Es ging um die Orientierung der Organisation auf den Klassenkampf gegen die österreichische Bourgeoisie, den Hauptfeind der Revolution in Österreich, auf die Revolution und auf die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Die Sozialchauvinisten stellten diese in unserem Programm festgelegte grundlegende Linie in Frage. Sie propagierten eine vollständig andere politische Linie für den Kampf gegen die Hegemoniebestrebungen und Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und für die Unabhängigkeit Österreichs. Der Kampf zweier Linien in bezug auf diese Fragen und in bezug auf den internationalen Klassenkampf insgesamt wurde auf der Grundlage der Resolution der 2.o.DK des KB Wien von einer im Wesentlichen korrekten revolutionären Position aus geführt.

Zugleich war die politische Linie dieser Resolution und unsere Position in mancher Hinsicht fehlerhaft.

Zu diesen Linienfehlern kamen Fehler und schwere Versäumnisse in der konkreten Analyse der konkreten Situation. In manchen Fragen wurde überhaupt keine konkrete Analyse angestellt und keine Taktik festgelegt, sondern beschränkten wir uns auf das Festhalten an Prinzipien.

An allen diesen Fehlern und Mängeln konnten die Sozialchauvinisten anknüpfen. Es hat ihnen erleichtert, ihre Revision der Prinzipien zu vertuschen und von der reaktionären Klassennatur ihrer Anschauungen abzulenken. Uns hat es dabei behindert, den Kampf zweier Linien umfassend zu entfalten und in diesem Kampf den Aufbau der Organisation voranzutreiben. Die Auseinandersetzung ist dadurch zum Teil ziemlich kompliziert geworden. Umso wichtiger ist es, daß man sie heute nicht oberflächlich betrachtet, sondern den Dingen auf den Grund geht.

Unsere Fehler in der politischen Linie

Was sind die Linienfehler, die in der Resolution der 2.o.DK des KB Wien enthalten sind?

„Die proletarische Weltrevolution, d.h. Revolutionen in allen Ländern, ..." diese Formel findet man manchmal in den Dokumenten dieser Zeit. Es springt sofort in die Augen, daß die proletarische Weltrevolution hier nicht als ein weltweiter gemeinsamer revolutionärer Kampf betrachtet wird, sondern als die Summe der verschiedenen nationalen Revolutionen. Zwar steht jede Arbeiterklasse und jedes Volk in erster Linie vor der Aufgabe, die eigene Befreiung zu erkämpfen, und leistet es damit den größten Beitrag zur gemeinsamen Sache der Völker der Welt. Aber erstens sind die nationalen Kämpfe und Revolutionen aufs engste miteinander und mit der gesamten internationalen Entwicklung verbunden, und zweitens erschöpfen sich die Aufgaben nicht darin, die Revolution im eigenen Land zu machen. Die „Vereinigung der Proletarier aller Länder und der unterdrückten Völker und unterjochten Nationen" stellt sich nicht von selbst her und sie besteht nicht im Nebeneinander der verschiedenen nationalen Kämpfe und Revolutionen. *„Die Interessen der proletarischen Bewegung in den fortgeschrittenen Ländern und der nationalen Befreiungsbewegung in den Kolonien erheischen die Vereinigung dieser beiden Arten der revolutionären Bewegung zu einer gemeinsamen Front gegen den gemeinsamen Feind, gegen den Imperialismus."* (Stalin). Die proletarische Weltrevolution ist ein großer Krieg. Man muß den Krieg als Ganzes sehen, und darf nicht nur die einzelnen Schlachten sehen. Sie ist ein gemeinsamer Kampf aller revolutionären Kräfte gegen den gemeinsamen Feind. Erst wenn man sich das vollständig klarmacht, kann man zu einer gemeinsamen und im wirklichen Sinn internationalen Strategie des Weltproletariats und der unterdrückten Völker kommen. Erst dann kann man in vollem Umfang begreifen, daß die Speerspitze des weltweiten revolutionären Kampfes jeweils gegen die internationalen Hauptfeinde der Völker gerichtet werden muß; daß im Kampf gegen diese alle Kräfte, die gewonnen werden können, gewonnen und zusammengeschlossen werden müssen; daß alle Widersprüche ausgenutzt werden müssen, daß im internationalen Klassenkampf die marxistisch-leninistische Taktik angewendet werden muß, jeweils die Hauptfeinde möglichst zu isolieren, möglichst auch noch die zweitrangigen Feinde der Völker in den Kampf gegen die Hauptfeinde hineinzuziehen, die Feinde einzeln zu schlagen. Erst dann kann man die Konzeption der drei Welten in ihrer vollen Bedeutung

als die strategische Konzeption für den internationalen Klassenkampf und für das Vorantreiben der Weltrevolution, als Klassenlinie des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker auf der internationalen Arena, als Mittel zur Unterscheidung von Freund und Feind im internationalen Maßstab begreifen.

In diesem Zusammenhang müssen nun einige Fehler und Mängel unserer Position im Jahr 1976 kritisiert werden. Erstens die Vernachlässigung des Kampfes um die Bildung einer breitestmöglichen internationalen Einheitsfront gegen die beiden Supermächte unter Einschluß aller Kräfte, die dafür – wie punktuell, wie schwankend, wie zeitweilig und in welchem vielleicht beschränkten Maß auch immer – gewonnen werden können. Vor allem wurde vernachlässigt, daß auch die Möglichkeit besteht und genutzt werden muß, die Länder der Zweiten Welt mehr oder weniger in den Kampf gegen die Supermächte einzubeziehen. Eine nicht vollständig richtige Sicht der proletarischen Weltrevolution und die Nichtbeachtung des taktischen Prinzips, alle Widersprüche auszunutzen, den Kampf gegen die Hauptfeinde zu konzentrieren, alle verfügbaren Kräfte dafür zu mobilisieren und die Feinde einzeln zu schlagen – das hat zu diesem Fehler geführt. Wir haben die Erste Welt, die beiden Supermächte entschieden bekämpft, dieser Fehler hat uns aber dennoch dabei behindert, im vollen Sinn „das Feuer im internationalen Klassenkampf auf sie zu konzentrieren."

Zweitens wurde der objektiv revolutionäre Charakter der Unabhängigkeitsbestrebungen der Staaten der Dritten Welt und ihrer Bestrebungen zum Zusammenschluß gegen den Imperialismus, insbesondere die beiden Supermächte nicht genügend klargemacht. Wir haben diese Bestrebungen als positiv eingeschätzt und unterstützt, aber nicht gesehen, daß nicht nur der Kampf der unterdrückten Völker und unterjochten Nationen, sondern auch der Kampf der Staaten der Dritten Welt gegen den Imperialismus, insbesondere gegen die beiden Supermächte, einen revolutionären Charakter hat, ebenso wie der berühmte Kampf des Emirs von Afghanistan, den Stalin in den „Grundlagen" behandelt. Die selbständigen Nationalstaaten der Dritten Welt sind Produkt des Kampfes der unterdrückten Völker und unterjochten Nationen, sie sind nichts anderes, als daß diese Nationen sich eine eigene staatliche Existenz erkämpft haben und diese im Kampf gegen den Imperialismus, insbesondere gegen die beiden Supermächte, nutzen können – wie auch das Proletariat die Staatsmacht, wo es sie bereits erobert hat, nutzt und einsetzt im internationalen Klassenkampf. Die Dritte Welt, der Kampf ihrer Völker, Nationen und Staaten, ist die Hauptkraft der proletarischen Weltrevolution. Das wurde damals nicht anerkannt. Daß die Völker der Dritten Welt diese Hauptkraft sind, daß weiters der Kampf der Staaten der Dritten Welt fortschrittlich ist und unterstützt werden muß – das alles stand für uns damals bereits außer Zweifel und machte unsere Position zu einer in der Hauptsache richtigen Position. Die letzte Konsequenz aber fehlte noch und wurde übrigens erst von der 1.o.NDK des KB Österreichs Anfang 1978 gezogen.

Schließlich wurden drittens die Länder der Zweiten Welt nicht richtig behandelt. Hier ist es zu den bedeutendsten Fehlern und Mängeln gekommen. Zunächst muß man festhalten, daß die Resolution der 2.o.DK des KB Wien auch diesbezüglich einen bedeutenden Fortschritt darstellte. Erstmals wurden die Beziehungen der Ersten und der Zweiten Welt zueinander einer Analyse unterzogen. Diese Analyse war sehr beschränkt und viele Fragen waren ausgeklammert. Vor allem aber enthielt sie viele Fehler. Insgesamt wurden die imperialistischen Länder der Zweiten Welt hauptsächlich immer noch nur als imperialistische Länder behandelt und erst in zweiter Linie inkonsequent und halbherzig als imperialistische Länder der Zweiten Welt, die selbst der Hegemoniepolitik der beiden Supermächte ausgesetzt und in Widerspruch zu ihnen sind. Sicher: Der Hauptstoß im internationalen Klassenkampf wurde gegen die beiden Supermächte gerichtet und die Resolution sprach davon, daß man die Widersprüche zwischen Erster und Zweiter Welt ausnützen müßte. Aber daß es uns damit noch nicht vollständig ernst war, zeigt sich daran, wie wenig diese Widersprüche konkret analysiert wurden, was doch die Voraussetzung dafür ist, um sie ausnützen zu können. Insbesondere wurde die Haltung der Länder der Zweiten Welt zum drohenden Weltkrieg in der Resolution nicht einmal erwähnt und, soweit sie in anderen Stellungnahmen erwähnt wurde, wurde nirgends eindeutig gesagt, daß diese Länder kein Interesse am Weltkrieg haben, und im Hinblick auf den Weltkrieg keine Kriegstreiber und nicht aggressiv sind. Deshalb kann

man sie aber in der einen oder anderen Weise und mehr oder weniger in den Kampf gegen die Kriegstreiberei der Supermächte hineinziehen. Deshalb kann man sie mehr oder weniger in die Einheitsfront gegen die beiden Supermächte hineinziehen. Dementsprechend wurden die Zweite und Dritte Welt in ihren Beziehungen zueinander nur als Feinde behandelt und die Möglichkeiten, die Staaten der Zweiten Welt in dieser oder jener Frage an die Seite der Dritten Welt zu bringen und sie in den weltweiten Kampf gegen die Supermächte hineinzuziehen, unterschätzt. Auch die – richtig verstanden – vollkommen korrekte Losung des „Zusammenschlusses der Zweiten und der Dritten Welt gegen die beiden Supermächte" wurde abgelehnt, wenngleich dieser Zusammenschluß in bezug auf einzelne Forderungen der Dritten Welt, freilich als Ausnahmeerscheinung, konzediert wurde. Während die Widersprüche zwischen Erster und Zweiter Welt und die daraus resultierenden Reserven für den weltrevolutionären Kampf unterschätzt wurden, wurden die Widersprüche zwischen Zweiter und Dritter Welt im Verhältnis zu den anstehenden strategischen Aufgaben im internationalen Klassenkampf überbetont.

Aus allen diesen Gründen kann man sagen, daß die Resolution der 2.o.DK des KB Wien noch nicht wirklich auf dem Boden der Konzeption der drei Welten stand, sondern vielmehr eine Reihe von „linken" Abweichungen und Fehlern enthielt. Dementsprechend wurde die Konzeption der drei Welten – obwohl formell anerkannt und der Politik zugrundegelegt – ziemlich mißverstanden: *„Das Bild von den drei Welten ist geeignet, um auf der Grundlage der vier großen Widersprüche die heutige internationale Lage zu beleuchten. In diesem Sinn muß es auch relativiert werden. Es ist nur ein Bild, deckt keinesfalls die großen Widersprüche, deren Entwicklung die Geschichte bestimmt, ab und ist für sich genommen auch nicht tauglich, um 'Freund und Feind zu unterscheiden', wie K.P.Sch. bei den beiden Versammlungen sagte. Es kämpft ja nicht Dritte Welt gegen Erste Welt, es kämpfen die unterdrückten Völker und die Proletarier aller Länder, auch der Länder der Ersten und Zweiten Welt, um ihre Befreiung, und durch diesen Kampf vorangetrieben entfaltet sich das Befreiungsstreben der Nationen und das Unabhängigkeitsstreben der Staaten."* (Rundschreiben 72, Seite 3). Offensichtlich wurde die Konzeption der drei Welten in einem sehr engen und oberflächlichen Sinn aufgefaßt und dadurch natürlich weitgehend entwertet.

Dazu kamen noch andere Linienfehler. Vor allem wirkte der imperialistische Ökonomismus, wie ihn der „Rechenschaftsbericht" aus dem Jahr 1976 gegeißelt hatte, nach wie vor. Zwar stellte die Resolution erstmals positive Forderungen im Kampf gegen das Hegemoniestreben und die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte, nämlich die internationalen Abrüstungsforderungen, auf, aber sie war dabei noch äußerst zurückhaltend. Vor allem wurde der Außen-, Militär- usw. Politik der österreichischen Bourgeoisie noch kaum mit selbständigen Forderungen entgegengetreten. Statt dessen beschränkt sich die Resolution vielfach auf die Proklamation des Kampfes um die sozialistische Revolution, wo mehr, nämlich Forderungen, konkrete Kampfperspektiven, usw. zum Herankommen an die Revolution und eine konkrete Antwort auf die Politik der Supermächte bzw. der österreichischen Regierung notwendig wären.

Unsere Fehler in der konkreten Analyse der Lage

Was die konkrete Einschätzung der internationalen politischen Lage betrifft, enthält die Resolution ebenfalls Fehler und Mängel. Am schwersten wiegt hier sicherlich, daß im Hinblick auf den drohenden Krieg nur eine Möglichkeit ins Auge gefaßt wird: *„Ein Krieg in Europa wird ein Krieg zwischen den beiden Supermächten und ihren Verbündeten sein, und er wird ungeachtet dessen, daß er sich aus einem Konflikt entwickeln kann, der ein nationales Element enthält – etwa aus einem Überfall der Sowjetunion auf ein kleines abhängiges Land wie Jugoslawien – seinem vorherrschenden und bestimmenden Charakter nach auf beiden Seiten ein imperialistischer reaktionärer Krieg sein. Er wird seinem Inhalt nach um die imperialistische Beherrschung Europas als Sprungbrett für die Weltherrschaft geführt werden. In einem solchen Krieg, der auf beiden Seiten ein reaktionärer, imperialistischer Krieg ist, wird auch ein kleines und schwaches imperialistisches Land wie Österreich keinen gerechten Standpunkt vertreten. Die österreichische Bourgeoisie wird auch dann, wenn Österreich im Zuge eines Krieges vom Sozialimperialismus angegriffen wird – was unter den heutigen Bedingungen leicht möglich ist – keineswegs einen gerechten Krieg für die Verteidigung der Unabhängigkeit gegen die beiden Supermächte führen, sondern einen Krieg auf Seiten und unter Kommando des US-Imperialismus ge-*

gen den Sozialimperialismus." (Kommunist 1/76, Seite 72/73).

Man muß allerdings gleich hinzufügen, daß wir diese einseitige, bornierte und auf keinen konkreten Untersuchungen und Überlegungen beruhende Position nicht etwa auf Grund eines absurden „prinzipiellen" Standpunkt vertraten, daß im Imperialismus keine nationalen Kriege möglich wären. Im Gegenteil hält die Resolution gleich zu Beginn fest, daß sie sich ausschließlich *„auf die heutige internationale Lage, deren sich gegenwärtig abzeichnende Entwicklung, den sich heute abzeichnenden drohenden Krieg und die Stellung Österreichs dabei bezieht."* (Seite 47). Zur „zweiten Möglichkeit", einem Überfall des Sozialimperialismus auf Österreich, ohne daß er sofort zum Weltkrieg führt, vertraten wir ebenfalls eine im Prinzip richtige strategische Auffassung des nationalen Befreiungskampfes (Rundschreiben 72, Seite 4) – aber diese „zweite Möglichkeit" wurde damals für keine wirkliche Möglichkeit gehalten und daher praktisch ausgeschlossen. Die 1. o. NDK des KB schließlich „auf die heutige internationale Lage, deren sich egenwärtig abzeichnende Entwicklung, den sich heute abzeichnenden drohenden Krieg und die Stellung Österreichs dabei bezieht." (Seite 47). Zur „zweiten Möglichkeit", einem Überfall des Sozialimperialismus auf Österreich, ohne daß er sofort zum Weltkrieg führt, vertraten wir ebenfalls eine im Prinzip richtige strategische Auffassung des nationalen Befreiungskampfes (R 72, Seite 4) – aber diese „zweite Möglichkeit" wurde damals für keine wirkliche Möglichkeit gehalten und daher politisch ausgeschlossen. Die 1.o.NDK des KB Österreichs hält dazu fest: *„Die Entwicklung der Kriegsgefahr und der Kriegsvorbereitung müssen kontinuierlich verfolgt werden. Die verschiedenen möglichen Entwicklungen für den Beginn und Verlauf des Krieges müssen analyisert und damit gerechnet werden. Entsprechende taktische Überlegungen müssen angestellt werden. Entscheidend ist einerseits eine prinzipienfeste Haltung zum imperialistischen Krieg, wie sie unser Programm und dann die Gründungsresolution festlegt: Revolutionärer Defaitismus, Zersetzung der bürgerlichen Armee, Umwandlung des ungerechten in einen gerechten Krieg, in einen Bürgerkrieg gegen die Feinde der Revolution, proletarischer Internationalismus. Auch im Kriegsfall bleibt das Ziel der Arbeiterklasse die sozialistische Revolution. Im Kampf gegen den imperialistischen Krieg ist die Revolution als Vorbedingung eines demokratischen und dauerhaften Friedens und nicht der Frieden schlechthin, der imperialistische Frieden, das Ziel.*

Andererseits ist es auch denkbar, daß es bei fortgesetzter Beschwichtigungspolitik der USA zu militärischen Aggressionen des Sozialimperialismus kommt, daß er Europa Stück für Stück an sich reißt, ohne daß dies sofort zum Weltkrieg führte. In diesem Fall stünde in den betreffenden Ländern der nationale Befreiungskrieg gegen den Sozialimperialismus auf der Tagesordnung und das Proletariat müßte sich an die Spitze dieses Krieges stellen. Bisher haben wir insofern einen Fehler gemacht, als wir ausschließlich die erste Möglichkeit für den Kriegsfall als wahrscheinlich betrachtet haben, ohne die Entwicklung der heute gegebenen Bedingungen allseitig zu untersuchen." (Dokumente, Seite 36/37).

Die Frage des Charakters und Verlaufs des drohenden Kriegs, der verschiedenen diesbezüglichen Möglichkeiten, war nicht die einzige Frage, wo einseitige und falsche Auffassungen vertreten und keine konkrete Untersuchung angestellt wurde. Ebenfalls nicht analysiert wurde das Verhältnis, die relative Geschwindigkeit der Entwicklung der Faktoren für den Krieg und der Faktoren für die Revolution. Die 1.o.NDK des KB Österreichs hat dazu folgendes festgestellt: *„Es ist richtig, daß sich heute die Faktoren für den Krieg äußerst rasch entwickeln. Sie wachsen gegenwärtig schneller als die Faktoren für die Revolution in Europa oder gar in den USA und der Sowjetunion. Andererseits steht die Revolution in den entwickelten Ländern objektiv auf der Tagesordnung, es ist viel sozialer Sprengstoff angehäuft, die Klassenwidersprüche sind hoch entwickelt und auch objektiv sehr angespannt, die Arbeiterbewegung hat eine lange revolutionäre Geschichte, und der Mai 1968 in Frankreich hat gezeigt, wie rasch und sprunghaft die Entwicklung des Klassenkampfes unter diesen Bedingungen verlaufen kann. Letzten Endes ist das Schlüsselproblem der subjektive Faktor, die Frage, ob die marxistisch-leninistische Bewegung ihren historischen Aufgaben nachkommt oder nicht. Es ist daher möglich, daß sich die Entwicklung der Faktoren für die Revolution in den nächsten Jahren rasch beschleunigt, daß sie sich eines Tages rascher entwickeln als die Faktoren für den Krieg, und daß die Zeit vor Ausbruch des Weltkrieges noch für siegreiche Revolutionen genützt werden kann. Wenn wir sagen, wir orientieren uns darauf, daß die Revolution dem Krieg zuvorkommt, meinen wir damit in erster Linie, daß wir*

mit aller Kraft dafür kämpfen. Zweitens ist dies aber auch eine in gewissem Sinn realistische Orientierung, auch wenn es dafür natürlich keine Sicherheit gibt." (Dokumente, Seite 35)

Damals war die Auffassung, daß die Revolution dem Krieg zuvorkommen kann, nur eine abstrakte, aber gängige optimistische Phrase. Praktisch ging man damals davon aus, daß es diesbezüglich „Sicherheit" gäbe. Dieser Mangel wurde noch verschlimmert durch die falsche Auffassung, daß der Krieg zwischen den beiden Supermächten durch „Revolutionen zumindest in einigen wichtigen europäischen Ländern" verhindert werden könnte. Objektiv haben diese falschen Auffassungen nur dazu gedient, die Kriegsfrage in den Hintergrund zu drängen. Tatsächlich kann der Krieg zwischen den Supermächten nur durch Revolutionen in den Ländern der Supermächte verhindert werden, wiewohl es richtig ist, daß Revolutionen in wichtigen Ländern Europas die internationale Lage weitreichend verändern und die Kriegspläne der Supermächte über den Haufen schmeissen würden. Die 1.o.NDK des KB Österreichs sagt dazu: *„Siegreiche Revolutionen in einigen wichtigen Ländern Europas würden die internationale Situation weitgehend verändern. Die Gefahr eines Weltkrieges zwischen den beiden Supermächten kann grundsätzlich nur durch Revolutionen in den USA und der Sowjetunion selbst gebannt werden. Siegreiche Revolutionen in europäischen Ländern würden den beiden Supermächten praktisch die Entfesselung des Weltkrieges sehr erschweren und den Krieg hinauszögern und die Revolution in den Ländern der Supermächte unterstützen."* (Dokumente, Seite 35/36).

Gerade an diesen Mängeln und Fehlern in der Analyse der konkreten politischen Lage und dementsprechend in den festgelegten politischen Aufgaben setzten die Sozialichauvinisten an. Sie gingen – um ihre revisionistischen Anschauungen an den Mann zu bringen und ihnen wenigstens einen Schein von Plausibilität zu verleihen – scheinbar nur von einer anderen Auffassung der politischen Lage, ihrer möglichen und wahrscheinlichen weiteren Entwicklung, der Aufgaben, die sich daraus für uns ergeben, usw. aus. Unsere Fehler und Mängel sind ihnen dabei natürlich sehr zu Nutzen gekommen.

Die Positionen der Sozialchauvinisten

Die Positionen der Sozialchauvinisten sind nie bis zu Ende entwickelt worden, solange sie Mitglieder unserer Organisation waren nicht, und auch nachher nur insofern, als sie zur VRA gegangen sind. Sie haben im April 1976 angefangen mit Kritiken, deren nächster Inhalt war, die Kraft der Arbeiterklasse und der Völker zu unter- und die Kraft des Imperialismus zu überschätzen. Der „Rechenschaftsbericht" sei ohne Grund viel zu optimistisch usw. Vor allem ging es um die Entwicklung in Afrika, wo sie dem Sozialimperialismus eine leichte Expansion und wenig Widerstand prophezeiten. Die Geschichte hat heute bereits das Urteil darüber gesprochen. Der damals am meisten attackierte Satz hat sich heute bereits als richtig erwiesen: *„Aber schon heute zeigt sich, daß viele Völker der 3. Welt und insbesondere Afrikas durch das sowjetische Vorgehen in Angola den räuberischen, hegemonistischen und sozialimperialistischen Charakter der sowjetischen Politik deutlich erkannt haben. Ihre Wachsamkeit gegen den Sozialimperialismus schärft sich und was diesem als dessen momentaner Erfolg scheint, wird sich in eine Niederlage verwandeln".* Rechenschaftsbericht 1976, Seite 3).

Unglaube in die Revolution war, wie bei allen Opportunisten, auch bei diesen Leuten von Anfang an ein grundlegender Charakterzug: Die Supermächte sind alles, die Völker sind nichts. Die 2.o.DK bereits, und dann vor allem die weitere Entwicklung, brachten Vorstöße zum Ausbau der sozialchauvinistischen Positionen, die z.T. wieder zurückgenommen, z.T. modifiziert wurden, und die bei G.H. in Salzburg und seinen Wiener Gesinnungsgenossen nicht immer identisch waren. In manchem ging er, in manchem gingen sie weiter.

Fangen wir an mit ihrem Versuch, bei dem alle Revisionisten früher oder später landen, und den auch die Wiener Sozialchauvinisten unternommen haben, die Epoche des Imperialismus und der sozialen Revolution des Proletariats für beendet und eine neue Epoche für angebrochen zu erklären, die „Epoche der Supermächte". Die Supermächte seien eine solche neue Erscheinung, die das Wesen des Imperialismus ändere. *„Es entstand auf der Grundlage des Imperialismus eine neue Form: die imperialistische Supermacht .... Wie die freie Konkurrenz ins Monopol umgeschlagen ist, so hat die imperialistische Konkurrenz zur Herausbildung der Supermacht geführt."* (Stellungnahme des Elin-Kollektivs zur a.o.DK des KB Wien) Richtig ist, daß die heutigen Supermächte Ausbeuter und Unterdrücker in einer Dimension sind, wie sie

die bisherige Geschichte nicht kennt. Das ändert jedoch nichts am Wesen des Imperialismus, führt nicht zum Anbruch einer neuen Epoche, wie es die Herausbildung des Monopols als ökonomischer Kern des Imperialismus tut, es ist weder ein Grund für Angst noch für Revisionismus. Gerade darauf wollen aber die Sozialchauvinisten hinaus. Man soll in Ehrfurcht erschauern angesichts der unfaßbaren Übermacht der beiden Supermächte. Der Boden für die Revision des Marxismus-Leninismus soll bereitet werden. Der eine grundlegende Widerspruch, der Widerspruch zwischen den beiden Supermächten, bzw. der zwischen ihnen und den Ländern der Zweiten Welt, soll absolut in den Vordergrund gestellt und alle anderen großen Widersprüche unserer Epoche sollen in den Hintergrund gedrängt werden. Der Weltkrieg soll zur charakterisierenden und dominierenden Erscheinung der neuen Epoche gemacht werden, um einen damit einzuschüchtern und weichzuklopfen für den Sozialchauvinismus.

Hand in Hand damit wird die Sache dann so gedreht, daß praktisch nur mehr die Supermächte Imperialisten sind, während der imperialistische Charakter der imperialistischen Länder der Zweiten Welt vertuscht wird. Man erinnert sich noch an den „positiven Kapitalexport" dieser Länder, den man begrüßen und fördern müßte (siehe Kommunist 2/76 des KB Wien, Seite 33). Das wurde in dieser Form wieder zurückgezogen, aber nur um in anderen Formen wiederaufzutauchen. G.H. bezeichnet die Politik des „Dialogs" der imperialistischen Länder der Zweiten Welt gegenüber der Dritten Welt als nicht-imperialistische Politik. Diese Politik müsse *„man unterstützen und fordern, während man jede Politik der imperialistischen Unterdrükkung", jede „einseitige Beziehung imperialistischer Ausbeutung und Konfrontation"* bekämpfen müsse (Rundschreiben 27, Seite 5 und 21). Wenn die Länder der zweiten Welt eine Politik des „Dialogs" gegenüber der Dritten Welt verfolgen, ist dies günstiger für den internationalen Klassenkampf und kann genützt werden. Im Kampf um selbständige Forderungen müssen die Völker sie zu einer solchen Politik zwingen. Aber auch die Politik des „Dialogs" bleibt eine imperialistische Politik, wie die imperialistischen Länder der Zweiten Welt imperialistische Länder bleiben. Es wäre ein schlechter Dienst an der Sache der Völker, wenn wir z.B. den österreichischen Imperialismus nicht bekämpfen, sondern vertuschen würden.

Mit diesen Theorien einer speziellen „ultraimperialistischen" Epoche und mit dem Vertuschen des imperialistischen Charakters der kleinen und mittleren imperialistischen Länder war der Boden bereitet für die „neue Generallinie": *„Internationale Einheitsfront gegen die beiden Supermächten mit der Dritten Welt als Hauptkraft und der Zweiten Welt als Reserve."* (Kommunist 2/76 des KB Wien, Seite 40). Später wurde diese „neue Generallinie" in einer Hinsicht als „unkorrekt" bezeichnet und um „das internationale Proletariat als führende Kraft" ergänzt. (Stellungnahme ..., Seite 3).

Tatsächlich wurde diese Formel mit und ohne diese Korrektur benutzt, um die Gesamtheit der grundlegenden Widersprüche unserer Epoche zu verfälschen, und den revolutionären Grundprinzipien abzuschwören, die die Kommunistische Partei Chinas 1963 vertreten hat, und die heute ausdrücklich in den Losungen enthalten sind, mit denen sie ihre Position am Schluß des Artikels „Die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung der Welt" zusammenfaßt: *„Proletarier und unterdrückte Nationen der Welt, vereinigt euch! Alle Länder, die der Aggression, Intervention, Kontrolle, Subversion und Schikane durch die beiden Hegemonialmächte ausgesetzt sind, vereinigt euch! Der Sieg gehört den Völkern aller Länder, die gegen die beiden Hegemonialmächte, die Sowjetunion und die USA, kämpfen."* Die 1.o.NDK des KB Österreichs hat die Anwendung dieser Prinzipien auf die Situation von heute und die richtige Strategie im heutigen internationalen Klassenkampf so dargestellt: *„Das Weltproletariat und die unterdrückten Völker kämpfen weltweit für ihre Befreiung von Imperialismus und Kapitalismus durch die Revolution sowie für den Sozialismus und Kommunismus. Der revolutionäre Klassenkampf in jedem Land ist eng verbunden mit dem internationalen Klassenkampf gegen Kolonialismus und Imperialismus, Hegemonismus und Krieg. Kernstück dieses Klassenkampfes ist heute der Kampf gegen die beiden Supermächte, ihre Hegemoniebestrebungen und Kriegsvorbereitungen, der Aufbau der breitestmöglichen internationalen Front gegen sie. Die Arbeiterklasse und das Volk eines jeden Landes kämpft um die Revolution im eigenen Land und verbindet diesen Kampf mit der proletarisch-internationalistischen Unterstützung der revolutionären Kämpfe aller Völker, mit der Unterstützung aller Kräfte, die gegen Imperialismus, Reaktion und Krieg kämpfen, mit dem*

größtmöglichen Beitrag im Kampf gegen die beiden Supermächte, bei ihrer weltweiten Isolierung und Schwächung, beim Aufbau einer internationalen antihegemonialen Front. Die Konzeption der drei Welten ist die Richtschnur in diesem internationalen Klassenkampf. Sie streicht hervor, daß das Feuer im weltweiten Kampf gegen den Imperialismus auf die beiden Supermächte konzentriert werden muß." (Dokumente, Seite 27). Was in der Formel der Sozialchauvinisten dagegen vor allem „zusammengefaßt" werden sollte, war das Hintanstellen des Klassenkampfes in den Ländern der Zweiten Welt und das Hintanstellen des Kampfes der unterdrückten Völker gegen den „gewöhnlichen" Imperialismus, wenn dieser „positiven Kapitalexport" und „Dialog" betreibt, und da er ja immer noch „besser" ist als die Supermächte.

Auf das erstere, auf das Vertuschen und Abschwächen der Klassengegensätze in den Ländern der Zweiten Welt und speziell in Österreich, haben die Sozialchauvinisten die größte Mühe verwendet. In dieser Richtung haben sie eine Reihe von Vorstößen unternommen.

Zunächst ist auffallend, daß die Frage des Kampfes gegen die Supermächte in erster Linie oder ausschließlich als Frage des „Unterstützens" der eigenen Bourgeoisie in dieser oder jener Frage behandelt wird und nicht als Frage des selbständigen Klassenkampfes der Arbeiterklasse. Natürlich kann es einmal vorkommen, daß die Bourgeoisie unter dem Druck des Klassenkampfs oder der Entwicklung der internationalen Lage eine Maßnahme setzt, mit der wir einverstanden sind und für die wir – würden wir im Parlament sitzen, stimmen würden. Insgesamt es ist aber nicht so, daß wir die „eine Seite" der Politik der Bourgeoisie unterstützen und die „andere Seite" bekämpfen. Insgesamt ist es so, daß der Klassenkampf, sei es gegen die eigene Bourgeoisie, sei es gegen die Supermächte, *„richtig nur als Kampf um selbständige Forderungen des Proletariats geführt werden kann. Wir führen den Kampf um diese Forderungen und versuchen, die Bourgeoisie dazu zu zwingen, sie ganz oder teilweise zu erfüllen. Je mehr uns das gelingt, umso besser. Widersprüche im Lager des Gegners, vor allem zwischen der österreichischen Bourgeoisie und äußeren Feinden der Revolution in Österreich, können wir dabei ausnutzen. Im Zuge der Entwicklung kann die Bourgeoisie durch den Klassenkampf gezwungen werden oder durch die Entwicklung der Lage gezwungen sein, verschiedene Maßnahmen zu setzen, die im Interesse der Arbeiterklasse sind oder von der Arbeiterklasse ausgenutzt werden können. Keinesfalls verhält es sich aber so, daß wir diese oder jene „Seite", diesen oder jenen „Aspekt" der Bourgeoisie „unterstützen". Das einzige, wozu diese Phrase führt, ist, die Arbeiterklasse auf die Bourgeoisie zu orientieren, statt auf den Klassenkampf um die eigenen Interessen, die Politik der Bourgeoisie zu beschönigen und die Frage von Krieg und Frieden nicht zur Verschärfung, sondern zur Abschwächung des Klassenkampfes zu nutzen, gleichgültig, ob man ständig das Gegenteil beteuert."* (Rundschreiben 72, Seite 8).

Die Sozialchauvinisten haben selbst als Beispiel die Frage des Erdgasvertrags mit Algerien angeführt: *„Das heißt, daß die Kommunisten die Bemühungen der Regierung um den Abschluß eines Erdgasvertrags mit Algerien unterstützen, wobei sie gleichzeitig fordern, daß die Regierung die Bedingungen Algeriens voll akzeptiert."* (Stellungnahmen ...., Seite 7). Was wir in dieser Sache offenkundig unterstützen, sind die Bemühungen Algeriens gegen die österreichische Regierung entsprechende Bedingungen dieses Geschäfts durchzusetzen. Wer sich in dieser Sache gegenübersteht, sind nicht zwei x-beliebige Geschäftspartner, sondern ein Land der Dritten Welt und ein imperialistisches Land mit dementsprechenden Ambitionen. „Unterstützung der Bemühungen der Regierung" – das ist der Weg in den sozialchauvinistischen Sumpf.

Sehen wir uns diesen Sumpf näher an: *„Es ist bereits gesagt worden, daß Österreich nicht außerhalb der internationalen Einheitsfront gegen den Hegemonismus bleiben muß, sondern in sie einbezogen werden kann. D.h. auch, daß es möglich ist, wenn es das Interesse der Arbeiterklasse und des ganzen Landes erfordert, in einer ganz bestimmten Situation ein Bündnis mit der Bourgeoisie einzugehen. .... Das heißt aber nicht, daß die Arbeiterklasse eine Politik des Burgfriedens mit der Bourgeoisie betreiben muß oder sollte. Wer gegen die revolutionären Kämpfe der österreichischen Arbeiterklasse ist und nicht mehr den Sturz der Bourgeoisie anstrebt, verrät nicht nur die Interessen der österreichischen Arbeiterklasse, sondern übt auch Sabotage an der Einheitsfront gegen die Supermächte und an der Isolierung der Kriegstreiber. Wenn das österreichische Volk die Bourgeoisie stürzt und die Revolution durchführt, so stärkt* das die Kräfte des Friedens und schwächt den

Imperialismus und die imperialistischen Kriegstreiber. Gleichzeitig kann man Auffassungen nicht akzeptieren, die davon ausgehen, in unserem Land entspräche nur eine Politik zum Sturz der eigenen Bourgeoisie der Generallinie, die aber die Schaffung einer breiten Einheitsfront gegen die Supermächte ablehnen." (Rundschreiben 27, Seite 9). „Nicht nur" eine Politik zum Sturz der Bourgeoisie, sondern auch Verzicht auf den Sturz der Bourgeoisie, „nicht nur" Klassenkampf, sondern auch Klassenzusammenarbeit, „nicht nur" Gegensatz, sondern auch Bündnis. Unsere Politik ist hingegen der revolutionäre Klassenkampf mit dem Ziel des Sturzes der Bourgeoisie und auch die Einheitsfront gegen die beiden Supermächte kann nur durch den Kampf der Völker und durch den Klassenkampf in Österreich entstehen.

Eine Möglichkeit, diese Politik in den konkreten Auswirkungen vorzuexerzieren, bekamen die Sozialchauvinisten im Kampf gegen die Wehrgesetznovelle vor dem Sommer 1976. Unsere Politik ging davon aus, daß das grundlegende nächste strategische Ziel der Arbeiterklasse in Österreich der Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats ist und daß zu diesem Zweck die bürgerliche Armee klassenmäßig zersetzt und letztendlich zerschlagen werden muß. Unsere Politik war daher Kampf gegen die Wehrgesetznovelle und Kampf gegen die bürgerliche Armee. Das ändert sich nicht, wenn man die Wehrgesetznovelle auch in ihrer Bedeutung nach außen nimmt, in ihrer Bedeutung einerseits als Teil der Kriegsvorbereitungen Österreichs an der Seite und im Rahmen und Interesse der NATO (was G.H. verschweigt), andererseits als „*auch eine Antwort der österreichischen Bourgeoisie auf die von den beiden Supermächten ausgehende Kriegsgefahr.*" (Rundschreiben 31, Seite 7). Wenn man nicht das Ziel des Sturzes der Bourgeoisie und der Eroberung der Staatsmacht aus den Augen verliert, dann kann man der Wehrgesetznovelle nichts Positives abgewinnen. Die Sozialchauvinisten dagegen sehen bei der Wehrgesetznovelle eine positive und eine negative Seite. Die negative Seite besteht in Wirklichkeit für sie nur in der Form des Ausbaus des Bundesheeres, im „Kasernendrill" und im Zwangscharakter der getroffenen Maßnahmen. Die positive Seite besteht in diesem Ausbau und in den Maßnahmen selbst, darin, „*den Personalstand an Grundwehrdienern auf einem entsprechenden Niveau zu halten (bwz. auf ein entsprechendes Niveau zu bringen), weil die Freiwilligenzahlen nicht ausreichen.*" (Rundschreiben 31, Seite 7). Was notwendig ist, ist notwendig, aber es wäre uns viel lieber, wenn es freiwillig ginge – das sagten die „kritischen" SJ- und ÖGJ-Bonzen. Was notwendig ist, ist notwendig, aber daß es nicht auf der Basis der Freiwilligkeit sondern mit Zwangsmaßnahmen geschieht, wird von uns scharf bekämpft – das sagten die Sozialchauvinisten. Einigkeit im Inhalt, Differenzen über die Formen seiner Verwirklichung – so verhält es sich hier. Wenn der Sozialchauvinismus mehr Einfluß hätte und die Jugendlichen leichter zum freiwilligen Längerdienen überredet werden könnten – dann wären auch diese Differenzen nicht notwendig. Tatsache ist, daß hier auf den Kampf gegen die bürgerliche Armee und damit auf die Revolution verzichtet wird. Tatsache ist, daß man von sozialchauvinistischen Positionen ausgehend, letztlich bei der Unterstützung und Stärkung der bürgerlichen Armee landet. Das wird dann verschämt so umschrieben: „*Was die Arbeit im Bundesheer betrifft, so muß bei aller Entschiedenheit des Kampfes gegen den Militarismus auch der Aspekt des Kampfes gegen die Supermächte eine wichtige Rolle spielen.*"(Rundschreiben Nr. 27, Seite 22). Mit solchen Wenn und Aber fängt es an. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis man auch entdeckt, daß die „positive Seite" des Bundesheeres die „negative Seite" überwiegt und der zuletzt genannte „Aspekt" der „Hauptaspekt" des Bundesheeres ist.. „*Wir werden deshalb nie ein Bekenntnis zum Bundesheer ablegen*", ergänzt der „marxistisch-leninistische" Sozialchauvinist. Natürlich nicht, denn dann würde er sich in einen ganz gewöhnlichen Sozialchauvinisten verwandeln.

Um die „positive Seite" des Bundesheeres und den Sozialchauvinismus insgesamt plausibler zu machen, sind einige weitere Entstellungen der Tatsachen notwendig. So wird erklärt, daß die internationale Politik Österreichs seit 1955 bis heute in erster Linie eine Unabhängigkeitspolitik gegenüber den beiden Supermächten sei. Tatsache ist, daß es seit den 60er-Jahren gewisse Unabhängigkeitsbestrebungen gibt, aber von einer wirklichen Unabhängigkeitspolitik nicht die Rede sein kann. Ein Blick auf das Militärkonzept der österreichischen Bourgeoisie genügt, um das zu sehen."

Als nächster Schritt wird die Haltung der österreichischen Bourgeoisie zu Krieg und Frieden verfälscht. Die 1.o.NDK hält dazu fest: „*Die österreichische Bourgeoisie rüstet an der Seite der NATO und genau mit ihr abgestimmt auf, wobei sie durch ein größeres militärisches Potential auch ihr Gewicht im Rahmen des „Westens" erhöhen will. Zugleich kann sie gegenwärtig keinerlei Interesse am raschen Kriegsausbruch haben. Jede imperialistische Bourgeoisie strebt nach der Ausbeutung und Knechtung fremder Völker oder nach der Teilnahme daran. Das gilt auch für Österreich, und gerade im letzten Jahrzehnt wurde es der österreichischen Bourgeoisie auf Grundlage der Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse möglich, den Kapitalexport in größerem Maß voranzutreiben und eine imperialistische Politik im eigentlichen Sinne des Wortes zu entwickeln. Natürlich wird jede imperialistische Bourgeoisie zum Mittel des Krieges greifen oder sich an einem imperialistischen Krieg beteiligen, wenn dies ihren Interessen dienlich erscheint. Imperialismus bedeutet grundsätzlich Aggression, Unterdrückung und Krieg. Eine imperialistische Bourgeoisie ist niemals für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und sie ist niemals friedliebend. Aber doch kann die Haltung verschiedener Imperialisten zu einem drohenden konkreten Krieg durchaus verschieden sein.*

Heute sind die beiden Supermächte die Hauptkriegstreiber und nur sie können einen Weltkrieg entfesseln. Die österreichische Bourgeoisie hat kein Interesse daran, daß der Krieg zwischen den Supermächten rasch ausbricht. Sie hätte dadurch nur zu verlieren. Die österreichische Bourgeoisie würde – unabhängig von der formellen Aufrechterhaltung eines Scheins von Souveränität – völlig unter die Räder der Supermächte kommen. Wenn sich der Krieg zwischen den Supermächten schon auf die Dauer nicht vermeiden läßt und sie sich daher zielstrebig auf den Krieg vorbereitet, so hat die österreichische Bourgeoisie doch alles Interesse, seinen Ausbruch hinauszuschieben, die Situation der Entspannungspolitik zu verlängern und die Zeit zu nutzen für die Stärkung der eigenen ökonomischen, politischen und militärischen Position, die sie auch in den letzten Jahren Zug um Zug ausbauen konnte." (Dokumente, Seite 29/30). Die Sozialchauvinisten haben damals daraus ein „Klasseninteresse" der österreichischen Bourgeoisie am Frieden gemacht. Sie erklärten, die Bourgeoisie hätte ein ziemlich absolutes Interesse und „allen Grund, den Frieden schützen zu wollen". (Rundschreiben 27, Seite 7). Sie wurde von den Sozialchauvinisten zum Friedensengel gestempelt.

Noch in eine andere Richtung „Beiträge" bei der Ausarbeitung der Linie des Sozialchauvinismus haben die Wiener Sozialchauvinisten geleistet. K.P.Sch. hat sich viel mit der Frage beschäftigt, welche Regierungsform diese Klassenzusammenarbeit annehmen könnte oder sollte. Das wichtigste Ergebnis ist, daß die Arbeiterklasse – da es ihr nicht gleichgültig ist, welche Politik die Bourgeoisie gegenüber den Supermächten betreibt – „*jede Regierung der nationalen Einheit, die diesen Namen verdient*", unterstützen wird. Gegen diese Auffassungen haben wir damals geschrieben: „*Es handelt sich also um eine Regierung, die das Proletariat – wohlgemerkt nicht führt – sondern 'unterstützt'. Offensichtlich ist also die 'Volksregierung' der 'Patrioten und Demokraten' eine bürgerliche Regierung. Direkt oder indirekt wird hier einer 'antihegemonistischen' Zwischenetappe das Wort geredet, wie wir es schon von der 'antimonopolistischen Demokratie' der Revisionisten her kennen, und zwar in einer Situation, in der es vor der sozialistischen Revolution keine andere Etappe gibt und geben kann. Es handelt sich hier offensichtlich um den direkten oder indirekten Verzicht auf die sozialistische Revolution. Es gibt nämlich nur zwei Möglichkeiten. Entweder K.P.Sch. geht direkt davon aus, daß es bei uns nicht unmittelbar um die sozialistische Revolution geht, d.h. um die Eroberung der Macht durch das Proletariat, sondern zunächst um ein anderes strategisches Ziel, wenn auch nur als eine Etappe auf dem Weg zur Diktatur des Proletariats. Oder er faßt die 'Volksregierung' als 'Form des Herankommens' an die Revolution auf. Wie kann man aber an das unmittelbar nächste Ziel herankommen, indem man es aus dem Auge verliert? Nicht, daß es nicht spontan zu allen möglichen Übergangsformen und allen möglichen halben Sachen im Zuge der sozialistischen Revolution kommen könnte! Vielleicht sitzen wir teilweise zusammen mit diesen oder jenen Bürgerlichen in einer Regierung! Möglich ist vieles. Aber die Übergangsformen und halben Sachen zum Ziel zu erheben, das heißt in Wahrheit auf das tatsächlich anstehende unmittelbar nächste Ziel, die sozialistische Revolution zu verzichten. Man macht in diesem Fall direkt dasselbe wie im ersteren Fall direkt. Mit ‚Herankommen an die Revolution' hat das in beiden Fällen nichts zu tun. So etwas heute zu propagieren, heißt, von der entscheidenden Frage des Klassenkampfes abzulenken, davon, daß das österreichische Proletariat aus seiner gesamten heutigen ökonomischen, sozialen und politischen Lage heraus, darunter auch wegen des drohenden Kriegs, vor der unmittelbaren Aufgabe der Eroberung der politischen Macht steht.*" (Rundschrei-

ben 72, Seite 7).

Die Sozialchauvinisten haben uns damals oft vorgeworfen, nur den Kampf um den Sturz der österreichischen Bourgeoisie zu sehen und nicht auch den Kampf gegen die Supermächte, gegen den Krieg, für die Unabhängigkeit, usw. Es stimmt, daß letzteres damals tatsächlich noch vernachlässigt wurde. Kernpunkt dieser Kritik ist aber, daß man die politische Lage und unsere Politik nicht in erster Linie unter dem Gesichtspunkt unserer gegenwärtigen strategischen Aufgabe der Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution, des Sturzes der Bourgeoisie und der Errichtung der Diktatur des Proletariats betrachten und behandeln soll. Angegriffen wurde damit eine Orientierung, wie sie auch die 1.o.NDK des KB Österreichs wieder bestätigt hat: *„Der Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und für den Frieden, der sich insbesondere gegen die beiden Supermächte richtet, ist nichts anderes als der Kampf um Demokratie. Beim Kampf um Demokratie in der internationalen Arena, in den internationalen Beziehungen zwischen den Völkern, Nationen und Staaten, verhält es sich ebenso wie beim revolutionär-demokratischen Kampf im Inneren jedes Landes. Er dient der proletarischen Revolution und ist ihr untergeordnet, er markiert den Weg des Herankommens an sie und er kann letztlich nur durch den Sieg der proletarischen Revolution und die Beseitigung des Imperialismus zum vollen Erfolg geführt werden. Er dient der proletarischen Weltrevolution und der sozialistischen Revolution in Österreich und er muß dementsprechend geführt werden."* (Dokumente, Seite 38).

Die Sozialchauvinisten haben demgegenüber nichts mehr unter dem Gesichtspunkt des Sturzes der Bourgeoisie und alles nur mehr unter dem Gesichtspunkt der Vorbereitung auf den nationalen Verteidigungskrieg zusammen mit der Bourgeoisie oder Teilen der Bourgeoisie betrachtet. An Forderungen wird erhoben, was man dafür braucht. Alle Forderungen werden unter diesem Gesichtspunkt behandelt. Die Volksbewaffnung, verschiedene demokratische Rechte, die Gleichberechtigung der Slowenen, den Kampf gegen den gewaltsamen Ruin der kleinen Bauern, usw. usf. – das alles wird in erster Linie im Hinblick auf die Vorbereitung auf den nationalen Verteidigungskrieg behandelt. Im Hinblick auf die Revolution wird es nicht behandelt.

Ja die Revolution selbst braucht man in erster Linie nur, „um dem Krieg zuvorzukommen", und die „nationale Unabhängigkeit zu sichern", nicht um insgesamt die notwendigen Bedingungen zu schaffen für den Aufbau des Sozialismus. Es ist kein Wunder, daß spätestens hier so mancher Sozialchauvinist zu grübeln anfängt, ob man sie überhaupt braucht oder ob man sich nicht mehr auf „praktische" Ziele wie die „Demokratisierung des Bundesheeres" konzentrieren sollte.

Um dieses Herangehen zu rechtfertigen, wird alles getan, um eine klare Bestimmung der gegenwärtigen Etappe der Revolution zu umgehen. Dabei konnten die Sozialchauvinisten sich sowohl unsere damalige Vernachlässigung des Kampfes gegen die beiden Supermächte zunutze machen, als auch den Fehler, verschiedene Etappen der Revolution in einer ganz schematischen Weise voneinander zu trennen. Hinter einer richtigen Kritik, daß der Hauptwiderspruch in Österreich sich nicht erst ändere, wenn der Sozialimperialismus das Land bereits besetzt und die österreichische Bourgeoisie entmachtet hätte, wie er sich ja auch 1938 nicht erst am 11. März geändert hat – hinter dieser richtigen Kritik sowie hinter dem „Betonen" der Aufgabe der „Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit" versuchten die Sozialchauvinisten zu verbergen, daß sie in vieler Hinsicht bereits heute von einem anderen Hauptwiderspruch als dem zwischen Proletariat und Bourgeoisie ausgingen, nämlich von dem zwischen der österreichischen Nation und den beiden Supermächten. Weil sich der Hauptwiderspruch in der Zukunft ändern kann, gehen wir stillschweigend bereits heute davon aus. Das war ihre Methode.

Aufs engste damit verbunden war zunächst eine bestimmte Vorstellung vom drohenden Krieg. Während wir damals – was falsch war – einen nationalen Verteidigungskrieg faktisch ausschlossen, schlossen sie die Verwicklung bzw. Teilnahme Österreichs an einem imperialistischen Krieg aus – was ebenfalls falsch ist. Heute gehen wir davon aus, daß es beide Möglichkeiten gibt. *„Der Rechenschaftsbericht hält fest, daß es in Europa sowohl zu einem von beiden Seiten imperialistischen Krieg kommen kann, als auch zu Aggressionen des Sozialimperialismus gegen verschiedene Länder, ohne daß diese sofort zum Weltkrieg führen. Das hängt von verschiedenen Umständen ab. Der Rechenschaftsbericht sagt, daß wir bisher insofern einen Fehler gemacht haben, 'als wir ausschließlich die erste Möglichkeit für den Kriegsfall als wahrscheinlich betrachtet haben, ohne die Entwicklung der heute gegebenen Bedingungen allseitig zu untersuchen.' Es ist richtig, beide Möglichkeiten ins Auge zu fassen, weil es beide Möglichkeiten gibt. Und es ist deshalb falsch, nur eine Möglichkeit ins Auge zu fassen. Es wäre falsch, jetzt zu behaupten, daß praktisch nur die zweite Möglichkeit in Betracht käme, denn diese Behauptung beruht nicht auf Tatsachen.'* (Dokumente, Seite 11/12). Heute die Möglichkeit der Verwicklung bzw. Teilnahme Österreichs an einem imperialistischen Krieg auszuschließen, ist unmöglich und arbeitet daher nur der imperialistischen Bourgeoisie und den Supermächten in die Hände.

Was hier zunächst nur als zwei verschiedene, in beiden Fällen einseitige und falsche, Einschätzungen der konkreten politischen Lage erscheint, entpuppt sich jedoch bei näherem Hinsehen als weiterer massiver sozialchauvinistischer Vorstoß. Es ist nämlich so, daß die Sozialchauvinisten in Wirklichkeit daran gingen, jeden Krieg der österreichischen Bourgeoisie oder jede Teilnahme ihrerseits an einem Krieg als gerechten nationalen Verteidigungskrieg hinzustellen.

Jeder Krieg muß gemäß seinem Gesamtcharakter beurteilt werden. In einem imperialistischen Krieg kann es nationale Momente geben, aber er bleibt dennoch ein imperialistischer Krieg. In einem gerechten Krieg kann es imperialistische Momente geben, aber er bleibt dennoch ein gerechter Krieg. Ein gerechter nationaler Krieg kann in einen ungerechten imperialistischen Krieg übergehen und ein ungerechter imperialistischer Krieg kann in einen gerechten nationalen Krieg übergehen. Für das alles hat der Zweite Weltkrieg Beispiele geliefert.

Zu jedem Zeitpunkt muß der Gesamtcharakter des Krieges, seine Gesamtentwicklung, seine Gesamtperspektive, konkret beurteilt werden. Die Sozialchauvinisten dagegen lösen den Krieg seitens des „kleinen, schwachen, auf seine Unabhängigkeit bedachten Österreich" aus dem Gesamtzusammenhang des Weltkriegs vollständig heraus. Die Frage des Gesamtzusammenhanges, der Perspektiven und Folgen der Aggression gegen Österreich wird überhaupt nicht mehr gestellt. Die Aggression kann zur „bloßen" Okkupation Österreichs führen, aber sie kann auch der Beginn des Weltkriegs, eines von beiden Seiten imperialistischen Kriegs bei Beteiligung Österreichs an der Seite der USA und der NATO sein. Davon hängt der Charakter des Krieges der österreichischen Bourgeoisie und des Bundesheeres ab. Die Sozialchauvinisten interessiert diese Frage nicht. Sobald es zum Krieg kommt, stehen sich bei ihnen nur mehr Österreich und der jeweilige Aggressor gegenüber, die beiden Supermächte stehen sich plötzlich nicht mehr gegenüber. Deren Rivalität kann außer Betracht bleiben. Unter diesen Umständen kommt man natürlich zwangsläufig zu dem Schluß, daß *„das nationale Moment überwiegt"*, ja es gibt seitens Österreich überhaupt nur das nationale Moment, es ist überhaupt nur ein gerechter nationaler Krieg denkbar und möglich.

Dieser Schluß wird durch einige Taschenspielertricks untermauert. So wird z.B. die Tatsache, daß jeder Widerstand des Volkes gegen Aggressionstruppen gerecht ist, mit der ganz anderen Frage vermischt, ob das Handeln des Bundesheeres gerecht ist.

Der gemeinsame Gesichtspunkt aller dieser „Überlegungen" ist der, den Klassenkampf gegen die österreichische Bourgeoisie an die zweite Stelle zu setzen sowie den Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie abzustumpfen. Die 1.o.NDK hat diese Strömung des Sozialchauvinismus richtig charakterisiert: *„Vor 1½ Jahren traten in den Vorläuferorganisationen des KB Österreichs Leute auf mit der Ansicht, man müsse den Kampf der unterdrückten Völker gegen die imperialistischen Länder der Zweiten Welt und den Klassenkampf in diesen Ländern einstellen oder an die 2. Stelle setzen, zugunsten eines Zusammenschlusses aller Kräfte gegen die Supermächte. Dieser revisionistischen Position sind wir zu Recht entgegengetreten, wir haben am Ziel der proletarischen Weltrevolution und am internationalen Klassenkampf gegen Imperialismus und Reaktion festgehalten."* (Dokumente, Seite 28): Und an anderer Stelle heißt es dann: *„Bekanntlich haben diese Leute den gesamten internationalen Klassenkampf und die Weltrevolution dem Kampf gegen die Supermächte und den Krieg untergeordnet statt umgekehrt und daher objektiv eine Politik der Abschwächung bzw. Einstellung des Klassenkampfes der Proletarier aller Länder und der unterdrückten Völker propagiert. Das haben wir damals bekämpft, dabei allerdings auch Fehler gemacht. Das hält der Rechenschaftsbericht fest. Auch hier verhält es sich so, daß der Kampf gegen die falschen Auffassungen zu 90% richtig und zu 10% falsch war. In der damaligen Auseinandersetzung ging es um die Grundrichtung unserer Politik, um die Frage Marxismus oder Revisionismus. Es ging darum, ob überhaupt auf die Ziel-*

scheibe geschossen werden sollte. Das haben wir mit Ja beantwortet und getan, auch wenn wir nicht ins Schwarze getroffen haben. Die damalige und die heutige allgemeine Debatte in der Organisation sind ihrem Charakter nach ganz verschiedene Sachen. Der damalige grundlegende Linienkampf wird von uns heute nicht relativiert oder gar heute die entgegengesetzte Position bezogen, vielmehr bauen wir jetzt auf dem Resultat von damals auf und korrigieren die 10% Fehler, zu denen es damals kam." (Dokumente, Seite 11)

Die Stahlkrise des US- Imperialismus (Korrespondentenbericht aus den USA)

Seit mehr als einem halben Jahr beschäftigen sich die bürgerlichen Massenmedien der USA mit der sogenannten Stahlkrise. Alle möglichen Gründe werden angeführt: Die Herstellungskosten des in den USA hergestellten Stahls seien viel höher als die entsprechenden Kosten in Japan oder Westeuropa, insbesondere die Lohnkosten; Japan und Westeuropa werden des Dumpings beschuldigt (das heißt Verkauf des Produkts in den USA zu einem Preis, der unter den Verkaufspreisen in den Herstellungsländern oder sogar unter den dortigen Herstellungskosten liegt); veraltete Technologie in den USA, usw.

Es werden auch alle möglichen bürgerlichen Rezepte zur „Lösung des Problems" feilgeboten: Modernisierung und Gesundschrumpfung der Stahlindustrie (gerichtet an die Adresse der Stahlmonopole), Schutzmaßnahmen und finanzielle Hilfe durch den imperialistischen Staat (z.B. Anti-Dumping-Maßnahmen, drastische Einfuhrbeschränkungen, günstigere Abschreibungsmöglichkeiten, größere Steuerbegünstigung, staatliche Aufträge), wie sie vor allem von den Stahlbaronen selbst gefordert werden, bis zum revisionistischen Allheilmittel der Verstaatlichung der Stahlindustrie.

Alle diese „Gründe" und „Lösungsvorschläge" laufen darauf hinaus, den japanischen und westeuropäischen Imperialisten die Schuld an der Krise in die Schuhe zu schieben, davon abzulenken, daß die Stahlkrise nichts anderes ist als ein Element der derzeitigen weltweiten Krise des Imperialismus. Die Gewerkschaftsführer der United Steel Workers (USW) und die Revisionisten von der KPUSA helfen bei der Propagierung dieser „Lösungsvorschläge" eifrig mit. Dadurch versuchen sie einmal mehr, die Hirne der werktätigen Massen der USA mit Chauvinismus zu vergiften, erweisen sich somit einmal mehr als Agenten der US-Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse.

Und mit der „Zusatzforderung" nach verstärktem Handel mit den Ländern des Warschauer Paktes entlarvt sich die KPUSA gleichzeitig als Fünfte Kolonne des Sozialimperialismus, was insbesondere angesichts der Kriegsvorbereitungen der Supermächte USA und UdSSR ein gefährliches Gift gegen die US-Arbeiterklasse ist.

Einige Daten und Fakten

Die Stahlimporte der USA stiegen von 12 Millionen Tonnen im Jahre 1975 auf geschätzte 18 Millionen Tonnen im Jahre 1977, also um 50% innerhalb von zwei Jahren. In einzelnen Monaten des abgelaufenen Jahres betrug der Marktanteil des importierten Stahls in den USA etwa 20% (Time, 5.12.77).

Von dem von den drei größten US-Autokonzernen (General Motors, Ford, Chrysler) verarbeiteten Stahl kommen bis zu 40% aus Japan. Stahl aus Japan wird im Schiffbau verwendet; selbst bei der Herstellung von US-Kriegsschiffen, auch wenn es ein unausgelastetes Stahlwerk in der Nähe der Werft gibt.

Allein im Jahre 1977 wurden 60.000 Arbeiter von den Stahlmonopolen auf die Straße geworfen. Mit Hilfe der Klassenkollaborateure in der USW-Führung konnte die Arbeitshetze gesteigert, Überstunden geschunden, der Reallohn gesenkt werden.

Die Kapazitäten der Stahlwerke sind nur zu etwa 75% ausgelastet.

Die folgende Tabelle (Newsweek, 24.10.1977) zeigt die Profitabilität der US-Stahlindustrie im Vergleich zu anderen Schlüsselindustrien der USA im Jahre 1976:

Industriezweig	Umsatz in Milliarden $	Profite	Profite in %	Rendite aus investiertem Kapital in %
Erdöl- und -gas	218,0	11,4	5,2	11,3
Automobile	119,0	5,2	4,4	14,2
Chemie	57,6	3,8	6,6	11,5
Stahl	31,7	1,1	3,6	7,1
Pharmazeutik	26,7	2,4	9,0	14,9

1977 sind die Profite der Stahlkonzerne aller Wahrscheinlichkeit nach geringer als die in obiger Tabelle angegebenen. Die Profite sind da, aber sie sind nicht hoch genug, das investierte Kapital „wirft nicht genug ab", die 7,1% (siehe letzte Spalte) liegen unter der Inflationsrate. Die Stahlindustrie ist somit für das Finanzkapital „nicht attraktiv, weil die Profite nicht stimmen". Hierin liegt die Krise der US-Stahlindustrie.

Die Jagd nach Profiten bestimmt die Entwicklung der Ökonomie im Imperialismus

Die Verlegung von Produktionsstätten verschiedener US-Unternehmen nach Japan, Taiwan, Südkorea oder Lateinamerika, wo die Arbeiter noch mehr ausgebeutet werden können, geht seit vielen Jahren vor sich. Es handelt sich dabei vor allem um die Konsumgüterproduktion (Schuhe, Fernsehgeräte, u.a.). Diese „Auswanderung der Arbeitsplätze" – charakteristisch für den Imperialismus – hat bereits tausende und abertausende Arbeitsplätze gekostet. Die US-Bourgeoisie war darüber aber nicht besorgt, denn Konsumgüter sind für sie strategisch unwichtig.

Die Weltwirtschaftskrise des Imperialismus hält an und selbst bürgerliche Ökonomen erwarten spätestens Ende 1978 eine wesentliche Verschärfung dieser Krise, insbesondere, was die Lage des US-Imperialismus in der mörderischen Profitjagd anbelangt.

Dies wird zu einer weiteren Verschärfung des Ringens zwischen USA und UdSSR um Welthegemonie führen, das auf einen dritten Weltkrieg zutreibt. Dazu kommt, daß das Außenhandelsdefizit der USA im Jahre 1977 27 Milliarden Dollar betrug, fast fünfmal soviel wie 1976 (Time, 26.12.77). Daher auch die Besorgnis eines über die Stahlbarone hinausgehenden Teils der US-Bourgeoisie und ihres Staates über das sprunghafte Ansteigen der Stahlimporte.

Es war aber gerade das US-Finanzkapital, das durch die dem Imperialismus eigene Logik die Stahlkrise erzeugt hat. Der Kapitalexport, ein entscheidendes Merkmal es Imperialismus, führte dazu, daß z.B. *„Nippon Steel, der größte Stahlerzeuger Japans, seine massive Modernisierung in den letzten 20 Jahren zu einem Großteil mit Hilfe von Krediten von US-Banken, wie Chase Manhattan und Morgan Guarantee durchführte. Diese US-Banken haben wesentliche Teile ihres Kapitals nach Japan exportiert, wo es eine höhere Rendite abwirft, als zu Hause in den USA .... Das Resultat ist, daß die Stahlwerke Japans modernisiert wurden, während viele Stahlwerke der USA veralteten."* (The Call, Zentralorgan der KP(M-L)USA, 28.11.77).

Die Tatsache, daß dieselben Banken die wahren Herren der US-Stahlkonzerne sind, steht in keinerlei Widerspruch zu dem oben Gesagten. Es unterstreicht vielmehr die Tatsache, daß es dem Finanzkapital um nichts anderes geht als um Höchstgewinne.

In der Krise, wo das Angebot an Stahl die Nachfrage danach übersteigt, fliegen die Arbeiter der weniger profitablen US-Stahlwerke auf die Straße.

Die Stahlkrise der USA wird aber zum Teil durch die US-Stahlkonzerne direkt selbst verschärft. Auch sie müssen jede Möglichkeit, Profite zu machen, ausnützen. Einige von ihnen importieren Stahl und Maschinen aus Japan und werfen diese auf den US-Markt; es ist eben für die profitabler, als Zwischenhändler zu fungieren, als die gleichen Dinge selbst zu erzeugen und auf den Markt zu werfen.

Die beiden unlängst vor Südafrika miteinander kollidierten Supertanker Venoil und Venpet wurden in Japan zum Gesamtpreis von 56 Millionen Dollar für die Betlehem Steel Corporation gebaut und von dieser an Gulf Oil Corporation vermietet. (Time, 26.12.77).

Darüber hinaus haben die US-Stahlkonzerne 1977 sechsmal die Preise für ihre Produkte erhöht, das letzte Mal zu Weihnachten um 7%. Es muß eben bei geringerem Marktanteil und sinkendem Verkaufsvolumen verhindert werden, daß die Profite im gleichen Ausmaß sinken.

Die „Lösungsvorschläge" der Bourgeoisie

Die Forderung der Stahlkonzerne nach drastischen Stahlimportbeschränkung steht im Widerspruch zu den Interessen stahlverarbeitender Industrien und insbesondere des Finanzkapitals und der Finanzoligarchie. Dieses ist im Imperialismus der entscheidende Kern der Bourgeoisie, sie kontrolliert die Ökonomie und somit die Politik.

Solche Beschränkungen könnten sich außerdem als Bumerang erweisen; denn andere Länder (insbesondere Japan) könnten entsprechende Maßnahmen bezüglich der US-Exporte setzen.

„Aber es sind nicht nur die ökonomischen Auswirkungen eines Handelskrieges, welche die US-Imperialisten fürchten; es ist auch die politische Bedeutung eines solchen. Wenn die USA Japan oder Westeuropa vor den Kopf stoßen, so würde dort das Klima für ein verstärktes Eindringen des Sozialimperialismus erheblich verbessert werden, der dort bereits sowohl ökonomisch als auch politisch starken Druck ausübt." (The Call, 28.11.77). Vielmehr hat die Forderung nach Importbeschränkungen eine zweifache Funktion: Einerseits soll sie als Ausgangspunkt einer „Kompromiß-Lösung" dienen, andererseits dient sie als ideologische Waffe der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung.

Die Carter-Regierung hat bereits einen Maßnahmen-Katalog ausgearbeitet, der den Stahlkonzernen wieder zu höheren Profiten verhelfen soll. Hauptpunkte dieses Katalogs, der demnächst in Kraft treten soll, sind:

– Festlegung von Mindestpreisen für verschiedene Kategorien importierten Stahls,

– staatliche Kredite mit niedrigem Zinsfuß zur Beschaffung modernerer Maschinerie,

– Verkürzung der Dauer von Abschreibungen von 14½ auf 12 Jahre,

– Steuerbegünstigungen für solche Fabriken, die Ausrüstungen zur Verringerung der Umweltverschmutzung installieren,

– Senkung der Eisenbahn-Frachtraten für Stahltransporte,

– Lockerung der Anti-Trust-Bestimmungen, um ein gemeinsames Vorgehen von Stahlwerken bei der Entwicklung neuer Technologien zu ermöglichen. (Time, 5.12.77).

Es geht also um die Rationalisierung durch moderne Technologie. Das bedeutet Steigerung der Arbeitsproduktivität und Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen. Der imperialistische Staat greift im Interesse aller Kapitalisten ein, wo die einzelnen Finanzkapitalisten wegen kurzfristig zu geringer Gewinnerwartung vor Investitions-Krediten zurückscheuen. Gerade angesichts des Heraufziehens eines neuen Weltkrieges muß der Staat als der Repräsentant der imperialistischen Bourgeoisie garantieren, daß diese strategische Schlüsselindustrie in Schwung bleibt, um jederzeit auf Hochtouren angekurbelt werden zu können.

Die Stahlarbeiter beginnen die Konsequenzen zu ziehen

Jahr für Jahr hat die USW-Führung die Interessen der Stahlarbeiter verraten, die Löhne zugunsten der Stahlbarone niedergehalten. 1973 haben die Arbeiterverräter mit den Kapitalisten ein Abkommen geschlossen, das einen Streik aller Stahlarbeiter verbietet. Diese Kanaillen haben dieses Spaltungsmanöver als „Experimentelles Verhandlungsabkommen" beschönigt. 1976 halfen sie mit, durch eine nur 4%-ige Lohnerhöhung (etwa die Hälfte der Inflationsrate) die Reallöhne der Stahlarbeiter zu senken. Sie haben beständig Forderungen der Basis nach Maßnahmen gegen erzwungene Überstunden (die den Kapitalisten lieber sind als Neu-Einstellungen) mißachtet, Forderungen nach Verbesserung der Krankenversicherung, der Sicherheitsbestimmungen am Arbeitsplatz unterdrückt. Sie haben sich geweigert, für die von Feierschichten bedrohten Arbeiter etwas zu unternehmen, sie haben das Spaltungsmanöver des Rassismus mitgespielt. Sie haben ganze Arbeit für die Stahlbarone geleistet.

Die Gier der Kapitalisten nach Profiten ist aber unersättlich. Sie haben mehrmals die Stahlpreise erhöht und so die „Theorie von der Lohn-Preis-Spirale" selbst als Lüge entlarvt. Sie haben zehntausende Arbeiter auf die Straße geworfen und so gezeigt, daß das „Stillhalten der Arbeiter, um die Arbeitsplätze zu sichern", nichts anderes ist als ein bürgerliches Einschüchterungsmanöver.

Jahrelang haben sich die Stahlarbeiter murrend geduckt. Ihre Geduld ist am Ende. Vergan-

genen Sommer konnten die Kreaturen der USW-Führung nur mit Mühe einen gigantischen Stahlstreik verhindern. Sie konnten aber nicht den Streik von 20.000 Bergleuten der Erzgruben in Minnesota und im Norden Michigans verhindern. Dieser Streik war in der Stahlindustrie der größte seit 18 Jahren. In mehreren Stahlwerken organisierten die Arbeiter selbständig und gegen den Widerstand der Gewerkschafts-Bonzen Streikkomitees oder wurden ausgehend von den Interessen der Arbeiterklasse selbständige Forderungen erhoben. Und sie kämpfen gegen die Schließung von Fabriken.

Trotz Einschüchterung durch die Stahlbarone, trotz Irreführung durch Reformismus und Revisionismus, stützen sich immer mehr Stahlarbeiter (so wie die Arbeiter in anderen Industriezweigen) auf ihre eigene Kraft, wird ihnen die Unversöhnlichkeit des Klassenwiderspruchs zwischen Arbeitern und Kapitalisten immer klarer.

Das Element des Klassenstandpunkts hat seit der Gründung der KP(M-L) im letzten Sommer eine wesentliche Verstärkung erfahren. Den Marxisten-Leninisten gelang es bei mehreren Stahlwerken, von innen oder von außen richtungsweisend und organisierend in die Kämpfe einzugreifen. Somit änderte sich der Kampf der Stahlarbeiter nicht nur quantitativ sondern auch qualitativ. Und so ist es in allen größeren Industriezweigen.

Das Jahr 1978 wird eine Verschärfung aller gesellschaftlichen Widersprüche in den USA erleben, und die werktätigen Massen und das Volk – allen voran die Arbeiterklasse – werden in den ausbrechenden Klassenkämpfen mit größerer Entschlossenheit und Bewußtheit vorgehen als in den letzten Jahren.

Lest und verbreitet !

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

erscheint 14-tägig. Einzelpreis: 5,- Abonnement: Halbjahr: 75,- 1 Jahr: 150,-
Ausland: Einzelpreis: 8,50, Abonnement: Halbjahr: 112,- 1 Jahr: 224,-

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Preis, 25,- Erscheint monatlich.
Jahresabonnement: 300,- zuzüglich Porto: Inland 18,- Ausland 42,-

Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Österreichs

Preis: 5,- (Erhältlich in Deutsch, Slowenisch und Englisch)



erhältlich bei unseren Zellen und beim „Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten", Alois Wieser GesmbH., 1042 Wien, Postfach 13